

Die Arbeitsmarktsituation in der Großregion

- Situation des Arbeitsmarktes -

November 2014



9. Bericht der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle
an den 14. Gipfel der Exekutive der Großregion

Die Arbeitsmarktsituation in der Großregion

9. Bericht der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle
an den 14. Gipfel der Exekutive der Großregion

- Situation des Arbeitsmarktes -

**Interregionale
Arbeitsmarktbeobachtungsstelle**
c/o INFO-Institut
Pestelstraße 6
D-66119 Saarbrücken

Saarbrücken, November 2014

Die Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle beschreibt und analysiert in ihrem neunten Bericht, der dem 14. Gipfel der Großregion vorgelegt wird, die Situation und Entwicklung des Arbeitsmarkts in der Großregion anhand zentraler Strukturindikatoren. Im Zuge der regelmäßigen Berichterstattung an den Gipfel der Exekutiven konnte ein Berichtssystem für den Arbeitsmarkt der Großregion entwickelt werden, das die Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle kontinuierlich fortschreibt und ausdifferenziert.

Der neunte Bericht untergliedert sich fünf Teilberichte:

- ▶ **Situation des Arbeitsmarktes**
- ▶ Grenzgängermobilität
- ▶ Demografische Entwicklung
- ▶ Situation junger Menschen
- ▶ Atypische Arbeits- und Beschäftigungsformen

sowie den Bericht zu dem Schwerpunktthema „Der Pflegearbeitsmarkt in der Großregion“. Jeder der Teilberichte wird eingeführt mit wesentlichen Indikatoren zum großregionalen Arbeitsmarkt.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die zusätzliche Formulierung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

Inhalt

Hauptindikatoren des 9. Berichts der IBA	1
Vorkommnisse auf dem großregionalen Arbeitsmarkt.....	6
Methodische Vorbemerkungen	11
1. Erwerbstätigkeit.....	14
1.1 Erwerbsquote.....	14
<i>Erwerbsquote (15-64 Jahre) insgesamt und nach Geschlecht 2013.....</i>	<i>14</i>
<i>Entwicklung der Erwerbsquote (15-64 Jahre) insgesamt 2002-2013.....</i>	<i>15</i>
<i>Erwerbsquote nach Altersgruppe 15-64 Jahre insgesamt 2013.....</i>	<i>17</i>
1.2 Beschäftigungsquote.....	18
<i>Beschäftigungsquote insgesamt und nach Geschlecht 2013.....</i>	<i>19</i>
<i>Entwicklung der Beschäftigungsquote insgesamt 2002-2013.....</i>	<i>20</i>
<i>Entwicklung der Gesamtbeschäftigungsquote und Lücke zum Ziel Europa 2020</i>	<i>21</i>
<i>Entwicklung der Beschäftigungsquote nach Geschlecht 2002-2013.....</i>	<i>22</i>
<i>Beschäftigungsquote Jugendlicher insgesamt und nach Geschlecht 2013</i>	<i>23</i>
<i>Entwicklung der Beschäftigungsquote Jugendlicher insgesamt 2002-2013</i>	<i>24</i>
<i>Entwicklung der Beschäftigungsquote Jugendlicher nach Geschlecht 2002-2013.....</i>	<i>25</i>
<i>Beschäftigungsquote Älterer insgesamt und nach Geschlecht 2013</i>	<i>26</i>
<i>Entwicklung der Beschäftigungsquote Älterer insgesamt 2002-2013</i>	<i>27</i>
<i>Entwicklung der Beschäftigungsquote Älterer nach Geschlecht 2002-2013.....</i>	<i>28</i>
<i>Beschäftigung im Alter 25-64 Jahre nach höchstem erreichten Bildungsgrad 2013.....</i>	<i>29</i>
1.3 Arbeitnehmerbeschäftigung (am Arbeitsort)	30
<i>Anteil der Regionen an der Arbeitnehmerbeschäftigung in der Großregion 2012</i>	<i>30</i>
<i>Entwicklung der Arbeitnehmerbeschäftigung (am Arbeitsort) 2000-2012/2013</i>	<i>31</i>
<i>Entwicklung der Arbeitnehmerbeschäftigung (am Arbeitsort) 2006-2012/2013</i>	<i>33</i>
<i>Struktur der Arbeitnehmerbeschäftigung (am Arbeitsort) nach Wirtschaftsbereich</i>	<i>34</i>
<i>Entwicklung der Arbeitnehmerbeschäftigung (am Arbeitsort) nach Wirtschaftsbereich</i>	<i>36</i>
2. Arbeitslosigkeit	37
2.1 Arbeitslosenquote	37
<i>Arbeitslosenquote insgesamt und nach Geschlecht 2013.....</i>	<i>37</i>
<i>Entwicklung der Arbeitslosenquote insgesamt 2002-2013.....</i>	<i>38</i>
<i>Entwicklung der Arbeitslosenquote nach Geschlecht 2002-2013</i>	<i>40</i>
<i>Jugendarbeitslosenquote insgesamt und nach Geschlecht 2013</i>	<i>41</i>
<i>Entwicklung der Jugendarbeitslosenquote insgesamt 2002-2013</i>	<i>43</i>
<i>Anteil der Langzeitarbeitslosen 2013 und 2003.....</i>	<i>44</i>
<i>Langzeitarbeitslosenquote 2013 und 2003.....</i>	<i>45</i>
2.2 Arbeitslosigkeit nach der Statistik der Arbeitsagenturen.....	46
<i>Definitionen für Arbeitsuchende nach den verschiedenen nationalen Systemen</i>	<i>47</i>
<i>Vergleichende Tabelle zur Arbeitslosenversicherung.....</i>	<i>49</i>
<i>Entwicklung der Anzahl an Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt</i>	<i>50</i>
<i>Monatliche Entwicklung der Arbeitslosenzahlen von 2008 bis 2014.....</i>	<i>54</i>

Anhang	55
<i>Hinweise zu Datenquellen</i>	56
<i>Porträt der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle</i>	62
<i>Kurzporträt der kooperierenden Fachinstitute</i>	63
<i>Literaturverzeichnis</i>	65

Hauptindikatoren des 9. Berichts der IBA

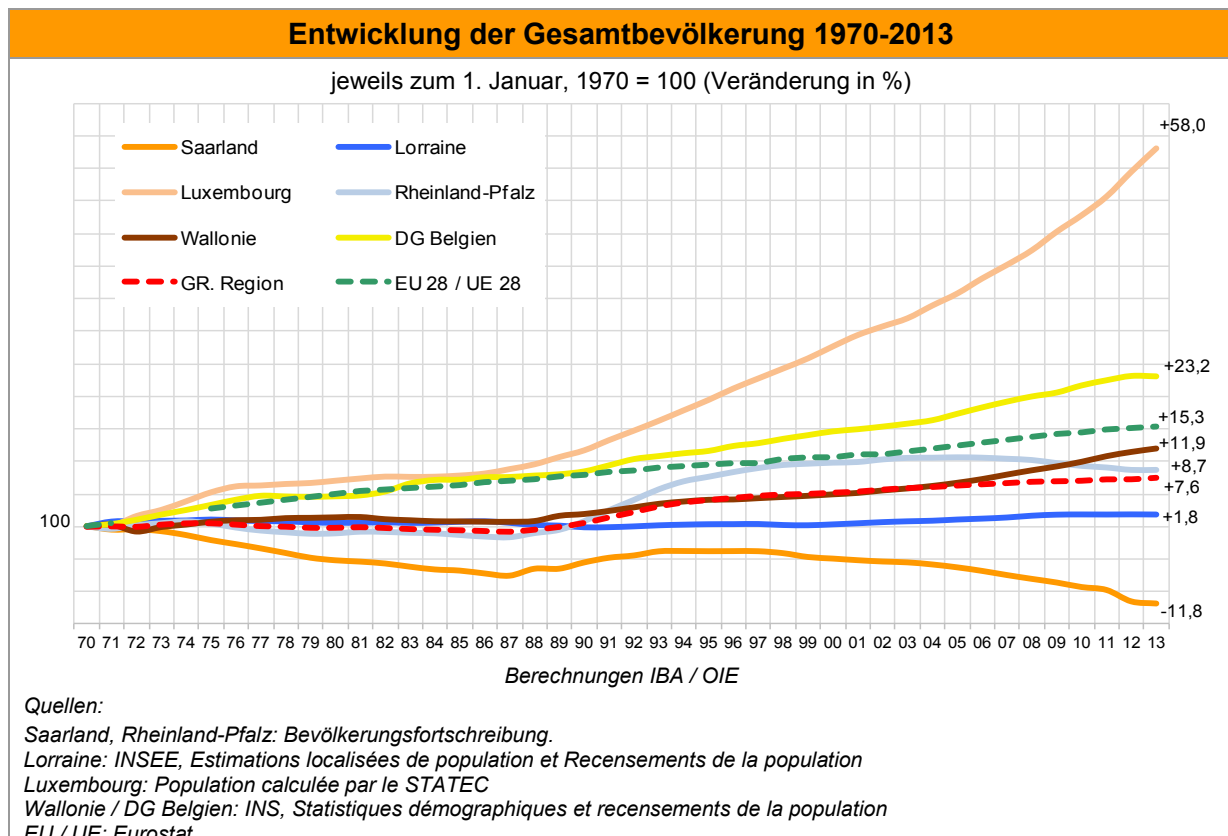
In diesem ersten Kapitel erfolgt die grafische Darstellung wesentlicher Indikatoren zum groß-regionalen Arbeitsmarkt mit kurzen Erläuterungen. Ausführlich werden die Indikatoren im jeweiligen Teilbericht beschrieben und analysiert.

Geographisch liegt die Großregion im Herzen des historischen Zentrums von Europa zwischen den Ballungsräumen Brüssel, Rhein-Ruhr, Rhein-Main, Rhein-Neckar, Basel/Mulhouse und Paris. Zu diesem europäischen Kooperationsraum, der die Grenzen von vier Nationalstaaten überschreitet und in dem offiziell drei verschiedene Sprachen gesprochen werden, gehören:

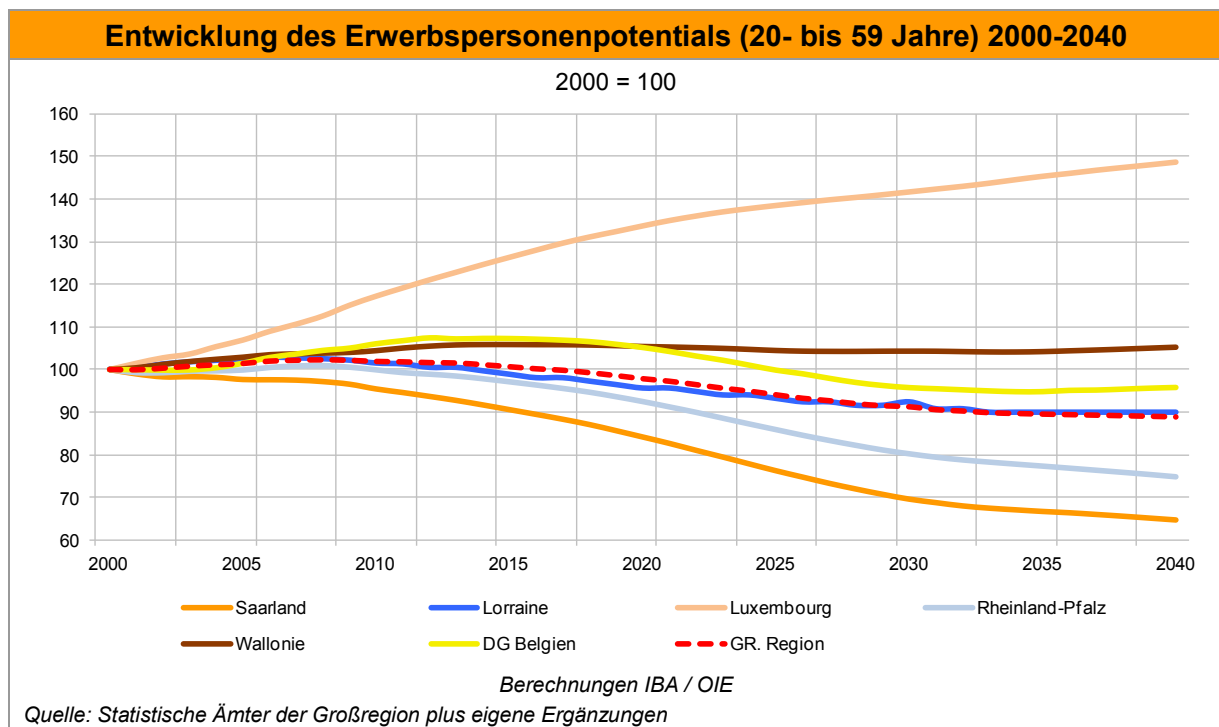
- ▶ die deutschen Bundesländer Saarland und Rheinland-Pfalz
- ▶ die französische Region Lothringen,
- ▶ das Großherzogtum Luxemburg,
- ▶ die Wallonische Region in Belgien mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Demografische Entwicklung

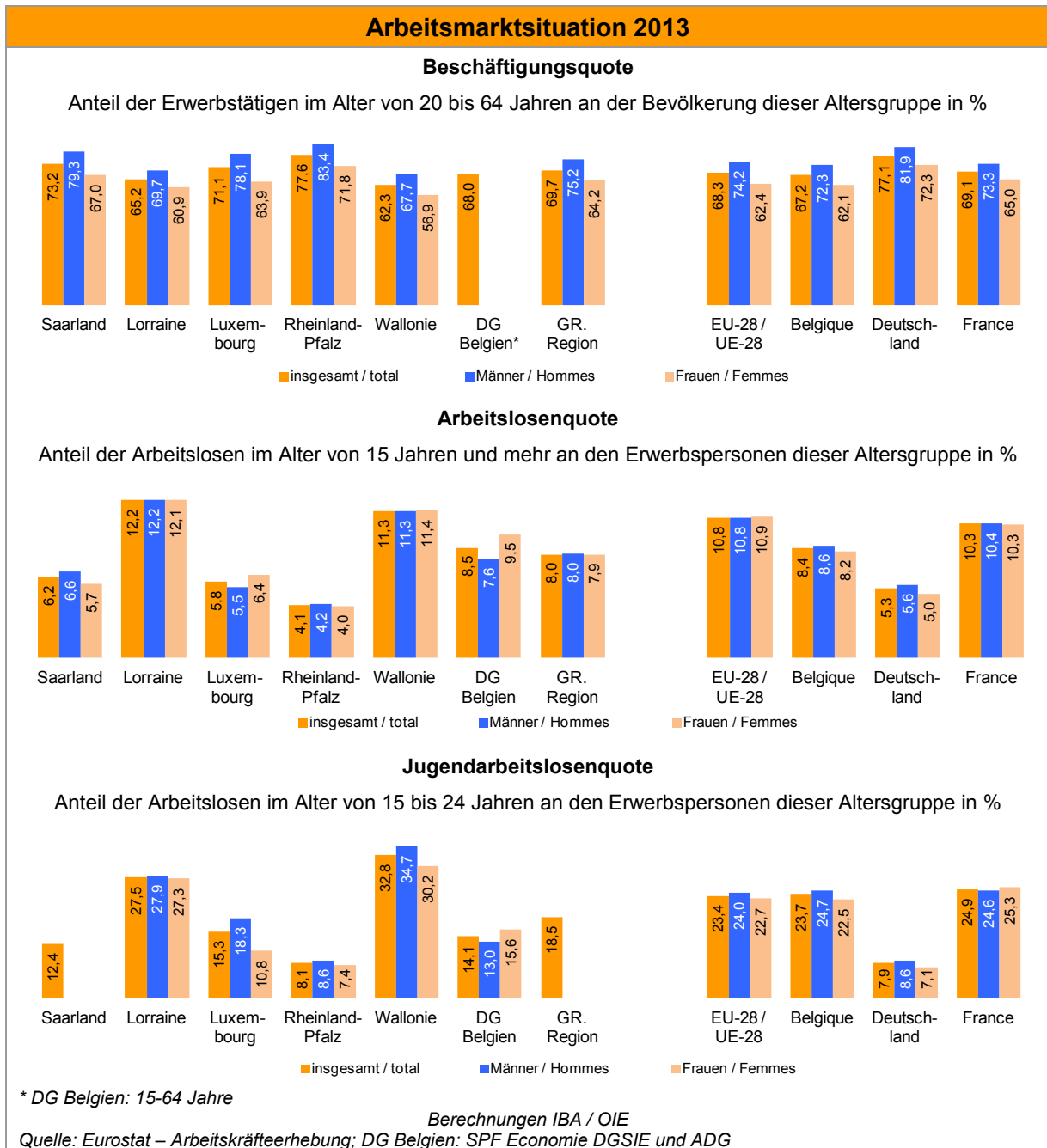
Am ersten Januar 2013 lebten in der Großregion über 11,4 Millionen Menschen, was 2,3% der Gesamtbevölkerung auf dem Gebiet der Europäischen Union (EU-28) entspricht. Mit vier Millionen Einwohnern ist Rheinland-Pfalz die mit Abstand bevölkerungsreichste Teilregion, gefolgt von der Wallonie (inkl. DG) mit knapp 3,5 Mio. Einwohnern. An dritter Stelle folgt Lothringen, wo Anfang 2013 rund 2,35 Mio. Menschen lebten. Auf die kleinsten Teilregionen Saarland und Luxemburg entfallen jeweils rund eine Millionen bzw. etwas über eine halbe Millionen. Die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens besteht aus rund 76.000 Personen.



Seit 1970 ist die Bevölkerung der Großregion um 805.187 Einwohner (+7,6%) auf über 11,4 Millionen Menschen im Jahr 2013 angestiegen. Dieses Wachstum wurde getragen von der Entwicklung in Luxemburg, der Wallonie (hier auch der DG Belgien) und Rheinland-Pfalz, während die Einwohnerzahl in Lothringen mehr oder minder stagniert und im Saarland rückläufig ist. Auf dem Gebiet der heutigen EU-28 konnte im gleichen Zeitraum ein Plus von 15,3% verzeichnet werden. Das im europäischen Vergleich geringere Bevölkerungswachstum in der Großregion lässt sich auch in jüngerer Zeit beobachten: Nach der Hochphase Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre haben sich die Zuwächse im Kooperationsraum seit Mitte der 1990er Jahre merklich abgeschwächt und belaufen sich für den Zeitraum 2000 bis 2013 nur noch auf +2,2% (EU-28: +5,1%).



Bei Betrachtung der demografischen Entwicklung muss auch der Wandel in der Altersstruktur der Bevölkerung berücksichtigt werden – insbesondere in Hinblick auf die zukünftige Entwicklung der für den Arbeitsmarkt vorwiegend relevanten Altersgruppe der 20- bis unter 60-Jährigen. Für das Jahr 2030 ergeben die Prognosen einen Rückgang auf ein gesamtes Erwerbspersonenpotenzial von 5,54 Millionen Personen in der Großregion. Dies entspricht einer Verminderung um beinahe 616.000 Personen bzw. -10%. Bis zum Jahr 2020 nimmt das Erwerbspersonenpotential mit knapp 3,6% noch vergleichsweise moderat ab. Danach geht das Erwerbspersonenpotential sehr viel stärker zurück: Die Mitte der 50er Jahre bis Anfang der 70er Jahre geborenen geburtenstarken Jahrgänge erreichen das Rentenalter und scheiden nach und nach aus dem Erwerbsleben aus. 2030 sind alle geburtenstarken Jahrgänge mindestens 60 Jahre alt. Insofern ist es nicht überraschend, dass sich der jährliche Potenzialrückgang ab 2030 wieder abschwächt. Alles in allem nimmt das Erwerbspersonenpotenzial bei den gegebenen Annahmen zwischen 2020 und 2040 trotzdem noch einmal um gut 9% ab, so dass – ausgehend von 2013 – insgesamt ein Rückgang um über 750.000 Personen denkbar ist. Allerdings gibt es dabei regional enorme Unterschiede. Diese und weitere Ausführungen zur Bevölkerung in der Großregion finden sich in dem IBA-Teilbericht „Demografische Entwicklung“.



Beschäftigungsquote (am Wohnort)

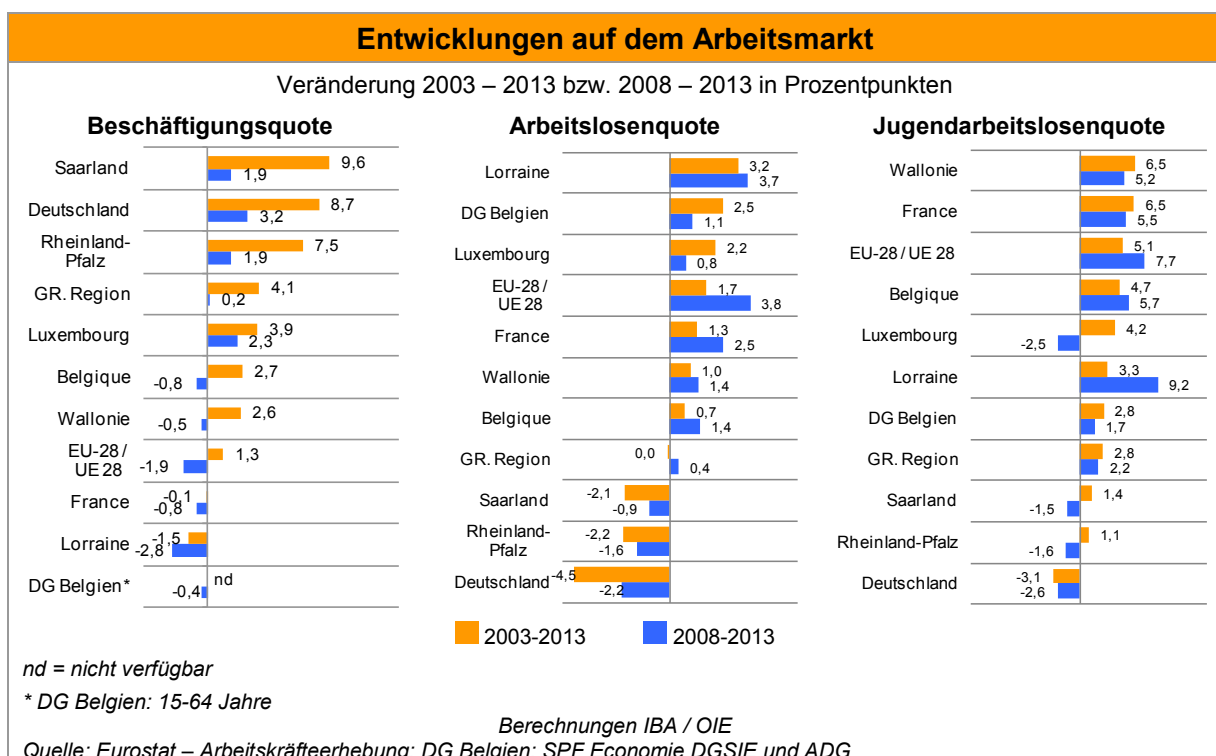
Eines der Kernziele der Strategie Europa 2020 lautet, die Beschäftigungsquote der 20- bis 64-Jährigen bis zum Jahr 2020 auf 75% zu erhöhen. Insbesondere Frauen, junge Menschen und ältere Arbeitnehmer sollen intensiver am Erwerbsleben beteiligt werden. Im Jahr 2013 belief sich die Beschäftigungsquote in der Großregion auf 69,7%. Damit lag der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung 1,4 Prozentpunkte höher als in der EU-28. Auf großregionaler wie europäischer Ebene sind aber noch einige Anstrengungen zu unternehmen, um die Zielmarke von 75% zu erreichen. Die Zunahme der Beschäftigungsquote verlief in den vergangenen Jahren nur stockend: Seit 2003 ergab sich im Kooperationsraum ein Plus von 4,1 Prozentpunkten. Dieser Anstieg ist in erster Linie auf Zuwächse bei der weiblichen Beschäftigung zurückzuführen (+7,1 Pp; Männer: +1,0 Pp). Dennoch lag der „Gender Gap“ 2013 noch immer bei 11%.

Arbeitslosenquote nach Eurostat

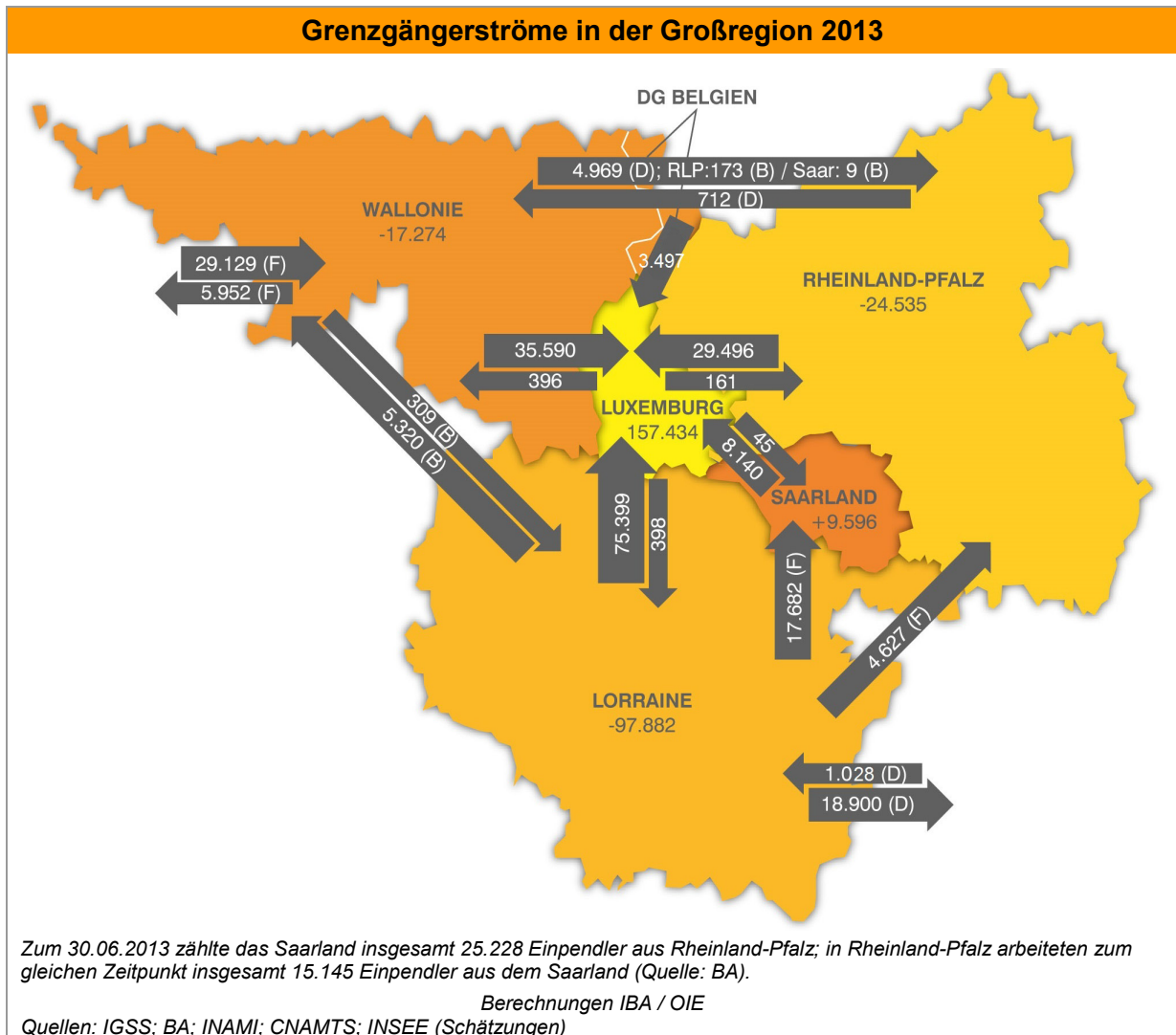
Die Arbeitslosenquote betrug 2013 in der Großregion 8,0% und lag damit fast drei Prozentpunkte unter dem europäischen Niveau (10,8%). Dieser Unterschied lässt sich vor allem mit der Entwicklung der vergangenen fünf Jahre erklären: Seit dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 ist die Arbeitslosenquote in der EU-28 um 3,8 Prozentpunkte gestiegen, in der Großregion nur um 0,4%. Innerhalb des Kooperationsraums verzeichnet Lothringen mit 12,2% die höchste Arbeitslosigkeit, Rheinland-Pfalz mit 4,1% die niedrigste. Seit 2008 erlebten die deutschen Regionen eine Entspannung der Arbeitslosigkeit, während der Anstieg in Lothringen am stärksten ausfiel.

Jugendarbeitslosigkeit

Problematisch gestaltete sich insbesondere die Situation der Jugendlichen: 2013 waren 18,5% der 15- bis 24-jährigen Erwerbspersonen ohne Arbeit. Das waren zwar deutlich weniger als in der EU-28 (23,4%), aber innerhalb der Großregion erreichten die Wallonie (32,8%) und Lothringen (27,5%) Werte über dem europäischen Niveau. Auch in Luxemburg waren 15,3% der unter 25-jährigen Erwerbspersonen arbeitslos. Merkwürdig unter diesen Ergebnissen – aber über dem gesamtdeutschen Durchschnitt – blieben die beiden deutschen Bundesländer (Saarland 12,4%, Rheinland-Pfalz 8,1%). In den vergangenen fünf Jahren hatte vor allem Lothringen unter einer Verschärfung der Situation zu leiden, aber auch in der Wallonie hat die Jugendarbeitslosigkeit weiter stark zugenommen.



Weitere Informationen zu Beschäftigung und Arbeitslosigkeit finden sich im vorliegenden IBA-Teilbericht „Situation des Arbeitsmarktes“ sowie zu atypischen Beschäftigungsformen im IBA-Teilbericht „Atypische Arbeits- und Beschäftigungsformen“ und zur Lage von Jugendlichen im IBA-Teilbericht „Situation junger Menschen“.



Grenzgängermobilität

Auch im Jahr 2013 zählte die Großregion wieder mehr grenzüberschreitende Arbeitnehmer als in den Jahren zuvor. Seit der Wirtschafts- und Finanzkrise ist der stetige Aufwärtstrend allerdings in seiner Dynamik gebremst: bis 2008 fielen die jährlichen Veränderungsraten mit rund 5% bis 7% wesentlich höher aus als in den Folgejahren (0,6% bis 2,3%). Auch im vergangenen Jahr 2013 fiel der Wachstumsschub mit einem Anstieg um lediglich 0,6% eher gering aus. Insgesamt verzeichnete die Großregion 2013 rund 213.400 grenzüberschreitend mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Einpendler). Lediglich in der Schweiz sind mehr Berufspendler mit ausländischem Wohnsitz beschäftigt. Über die Hälfte aller Grenzgänger im Gebiet der Großregion kam 2013 aus Frankreich und fast drei Viertel arbeiteten in Luxemburg. Die stetige Intensivierung der grenzüberschreitenden Arbeitnehmermobilität in der Großregion ist jedoch nicht in allen Teilgebieten zu beobachten. Der allgemeine Anstieg der Grenzgängerzahlen seit 2004 um über ein Drittel lässt sich insbesondere auf die Entwicklungen in Luxemburg und der Wallonie zurückführen. Die deutschen Bundesländer hingegen registrieren im gleichen Zeitraum einen Rückgang der zum Großteil aus Frankreich kommenden Arbeitnehmer.

Detaillierte Informationen zum Pendlergeschehen in der Großregion finden sich in dem IBA-Teilbericht „Grenzgängermobilität“.

Vorkommnisse auf dem großregionalen Arbeitsmarkt

Seit der letzten Berichterstattung der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA) für den Gipfel der Großregion traten während der rheinland-pfälzischen Präsidentschaft verschiedene arbeitsmarktrelevante Vorkommnisse in der Großregion, den einzelnen Teilgebieten oder deren Nationalstaaten auf, welche im Folgenden kurz dargestellt werden.

Gründung der Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt des Gipfels der Großregion

Der Schwerpunkt des Gipfels der Großregion unter rheinland-pfälzischer Präsidentschaft lautete „Der Arbeitsmarkt in der Großregion. Gemeinsame Herausforderungen und grenzüberschreitende Antworten“. Um ein Arbeitsprogramm zu diesem Thema umzusetzen, wurde eine Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt neu gegründet, an welcher auch die IBA teilnahm. Das Arbeitsprogramm umfasste folgende Themenschwerpunkte:

- ▶ **Fachkräftesicherung in den Gesundheitsfachberufen, insbesondere in den Pflegeberufen**
Hier wirkte die IBA an einem großen Forschungsprojekt zum Arbeitsmarkt im Pflegektor der Großregion mit. Gemeinsam mit dem Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur an der Universität Frankfurt (IWAK) arbeiteten die Fachinstitute eine vergleichende Studie mit dem Titel „Der Pflegearbeitsmarkt in der Großregion Berufe, Mobilität und Fachkräftesicherung“ aus. Ziel war es, eine umfangreiche Darstellung und Analyse des Pflegearbeitsmarktes anzufertigen sowie den Gipfelteilnehmern Handlungsempfehlungen mitzugeben. Eine Veröffentlichung des Berichts erfolgt zum Ende der rheinland-pfälzischen Gipfelpräsidentschaft.
- ▶ **Prekäre Beschäftigung im grenzüberschreitenden Kontext**
Zu diesem Schwerpunktthema bekam die IBA den Auftrag, die im 7. IBA-Bericht des Gipfels der Großregion behandelten Ausführungen zum Thema „Flexicurity und die neuen Arbeitsformen“ zu aktualisieren. Im April 2014 veröffentlichte die IBA die vergleichende Studie „Arbeits- und Beschäftigungsformen in der Großregion“.
- ▶ **Zusammenarbeit in der Jugendarbeitsmarktpolitik**
Die Behandlung dieses Themengebietes gipfelte in der Beteiligung der AG Arbeitsmarkts an der Veranstaltung „JugendforumJeunesse“ am 17. Oktober 2014 in Trier mit dem Schwerpunkt „Mobilität und Beschäftigungsfähigkeit Jugendlicher in der Großregion“. Die IBA stellte hier Fakten und Daten zur Situation von Jugendlichen in der Großregion vor, welche sich auch im Teilbericht „Situation junger Menschen“ wieder finden.
- ▶ **Grenzüberschreitende Berufsausbildung in der Großregion**
Die AG Arbeitsmarkt erstellte eine Rahmenvereinbarung über grenzüberschreitende Berufsbildung in der Großregion. Auch die IBA nahm neben einer Vielzahl weiterer Partner an der Ausgestaltung dieser Rahmenvereinbarung teil, welche nachstehend kurz erläutert wird.

Verabschiedung einer Rahmenvereinbarung über grenzüberschreitende Berufsbildung in der Großregion

Ziel dieser Vereinbarung ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen einer grenzüberschreitenden Aus- und Weiterbildung in der Großregion, welche eine anerkannte grenzüberschreitende Berufsbildung ermöglichen soll. Auch Fragen der Anerkennung von Berufsabschlüssen über Grenzen hinweg werden hier geregelt. Die Rahmenvereinbarung wird zum Ende der rheinland-pfälzischen Gipfelpräsidentschaft verabschiedet.

Start der grenzüberschreitenden Berufsausbildung zwischen Saarland und Lothringen

Mit diesem Abkommen wird es lothringischen und saarländischen Jugendlichen ermöglicht, einen Ausbildungsvertrag mit einem Unternehmen im Nachbarland zu schließen und den praktischen Teil der Ausbildung dort zu absolvieren. Theoretische Lehrinhalte werden in der Berufsschule im Heimatland vermittelt. Am Ende der Ausbildung legen die Jugendlichen dann in ihrem Heimatland, in dem sie die berufliche Schule durchlaufen haben, die Abschlussprüfung ab und erwerben ihren Berufsabschluss. Darüber hinaus haben sie die Möglichkeit, sofern die Bedingungen dafür erfüllt sind, zusätzlich die Abschlussprüfung im jeweiligen Partnerland abzulegen. Insgesamt 15 Berufe¹ können grenzüberschreitend erlernt werden. Die grenzüberschreitende Berufsausbildung startete in ihre vierjährige Pilotphase zu Beginn des Ausbildungsjahres 2014/2015.

Eröffnung der Fachstelle für grenzüberschreitende Ausbildung – VAUS

Die Fachstelle für grenzüberschreitende Ausbildung zwischen dem Saarland und Lothringen wurde am 15. Januar 2013 eröffnet und zunächst auf 18 Monate befristet. Beteiligt sind neben den Ministerien die Verbundausbildung Untere Saar (VAUS), die IHK Saarland sowie die ME Saar. Die Fachstelle für grenzüberschreitende Ausbildung unterstützt junge Menschen aus Frankreich und Deutschland bei der grenzüberschreitenden Ausbildung. Das Angebot richtet sich gleichermaßen an französische Lycée-Schülerinnen und -Schüler (Niveau Bac Pro und BTS), die einen Teil ihrer vorgeschriebenen Praktika (PFMP) in einem deutschen Betrieb absolvieren möchten und deutsche Auszubildende, die einen Teil ihrer Berufsausbildung in einem französischen Betrieb verbringen möchten.

Unterzeichnung eines Deutsch-Französischen Kooperationsabkommens über die Stellenvermittlung für Arbeitssuchende

Am 26. Februar 2013 unterzeichneten die Arbeitsminister Frankreichs und Deutschlands, Michel Sapin und Ursula von der Leyen im baden-württembergischen Kehl ein Kooperationsabkommen über die Stellenvermittlung für französische und deutsche Arbeitssuchende. Die deutsche Bundesagentur für Arbeit und das entsprechende französische Amt, Pôle Emploi, signierten einen Rahmenvertrag zur Intensivierung der Kooperation zwischen beiden Ländern. Die Vertragspartner wollen Hindernisse für grenzüberschreitende Investitionen abbauen und für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Arbeitsplatzangebot und –nachfrage auf beiden Seiten der Grenze sorgen. Dazu wurde in Kehl die erste französisch-deutsch grenzüberschreitende Arbeitsvermittlung eingerichtet. Die Einrichtung erleichtert die Stellen-

¹ Industriemechaniker; Zerspanungsmechaniker; Industriemechaniker; Kaufleute im Einzel- und Großhandel; Kaufleute Spedition und Logistik; Facharbeiter im Hoch- und Tiefbau; Friseur; Bäcker, Konditor; Koch; Restaurant- und Hotelfachleute; Fleischer, Metzger; Altenpfleger/Altenpflegerin.

suche für Arbeitssuchende in den beiden Nachbarländern. Die Profile der französischen und deutschen Arbeitssuchenden sowie die offenen Stellen in der Grenzregion werden in die Datenbanken beider Länder aufgenommen. Der Service wird die Arbeitgeber über die Arbeitsmarktbedingungen in Frankreich und Deutschland informieren, ihnen die beruflichen Qualifikationen der Arbeitssuchenden im jeweiligen Nachbarland erklären und sich für gemeinsame Standards in der Region einsetzen

Einrichtung von Deutsch-Französischen Vermittlungsbüros in der Region Saarland-Zweibrücken-Pirmasens und Lothringen

Am 15. November 2013 wurde die Einrichtung eines Deutsch-Französischen Vermittlungsbüros, das sein Dienstleistungsangebot in Saarbrücken und in Sarreguemines vorhalten wird, eröffnet. Die Einrichtung orientiert sich an der Vereinbarung grenzüberschreitender Arbeitsvermittlung zwischen Frankreich und Deutschland in Kehl vom 26.02.2013. Konkret werden Kollegen aus der Agentur für Arbeit Saarland und Kollegen von Pôle Emploi an beiden Standorten vertreten sein. Hierbei wird auch die Region Zweibrücken-Pirmasens eingebunden und die Agentur für Arbeit Kaiserslautern-Pirmasens wird beteiligt. Beratung und Vermittlung wird durch die Euresberaterin der Agentur in Bitche und bedarfsorientiert in Zweibrücken und Pirmasens angeboten. Arbeitssuchenden aus der französischen Grenzregion soll dabei auch der Stellenmarkt im Saarland und in der Westpfalz besser erschlossen werden.

Beschluss der Frankreichstrategie des Saarlandes – Deutschlandstrategie in Lothringen

Am 21. Januar 2014 stellte die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer die Frankreichstrategie der saarländischen Landesregierung vor. Hierbei betonte sie u.a. die Wichtigkeit des französischen Einpendlerstroms, von welchem der saarländische Arbeitsmarkt stark profitiere. In der Frankreichstrategie wird weiter darauf verwiesen, dass die engen unternehmerischen Verflechtungen zwischen saarländischen und lothringischen Unternehmen eine gute Voraussetzung für eine mögliche Verzahnung der Arbeitsmärkte und der beruflichen Ausbildung darstellt. Allerdings reiche dies nicht aus, um die Grenzgängermobilität dauerhaft zu sichern – es bedürfe an dieser Stelle insbesondere einem Ausbau der im Bereich der schulischen und beruflichen Ausbildung bestehenden Kooperationen. Die Frankreichstrategie hat es sich zum Ziel gemacht, die Sprache Französisch innerhalb der kommenden 30 Jahre zu einer zweiten Verkehrssprache zu entwickeln. Daneben sollen außerdem die bilateralen Beziehungen in den Bereichen Verwaltung, Wirtschaft und Kultur verstärken werden. Die vielfältigen Partner aus Lothringen sollen mit eingebunden und die Frankreichstrategie insgesamt mit den grenzüberschreitenden Aktivitäten in der Großregion verzahnt werden, worüber sich mit den französischen Kollegen in einer gemeinsame Sitzung bereits ausgetauscht wurde.

In Frankreich plant unterdessen der französische Generalratspräsident des Départements Moselle, Patrick Weiten, eine Deutschlandstrategie ab dem Jahr 2015 für die Kommunen Creutzwald, St.Avold, Forbach und Freyming-Merlebach nahe der saarländischen Grenze. Ähnlich wie im Saarland, sollen Kinder bereits ab drei Jahren in den Vorschulen („Maternelles“) Deutsch lernen. Dazu sollen Deutschlehrer eingestellt werden, welche mit Geldern der zuständigen Academie in Nancy finanziert werden. Für Erwachsene ist ein In-

formationszentrum in Forbach geplant, in welchem Informationen über das Arbeitsleben, den Grenzverkehr und Ausflugsziele in Deutschland bereitgestellt werden sollen.

Unterzeichnung des „Pakt für Lothringen“

Die Region Lothringen erhält zwischen 2014 und 2016 eine Finanzspritze von 300 Millionen Euro. Ein entsprechendes Abkommen unterzeichneten im September 2013 der damalige französische Premierminister Jean-Marc Ayrault und der lothringische Regionalratspräsident Jean-Pierre Masseret. Es sollen staatliche und regionale Fördergelder genutzt werden, um die Wirtschaft in der Grenzregion Lothringen wieder anzukurbeln. Seit Jahren steigt dort die Arbeitslosigkeit, weil unter anderem die Stahl- und Chemieindustrie zurückgefahren werden. Es handelt sich um den ersten Pakt zur Stärkung der regionalen Industrie, der in Frankreich geschlossen wurde.

Zukunftsjobs (*emploi d'avenir*) mit dem Ziel gering- und unqualifizierte Jugendliche auszubilden

Die in Frankreich eingeführten Zukunftsjobs haben den Anspruch, den Einstieg ins Berufsleben zu erleichtern und gering- bzw. unqualifizierten Jugendlichen mit speziellen Zugangsschwierigkeiten zum Arbeitsmarkt den Zugang zu erleichtern. Ziel ist es, diesen Jugendlichen wirkliche Beschäftigungsangebote anzubieten, welche eine angepasste Ausbildung im Rahmen eines bis zu 3-jährigen Beschäftigungsverhältnisses beinhalten. Die Maßnahme ist um mehrere zentrale Ansatzpunkte organisiert:

- ▶ eine Fokussierung hauptsächlich auf junge Menschen ohne Abschluss oder mit nur geringer Qualifizierung
- ▶ die Idee einer Kombination von Beruf und Ausbildung mit intensive Begleitung

Der Staat hat folgende Zielvorgaben auf nationaler Ebene definiert: Ende 2013 sollten 100.000 Zukunftsjobs besetzt werden (Ziel wurde erreicht); bis Ende 2014 sollen 150.000 Jugendliche in Zukunftsberufe rekrutiert werden. Lothringen hat sich in einer Rahmenvereinbarung zwischen Staat und Region verpflichtet, für die Ausbildungen 2013 10 bis 12 Mio. Euro und für 2014 15 Mio. Euro bereit zu stellen. Im November 2014 waren in Lothringen etwas mehr als 4.000 Verträge für Zukunftsjobs unterzeichnet.

Veränderung des Steuerabkommens zwischen Frankreich und Belgien

Zum 1. Januar 2012 wurde das Steuerabkommen zwischen Frankreich und Belgien abgeändert. Personen, die ab diesem Zeitpunkt neu zum Arbeiten von Frankreich nach Belgien pendeln, werden damit am Arbeitsort Belgien und nicht mehr am Wohnort Frankreich steuerpflichtig.² Diese Veränderung in der Besteuerung von französischen Grenzgängern kann zum Teil den in 2012 erstmals deutlich rückläufigen Einpendlerstrom aus Lothringen nach Belgien erklären.

² Vgl. Convention entre la France et la Belgique tendant à éviter les doubles impositions et à établir des règles d'assistance administrative et juridique réciproque en matière d'impôts sur les revenus.

Einführung eines Mindestlohns in Deutschland ab 2015

Im Juli 2014 wurde in Deutschland ein Mindestlohngesetz verabschiedet, wonach zum 1. Januar 2015 in der Bundesrepublik ein flächendeckender, branchenübergreifender gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro eingeführt wird. Dieser Mindestlohn gilt auch für die beiden der Großregion zugehörigen Bundesländer Saarland und Rheinland-Pfalz. Prinzipiell trifft der Mindestlohn alle in Deutschland beschäftigte Arbeitnehmer und somit auch die einpendelnden Grenzgänger aus den Teilgebieten der Großregion. Ausnahmen bestehen allerdings für Langzeitarbeitslose, Auszubildende, Praktikanten, Kinder und Jugendliche ohne abgeschlossene Berufsausbildung, ehrenamtliche Tätigkeiten, die Branche der Zeitungszustellung sowie für Saisonarbeiter und Erntehelfer.

Erarbeitung eines Aktionsplans gegen Arbeitslosigkeit in Luxemburg

Die neue luxemburgische Regierung gab Anfang 2014 bekannt, dass sie Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Großherzogtum erarbeite. Darunter ein Aktionsplan, der unter anderem eine bessere Zusammenarbeit der Arbeitsvermittlung mit den Unternehmen vorsieht. Außerdem soll die berufliche Weiterbildung in Luxemburg verbessert werden.

Methodische Vorbemerkungen

Datengrundlage

Die für den Teilbericht „Situation des Arbeitsmarktes“ verwendete Datengrundlage basiert für die Kapitel 1.1 „Erwerbsquote“, 1.2 „Beschäftigungsquote“ und 2.1 „Arbeitslosenquote“ im Wesentlichen auf Informationen von Eurostat; für die Kapitel 1.3 „Arbeitnehmerbeschäftigung am Arbeitsort“ und 2.2 „Arbeitslosigkeit nach der Statistik der Arbeitsagenturen“ auf den Informationen der Statistischen Ämter der Großregion.³ Bestehende Datenlücken wurden dabei soweit als möglich durch das Bearbeiterteam geschlossen bzw. durch weiterführende Daten ergänzt.

Datenstand

Angesichts verschiedener Datenquellen und jeweils regionaler und nationaler Besonderheiten sind nicht für alle statistischen Angaben identische Zeiträume verfügbar. Aus diesem Grund ist es verständlich, dass hinsichtlich der Aktualität des verwendeten Datenmaterials Abstriche gemacht werden müssen. Das Bearbeiterteam hat sich um größtmögliche Aktualität bemüht; die verwendeten Daten beziehen sich im Wesentlichen auf die Jahre 2012 / 2013 und entsprechen – sofern nicht anders angegeben – dem Stand April bis Juli 2014.

Definitionen und methodische Hinweise⁴

Zu den Eurostat-Daten – Arbeitskräfteerhebung:

Die herangezogenen Daten von Eurostat stammen aus den Regionalstatistiken von Eurostat. Zu nennen ist hier insbesondere die Arbeitskräfteerhebung (AKE), die auf europäischer Ebene die wesentliche Quelle vergleichbarer Informationen über regionale Arbeitsmärkte darstellt. Grundlage der als Stichprobenerhebung konzipierten AKE sind EU-weit harmonisierte Normen und Definitionen zu Beschäftigung, Erwerbslosigkeit und Nichterwerbstätigkeit, die – im Unterschied zu den jeweils länderspezifischen Definitionen und Konzepten auf Basis gesetzlicher Bestimmungen – in einem in sich abgestimmten und harmonisierten System dargestellt werden, das internationale bzw. grenzüberschreitende Vergleiche ermöglicht.

Zu den Daten der Arbeitnehmerbeschäftigung (am Arbeitsort):

Die im Bericht ausgewiesenen Daten zu Stand und Entwicklung der Arbeitnehmerbeschäftigung (am Arbeitsort) beruhen auf Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bzw. Erwerbstätigenrechnung auf Basis der europäischen Wirtschaftszweigsystematik NACE. Im Laufe des Jahres 2012 erfolgte eine Umstellung der Wirtschaftsklassifikation auf die neue Klassifikation NACE Rev. 2. Die Ergebnisse der Revision sind grundsätzlich nur eingeschränkt vergleichbar mit den zuvor veröffentlichten Daten.

³ Im Jahr 2006 haben die Statistischen Ämter der Großregion mit ihrem Statistikportal einen Zugang zu einer Vielzahl an harmonisierten Wirtschafts- und Sozialdaten in der Großregion geschaffen. Bestehende Datenlücken mit Blick auf den IBA-Bericht wurden soweit als möglich durch das Bearbeiterteam des Netzwerks der Fachinstitute geschlossen. Trotz sehr aufwändiger Recherchen und eigener ergänzender Berechnungen ist es aber nicht immer möglich, vergleichbare Daten für alle Teile der Großregion vorzustellen. Am aktuellen Rand handelt es sich häufig um vorläufige Zahlen, die im Nachhinein durchaus wieder Änderungen erfahren können – auch rückwirkend über Zeitreihen hinweg.

⁴ Detaillierte Hinweise zu den Datenquellen sowie zu deren Möglichkeiten und Grenzen finden sich im Anhang des Berichts.

Erwerbspersonen:

Erwerbspersonen (auch als Erwerbsbevölkerung oder Arbeitskräfte bezeichnet) umfassen die Erwerbstätigen und die Erwerbslosen.

Erwerbsquote (AKE):

Die Erwerbsquote gibt den Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter an.

Erwerbstätige:

Erwerbstätige im Sinne der ILO-Definition sind alle Personen im Alter von mindestens 15 Jahren, die in der Berichtswoche mindestens eine Stunde lang gegen Entgelt oder im Rahmen einer selbständigen oder mithelfenden Tätigkeit gearbeitet haben.

Beschäftigungsquote (AKE):

Die Erwerbstätigenquote ist definiert als der Anteil der erwerbstätigen Personen in einer Altersklasse an der Gesamtbevölkerung dieser Altersklasse.

Arbeitslose:

Arbeitslose sind alle Personen im Alter zwischen 15 und 74 Jahren, die in der Berichtswoche ohne Arbeit waren, zu dem Zeitpunkt für eine Arbeit verfügbar und innerhalb der letzten vier Wochen aktiv auf Arbeitssuche waren oder bereits eine Arbeit gefunden hatten, die sie innerhalb der nächsten drei Monate aufnehmen würden.

Arbeitslosenquote (AKE):

Die Arbeitslosenquote ist definiert als der prozentuale Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen (Summe aus Erwerbstätigen und Arbeitslosen). Die Arbeitslosenquote kann nach Alter und Geschlecht aufgeschlüsselt werden.

Langzeitarbeitslosigkeit (AKE):

Die Langzeitarbeitslosenquote gibt den Anteil derjenigen Personen an der Erwerbsbevölkerung an, die länger als zwölf Monate arbeitslos sind. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen misst den prozentualen Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Summe aller Arbeitslosen.

Arbeitnehmer:

Im Allgemeinen ist der Begriff „Arbeitnehmer“ definiert als Personen, die für einen öffentlichen oder privaten Arbeitgeber arbeiten und ein Entgelt in Form von Lohn, Gehalt, Stücklohn oder Sachbezügen erhalten. Hierunter fallen auch Berufssoldaten.

Gender Gap:

Bezeichnung eines geschlechtsspezifischen Gefälles (Statistische Unterschiede zwischen Männern und Frauen).

ISCED-Klassifikation:

Die Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen (ISCED) ist ein Instrument zur Erstellung international vergleichbarer Bildungsstatistiken. Die verwendete Version (ISCED 97) unterscheidet sieben Bereiche, welche sich ebenfalls in den Ausführungen im Anhang des Berichts finden.

NACE – Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft:

Die NACE ist die Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Union. Sie ist eine vierstellige Systematik und bildet den Rahmen für die Sammlung und Darstellung statistischer, nach Wirtschaftszweigen untergliederter Daten aus dem Bereich Wirtschaft (z.B. Produktion, Beschäftigung, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung) und aus anderen Bereichen innerhalb des Europäischen Statistischen Systems (ESS). Die Klassifikation NACE Rev. 2 hat 21 Abschnitte (sowie 88 Abteilungen und insgesamt 615 Klassen), welche sich in den Ausführungen im Anhang des Berichts finden.

1. Erwerbstätigkeit

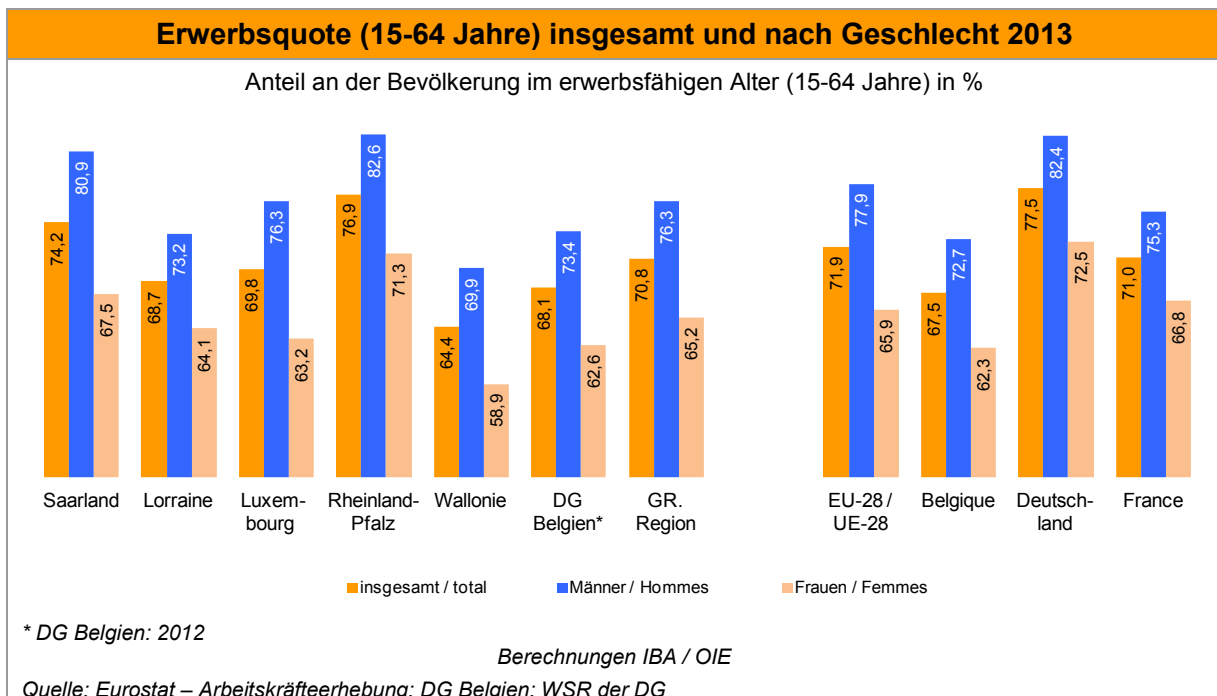
1.1 Erwerbsquote

Nach den Daten der EU-Arbeitskräfteerhebung umfasste im Jahr 2013 die Erwerbsbevölkerung in der Großregion beinahe 5,3 Millionen Personen. Der größte Anteil entfiel dabei mit 38,1% auf Rheinland-Pfalz, gefolgt von der Wallonie mit 28,4%, Lothringen mit 19,5% und dem Saarland mit 9,3%. In Luxemburg schließlich wohnten 4,7% aller Erwerbspersonen im Kooperationsraum.

Die Erwerbsquote gibt den Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre) an.

Große Spannweite der Erwerbsquoten innerhalb der Großregion

Für die Großregion insgesamt lag die Erwerbsquote im Jahr 2013 bei 70,8% und damit noch knapp einen Prozentpunkt unter dem Wert der EU-28 (71,9%). Einen wesentlichen Einfluss auf die Erwerbsquote in der Großregion hat Rheinland-Pfalz. Dort überstieg die Erwerbsquote von 76,9% im Jahr 2013 deutlich die großregionalen und europäischen Mittel. Im interregionalen Vergleich konnte lediglich das Saarland mit 74,2% annähernd gut abschneiden, während die übrigen Teilgebiete Raten unterhalb der Durchschnittswerte der Großregion sowie der EU aufzeigten und nicht über die 70%-Marke kamen. Innerhalb der Großregion ist demnach eine große Spannweite auszumachen: Die Differenz zwischen der Region mit der geringsten Erwerbsquote (Wallonie: 64,4%) und der Region mit der höchsten Rate (Rheinland-Pfalz) betrug 2013 beinahe 13 Prozentpunkte.

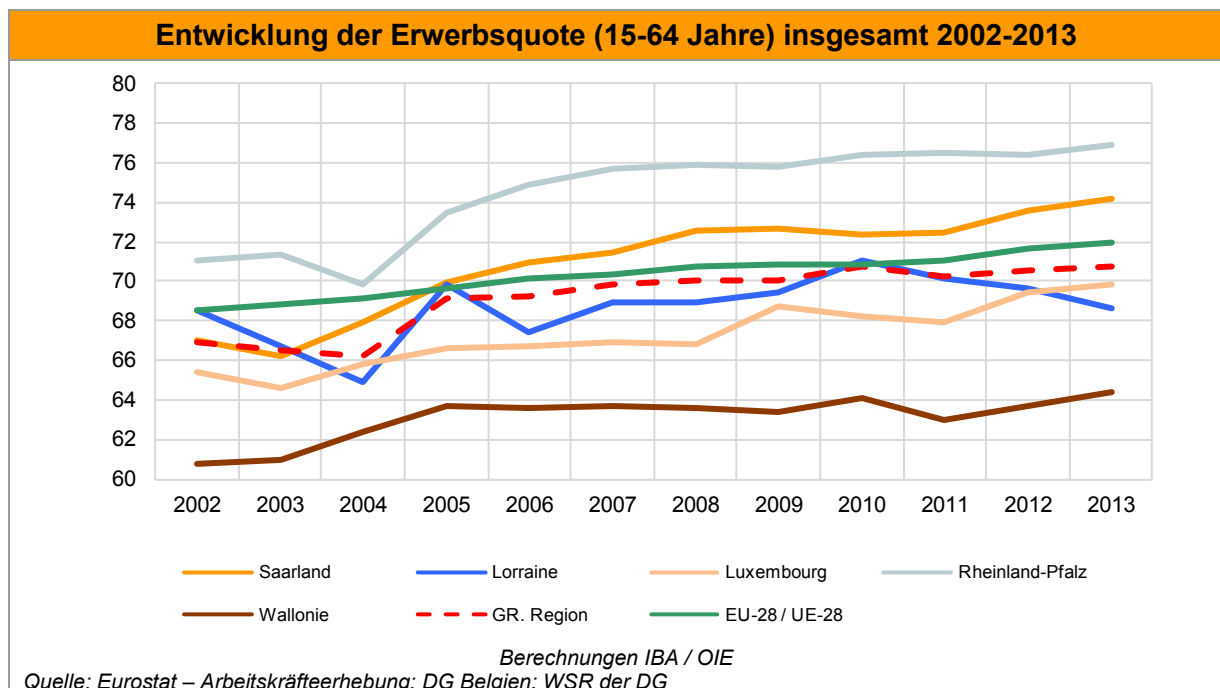


Noch immer enorme Unterschiede zwischen den Erwerbsquoten von Männern und Frauen

Auch im Jahr 2013 blieb in der Großregion die weibliche Erwerbsquote noch immer deutlich hinter der männlichen zurück. Die Differenz lag bei 11,1 Prozentpunkten und damit unterhalb des auf der Ebene der EU-28 festgestellten Abstands (12 Prozentpunkte). Innerhalb des Kooperationsraums bestehen ebenfalls Unterschiede hinsichtlich der Differenz zwischen männlichen und weiblichen Erwerbsquoten: Im Jahr 2013 war der Abstand im Saarland mit 13,5 Prozentpunkten am stärksten ausgeprägt und auch Luxemburg lag über dem europäischen Durchschnitt (13,1 Prozentpunkte). Der Abstand zwischen Männern und Frauen in Rheinland-Pfalz bewegte sich mit 11,3 Prozentpunkten zwar unterhalb des EU-Wertes, lag aber knapp über dem großregionalen Mittel. Eine Differenz knapp unterhalb des Durchschnitts der Großregion verzeichneten hingegen die Wallonie (11,0 Pp) und die DG Belgien (10,8 Pp; 2012). In Lothringen war der geschlechtsspezifische Unterschied mit 9,1 Prozentpunkten am geringsten.

Seit dem Jahr 2000 überdurchschnittliche Anstiege der Erwerbsquoten in den deutschen Teilregionen und Luxemburg sowie Stagnation in Lothringen

Der Zuwachs der Erwerbsquote seit 2002 ist in der Großregion mit 3,9 Prozentpunkten stärker ausgefallen als in der EU (+3,4 Pp). Getragen wurde die Entwicklung seit 2002 vor allem durch die überdurchschnittlichen Zuwächse in den deutschen Teilgebieten (Saarland: +7,2 Pp; Rheinland-Pfalz: +5,9 Pp). Auch Luxemburg verzeichnet in diesem Zeitraum einen Anstieg über dem großregionalen Durchschnitt (+4,5 Pp). In der Wallonie verlief der Anstieg mit einem Zuwachs um 3,6 Prozentpunkte zwar weniger rasant als in der Großregion, aber immer noch stärker als in der EU. In Lothringen ist per Saldo beinahe eine Stagnation zu verzeichnen (+0,1 Pp).



Zurückzuführen ist der Anstieg der Erwerbsquote in erster Linie durch die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen seit 2002, welche in der Großregion um 7,5 Prozentpunkte

zulegen. In diesem Zeitraum fiel der Zuwachs bei den Männern mit einem Plus von 0,5 Prozentpunkten wesentlich geringer aus. In Lothringen und Luxemburg entwickelten sich die Erwerbsquoten der Männer sogar rückläufig (-3,6 Pp; -0,7 Pp). Sowohl im Mittel der EU als auch in allen Teilgebieten der Großregion legten die Erwerbsquoten der Frauen stärker zu als die der Männer, so dass sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede in den Erwerbsquoten überall reduzierten. Gründe für die gestiegene Erwerbsbeteiligung von Frauen sind laut einer Studie des IAB strukturelle Verschiebungen hin zum Dienstleistungsbereich, die gestiegene Bildungsbeteiligung von Frauen und der gesellschaftliche Wertewandel. Heutzutage ist es normal für Frauen einen Beruf zu erlernen und auszuüben und somit finanziell unabhängig zu sein. Zu dem Bedürfnis nach finanzieller Unabhängigkeit tragen das erhöhte Scheidungsrisiko, die zunehmende, fast ausschließlich weibliche Familienform des Alleinerziehens und die Notwendigkeit einer eigenen existenzsichernden Altersvorsorge bei.⁵

Bei der Betrachtung der Entwicklung der Erwerbsquote im Zeitverlauf ist zu berücksichtigen, dass in der Erwerbsquote sowohl die Arbeitslosen, als auch die Beschäftigten abgebildet werden. Übertritte von der Erwerbstätigkeit in die Arbeitslosigkeit und andersherum lassen sich in dieser Darstellung also nicht erkennen. Folglich spiegelt sich auch die wirtschaftliche Konjunktur nicht deutlich in den Daten wider. Ausschließlich Neu-Einsteiger auf den Arbeitsmarkt (zum Beispiel Schul- und Hochschulabsolventen, die erstmals einer Beschäftigung nachgehen oder Eltern, die nach einer Erziehungspause wieder zu arbeiten beginnen) oder Abgänge vom Arbeitsmarkt (zum Beispiel Rentner, die aus dem Erwerbsleben ausscheiden oder Abwanderung aus der Region) beeinflussen die Entwicklung der Erwerbsquote.

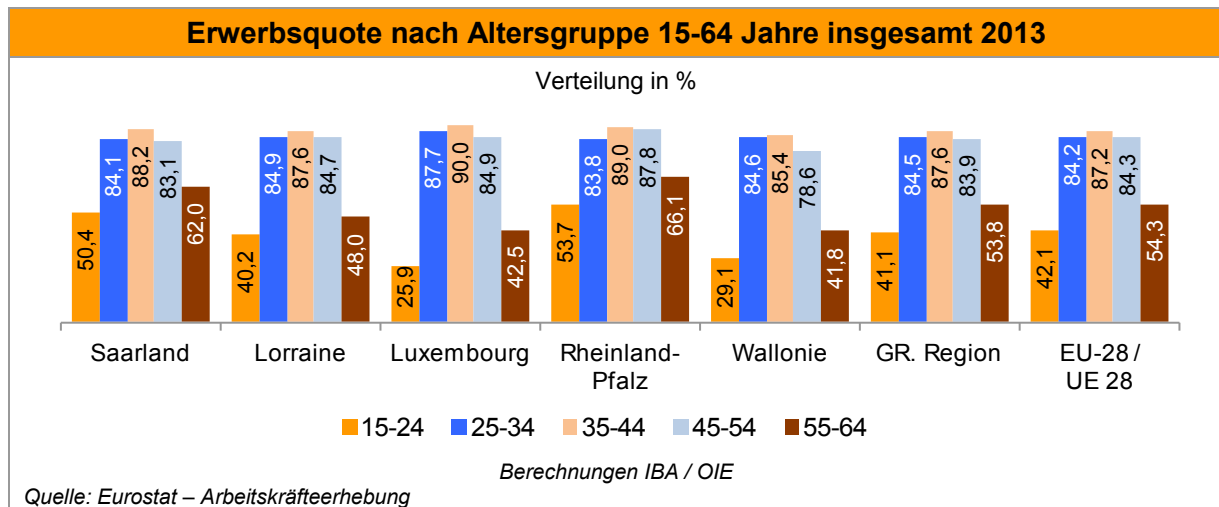
Differenzierung der Erwerbsquoten nach Alter

Nach den Daten der EU-Arbeitskräfteerhebung lag 2013 die Erwerbsquote für **Jugendliche unter 25 Jahren** in der Großregion bei 41,1%. Damit blieb die Großregion weiterhin hinter den Durchschnittswerten der europäischen Mitgliedstaaten (EU-28: 42,1%) zurück. Innerhalb der Großregion lag wiederum das Niveau in den beiden deutschen Bundesländern (Rheinland-Pfalz: 53,7%; Saarland: 50,4%) deutlich über dem großregionalem Durchschnitt. Am Ende des Spektrums befinden sich Luxemburg mit nur 25,9% und die Wallonie (29,1%). Die Erwerbsquote der Jugendlichen in Lothringen nimmt bei der Erwerbsbeteiligung in der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen mit 40,2% im Jahr 2013 eine mittlere Position ein. Die relativ hohen Erwerbsquoten in den deutschen Teilgebieten bei den Jüngeren können auf das in Deutschland weit verbreitete duale System der Berufsausbildung zurückgeführt werden: die Auszubildenden sind in einem Betrieb angestellt und fallen somit in die Kategorie Erwerbstätige. Das System der betrieblichen Berufsausbildung im dualen System ist in Frankreich, Belgien und Luxemburg weniger gebräuchlich; die Berufsausbildung findet hier mehr im schulischen Umfeld statt. Entsprechend werden die Auszubildenden dort als Schüler gezählt und nicht als Erwerbstätige – sie fallen also aus der Erwerbsbevölkerung raus.

Aufgrund der demografischen Veränderungen rückt die Arbeitsmarktsituation **Älterer** zunehmend in den Blickpunkt. In der Großregion lag die Erwerbsquote der 55- bis 65-Jährigen 2013 mit 53,8% deutlich höher als die der Jugendlichen. Im Vergleich mit der EU-28 blieb die Erwerbsquote Älterer der Großregion jedoch hinter dem europäischen Durchschnittswert

⁵ Vgl. Wanger, Susanne: Ungenutzte Potenziale in der Teilzeit - Viele Frauen würden gerne länger arbeiten. IAB- Kurzbericht 9/2011, S.1.

(54,3%) zurück. In dieser Altersgruppe spiegeln sich im interregionalen Vergleich die Trends wider, welche sich auch für die Jüngeren ergaben: die deutschen Teilregionen erzielen hohe Quoten, Luxemburg und die Wallonie sehr niedrige, und Lothringen landet im Mittelfeld.



Die positiven Ergebnisse der deutschen Teilgebiete in Zusammenhang mit der Gesamterwerbsquote sowie der Erwerbsquoten bei den Jugendlichen und bei den Älteren wurden bereits herausgestellt. Eine Betrachtung der mittleren Altersgruppen zeigt jedoch veränderte Rangfolgen. So lagen insbesondere Rheinland-Pfalz und das Saarland in der Altersgruppe der **25- bis 34-Jährigen** im Jahr 2013 unter dem Durchschnitt der Großregion (84,5%), während Luxemburg hier die Spitzenposition einnahm. Bei den **35- bis 44-Jährigen** verzeichneten ebenfalls das Großherzogtum sowie Rheinland-Pfalz Erwerbsquoten oberhalb des großregionalen Durchschnitts.

1.2 Beschäftigungsquote

Die Beschäftigungsquote ist ein Schlüsselindikator für arbeitsmarktbezogene Analysen und die Darstellung wirtschafts- und beschäftigungspolitischer Zusammenhänge auf europäischer Ebene. Sie entspricht dem Anteil der Beschäftigten (Erwerbstätigen) an der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren. Als erwerbstätig gilt dabei, wer in der Berichtswoche mindestens eine Stunde gegen Entgelt gearbeitet hat.⁶ In solcher Allgemeinheit bietet der Indikator keine Hinweise über das Arbeitsvolumen, das sich regional sehr unterschiedlich darstellen kann.⁷ Wenn die Beschäftigungsquote einen realistischen Aufschluss über die beschäftigungspolitische Lage der Großregion wiedergeben soll, muss beispielsweise der Anteil der Teilzeitarbeitsverhältnissen entsprechend berücksichtigt werden.⁸

Beschäftigungsquote und Ziele der EU

Am 17. Juni 2010 hat der Europäische Rat die neue Strategie „Europa 2020“ formell verabschiedet. Sie verfolgt mit drei sich gegenseitig verstärkenden Prioritäten den Aufbau einer intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wirtschaft in einer EU, die durch ein hohes Beschäftigungs- und Produktivitätsniveau sowie einen ausgeprägten sozialen Zusammenhalt gekennzeichnet ist. Eine der sieben Leitinitiativen zur inhaltlichen Umsetzung der Europa-2020-Strategie ist die im Themenfeld „integratives Wachstum“ angesiedelte „Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten“. Ihr Ziel ist es, die Arbeitsmärkte zu modernisieren, den Menschen durch den lebenslangen Erwerb von Qualifikationen neue Möglichkeiten zu eröffnen und so die Erwerbsquote zu erhöhen sowie Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt u.a. durch Arbeitsmobilität besser aufeinander abzustimmen.

Die Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen ist ein Grundpfeiler der europäischen Beschäftigungspolitik. Arbeitsplätze sind gleichzeitig eine wichtige Voraussetzung für den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft. Eines der Kernziele der Strategie Europa 2020 lautet daher, die Beschäftigungsquote der 20- bis 64-jährigen Frauen und Männer auf 75% bis zum Jahr 2020 zu erhöhen. Insbesondere junge Menschen, ältere Arbeitnehmer und gering qualifizierte Arbeitskräfte sollen intensiver am Erwerbsleben beteiligt und Migranten besser integriert werden. Die zur Großregion zugehörigen Länder setzen in ihren nationalen Reformprogrammen dabei jeweils unterschiedliche Akzente:

- ▶ Belgien will bis 2020 eine Gesamtbeschäftigungsquote von 73,2% erzielen; die Beschäftigungsquote der Frauen soll auf 69% und die der älteren Arbeitnehmer auf 50% angehoben werden.
- ▶ Deutschland strebt eine Erhöhung der Beschäftigungsquote auf insgesamt 77% an, wobei für die Frauen 73% und für die Älteren 60% anvisiert werden.
- ▶ Frankreich orientiert sich in seiner nationalen Zielsetzung an der EU-Vorgabe von 75% für die Gesamtbeschäftigungsquote und will zusätzlich bei den Frauen einen Anteil von 70% erreichen.
- ▶ Luxemburg hat sich das Ziel gesetzt, die Beschäftigungsquote bis 2020 auf insgesamt 73% zu erhöhen, wobei bis 2015 ein Anteil von 71,5% angestrebt wird.

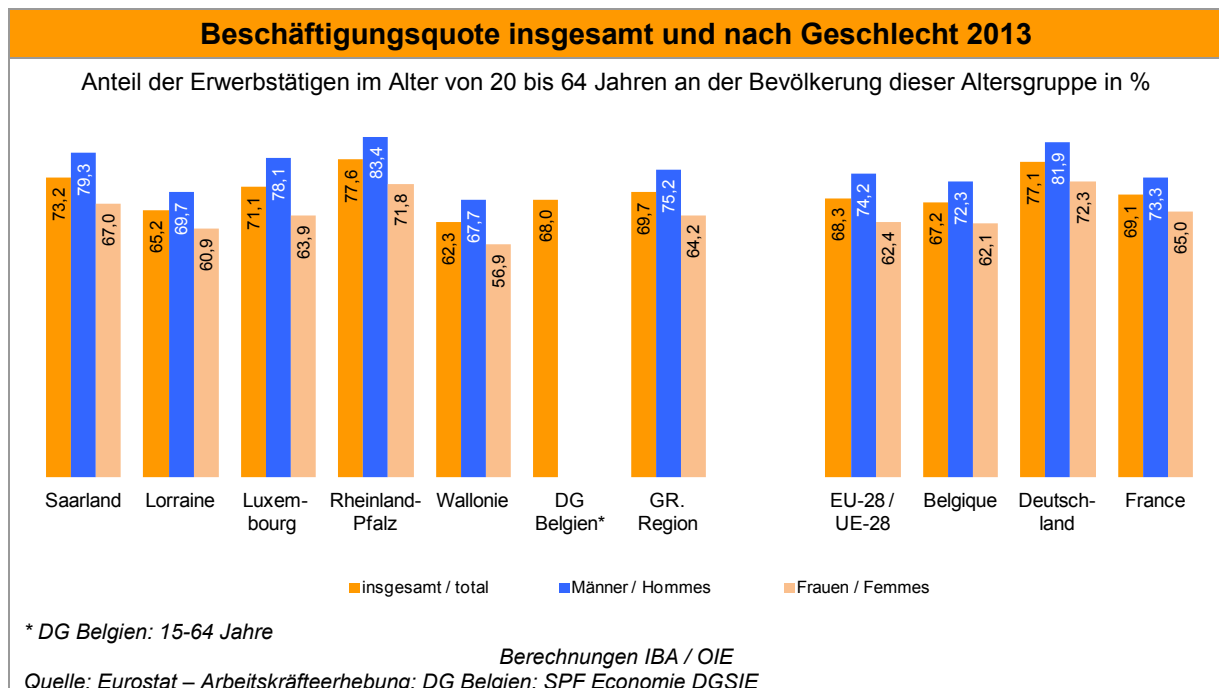
⁶ Zusätzlich werden alle Personen mitgezählt, die in der betreffenden Woche von der Arbeit frei gestellt waren (z. B. wegen Sabbatical oder Erziehungszeit).

⁷ Die Arbeitszeitstrukturen werden von mehreren Faktoren beeinflusst, wie unterschiedliche historische und kulturelle Rahmenbedingungen, Beschäftigungsquote der Frauen in den regionalen Arbeitsmärkten, Spezialisierung in einer bestimmten Branche und Anteil der Teilzeitbeschäftigten.

⁸ Gerade der Anteil der Teilzeitbeschäftigten verringert in erheblichem Maße die durchschnittliche Zahl der geleisteten Arbeitsstunden. Leider ist auf regionaler Ebene keine Aufgliederung der durchschnittlichen Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigte verfügbar.

Enorme Unterschiede bei der Gesamtbeschäftigungsquote innerhalb der Großregion

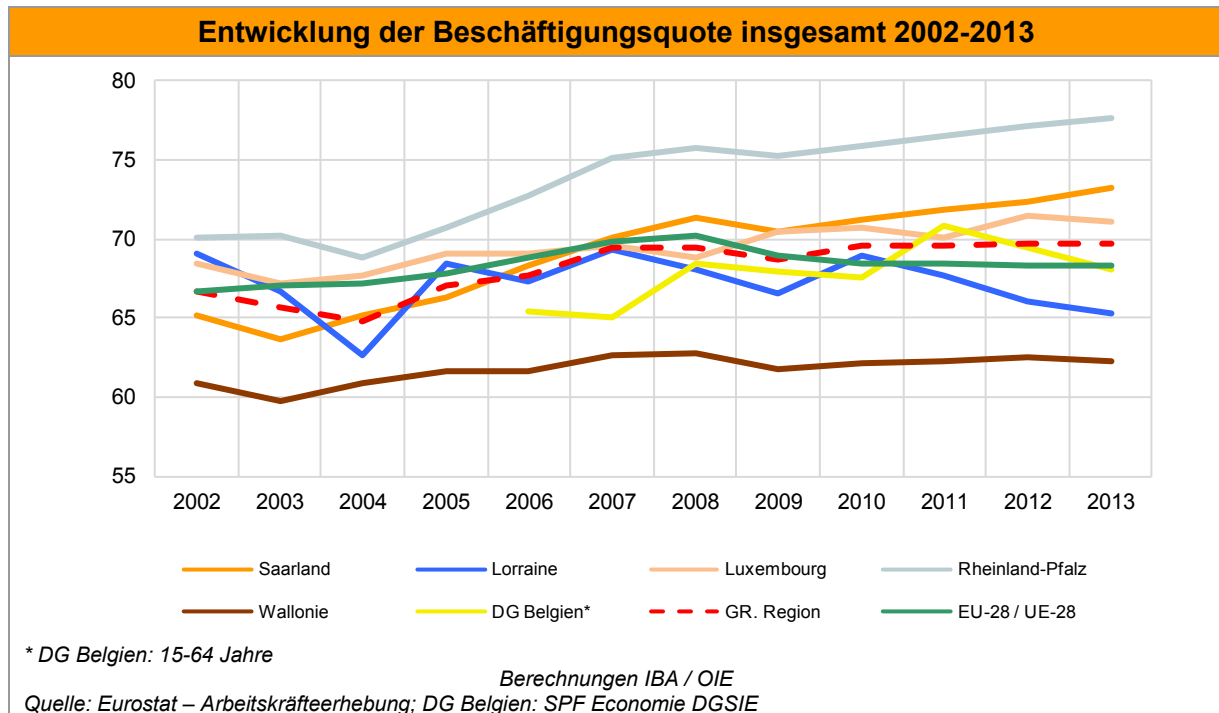
Nach den Daten der EU-Arbeitskräfteerhebung lag die Gesamtbeschäftigungsquote in der Großregion im Jahr 2013 bei 69,7% – etwas höher als der europäische Durchschnitt (EU-28: 68,3%). Die Ergebnisse fielen innerhalb des Kooperationsraums deutlich unterschiedlich aus: Zwischen der höchsten und der niedrigsten Beschäftigungsquote bestand eine Spanne von über 15 Prozentpunkten. In den beiden deutschen Regionen sowie in Luxemburg bewegten sich die Beschäftigungsraten über dem großregionalen Durchschnitt. Klarer Spitzenreiter ist Rheinland-Pfalz mit einer Beschäftigungsquote von 77,6%. Das Saarland und Luxemburg nehmen mit jeweils 73,2% und 71,1% eine mittlere Position ein. Mit Anteilen von 65,2% bzw. 62,3% bewegen sich hingegen die Beschäftigungsquoten in Lothringen sowie in der Wallonie deutlich unter dem europäischen wie großregionalen Durchschnitt.



Erhöhung der Beschäftigungsquote der Großregion seit 2002

Die Beschäftigungsquote in der Großregion hat sich im Zeitraum 2002-2013 um 3,0 Prozentpunkte erhöht und konnte damit bereits im Jahr 2009 den EU-28-Durchschnittswert übertreffen, der sich weniger dynamisch entwickelt hat (+1,6 Prozentpunkte). Zurückzuführen ist dieses positive Ergebnis der Großregion auf die Entwicklung in den deutschen Regionen (Saarland: +8,0 Pp; Rheinland-Pfalz +7,6 Pp). Es folgt die Veränderungsrate von Luxemburg, die mit +2,7 Prozentpunkten zwar über dem europäischen, aber unter dem großregionalen Mittel lag. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass sich die Beschäftigungsquote anhand der Erwerbstätigen am Wohnort berechnet und sich insbesondere der luxemburgische Arbeitsmarkt durch eine starke Dynamik bei der Schaffung von Arbeitsplätzen auszeichnet, die in den meisten Fällen von Grenzgängern besetzt werden. Dies gilt weniger für die Wallonie, wo sich die Beschäftigungsquote seit 2002 zwar um 1,4 Prozentpunkte verbessert hat, aber immer noch auf einem sehr niedrigen Niveau bewegt. Lothringen ist das einzige Teilgebiet des Kooperationsraums, dass im Vergleich zu dem Jahr 2002 eine rückläufige Entwicklung der Beschäftigungsquote aufwies (-3,8 Prozentpunkte), was sich insbesondere auf die Phasen zwischen 2002-2004 sowie 2007-2009 und die Entwicklung seit 2010 zurück-

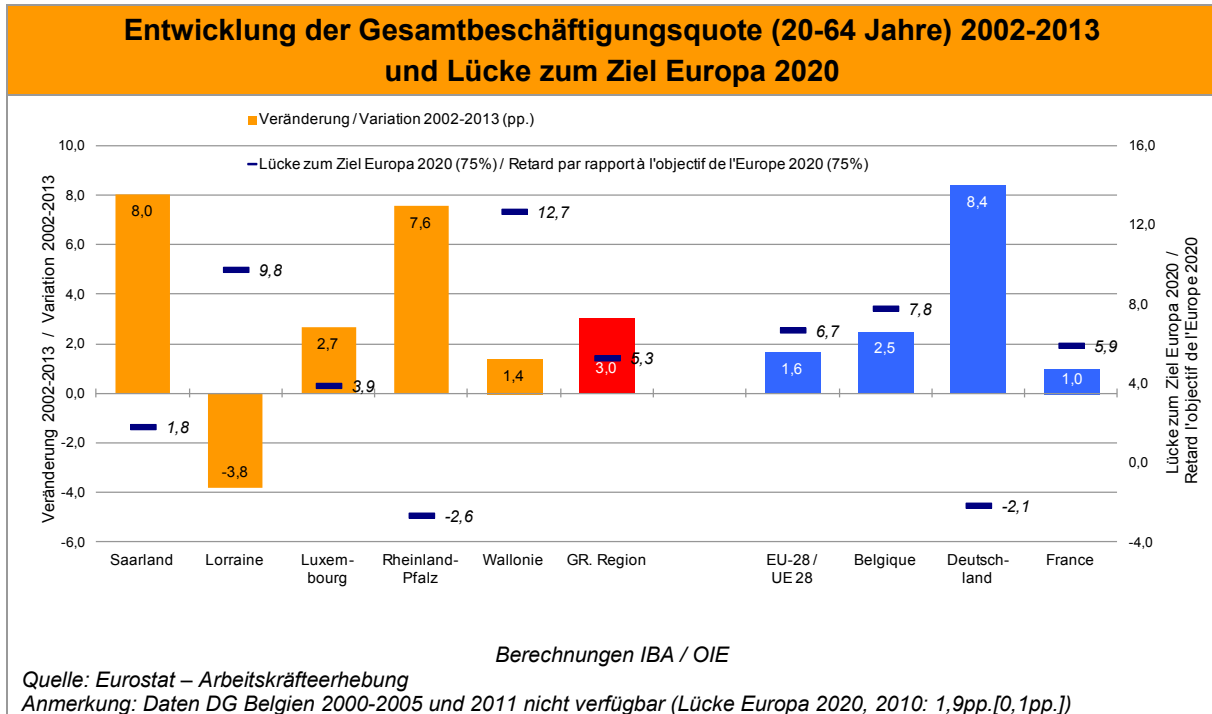
führen lässt. Seit dem Jahr 2007 führen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise dazu, dass sich die Beschäftigungsquote für die deutschen Regionen zwischen 2007 und 2009 nur sehr wenig verbessern konnten, in der Großregion die Quote noch immer stagniert und in der Wallonie und in Lothringen rückläufig ist. Und auch im europäischen Mittel hat sich die positive Entwicklung der Beschäftigungsquote seit 2008 in einen negativen Trend umgekehrt.



Großregion im Jahr 2013 noch 5,3 Prozentpunkte vom Europa-2020-Ziel entfernt

Durch die Erhöhung der Beschäftigungsquote seit dem Jahr 2002 hat sich die Lücke zum Europa-2020-Ziel – eine Beschäftigungsquote von 75% – auf 5,3 Prozentpunkte im Jahr 2013 verringert. Für die EU-28 lag die Differenz bei 6,7%. Auf großregionaler wie europäischer Ebene sind also noch einige Anstrengungen zu unternehmen, um die Zielmarke in 2020 zu erreichen. Dies gilt vor allem dann, wenn die Entwicklung in Zukunft ähnlich stockend verläuft wie in den vergangenen Jahren. Schon im Rahmen der Lissabon-Strategie⁹ reichten die Steigerungen nicht aus um die damalige Benchmark (70%) zu erfüllen. Innerhalb der Großregion übertraf Rheinland-Pfalz die EU-Zielmarke im Jahr 2013 bereits um 2,6 Prozentpunkte; das Saarland blieb nur 1,8 Prozentpunkte unter der Vorgabe. Lothringen und die Wallonie sind demgegenüber noch weit abgeschlagen (-9,8 Pp und -12,7 Pp) und haben wohl kaum Chancen, die Zielvorgaben zu erreichen. Mit Blick auf die nationalen Ziele übertrifft Rheinland-Pfalz sogar bereits die höhere deutsche Benchmark von 77% um 0,6 Prozentpunkte, während das Saarland noch dahinter zurückbleibt (-3,8 Pp). Obwohl die Ziele in Luxemburg (73%) und Belgien (73,2%) niedriger liegen, sind sowohl das Großherzogtum (-1,9 Pp) als auch insbesondere die Wallonie (-10,9 Pp) noch von ihren nationalen Zielmarken entfernt.

⁹ Im Rahmen der Lissabon-Strategie hatte sich die EU das Ziel gesetzt, in der Altersgruppe der 15- bis 64-jährigen Bevölkerung bis 2010 eine Beschäftigungsquote von 70% zu erreichen. Sowohl in der EU als auch im Schnitt der Großregion wurde die Benchmark deutlich verfehlt.



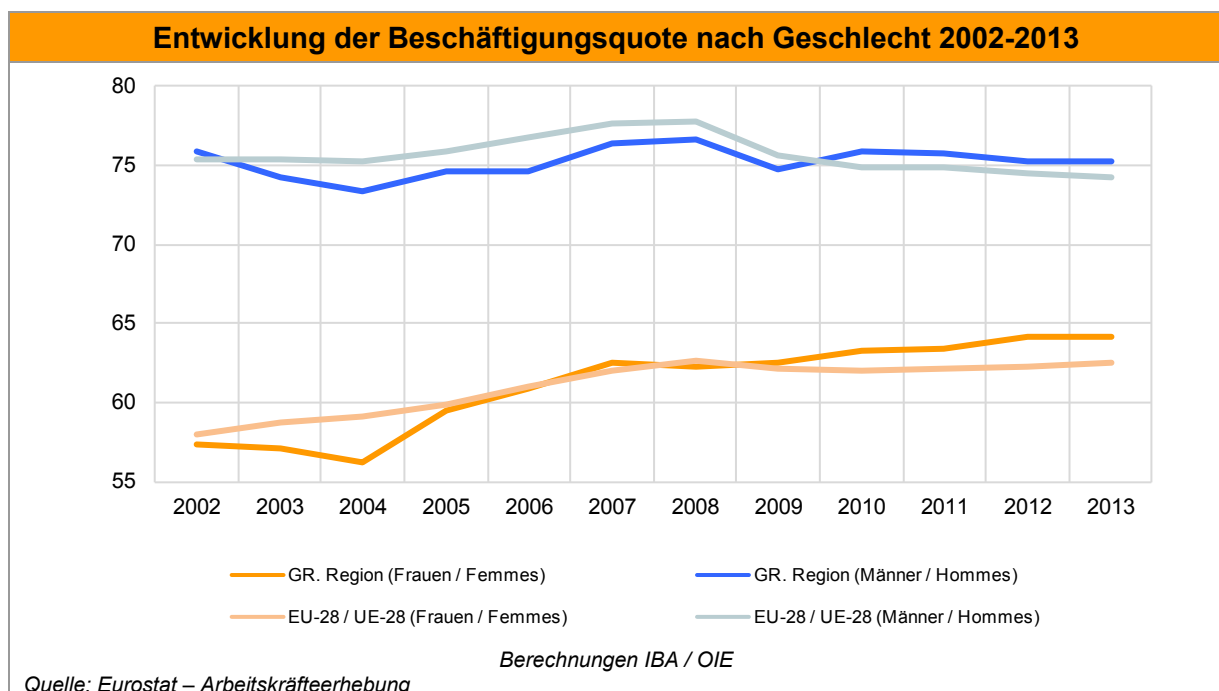
Beschäftigungsquote der Frauen unterhalb derjenigen der Männer

Zwar hat die europäische Kommission kein spezielles Ziel für die Beschäftigungssituation von Frauen festgelegt, aber auf nationaler Ebene setzten sich Belgien (69%), Deutschland (73%) und Frankreich (70%) Zielquoten für das Jahr 2020. In der Großregion lag die Beschäftigungsquote von Frauen im Jahr 2013 bei 64,2% und damit 11 Prozentpunkte unter derjenigen der Männer. Auf europäischer Ebene, wo lediglich 62,4% der Frauen erwerbstätig sind, liegt die Differenz zu den Männern noch einmal höher (11,8 Pp). Innerhalb der Großregion ist die Differenz zwischen den Geschlechtern in allen Teilgebieten erheblich: der „Gender Gap“ bewegt sich zwischen 14,2% in Luxemburg und 8,8% in Lothringen. In Rheinland-Pfalz liegt die Beschäftigungsquote der Frauen mit 71,8% zwar am höchsten, dennoch bleibt sie hinter dem nationalen Zielwert von 73% zurück. Für das Saarland ist die Lücke mit 6 Prozentpunkten zu dieser Benchmark noch größer. In Lothringen liegt die weibliche Beschäftigungsquote bei 60,9% und damit 9,1 Prozentpunkte von der für Frankreich festgelegten Vorgabe (70%) zurück. In der Wallonie ist der Anteil der Frauen, die einer Beschäftigung nachgehen mit 56,9% im großregionalen Vergleich am geringsten, entsprechend fällt die Lücke von 12,1 Prozentpunkten zum belgischen Ziel (69%), welche bis 2020 zu schließen ist, am größten aus.

Verringerung des Gender Gaps in der Großregion

Die Betrachtung der Entwicklung des geschlechtsspezifischen Gefälles seit 2002 zeigt für die Großregion einen Rückgang der Differenz zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigungsquoten, von 7,5 Prozentpunkten, der stärker ausgefallen ist als in Europa (EU-28: -5,6 Prozentpunkte). Die großregionale Beschäftigungsquote von Frauen konnte im betrachteten Zeitraum um 6,9 Prozentpunkte zulegen, während die der Männer leicht rückläufig verlief (-0,6 Pp.). Der im Vergleich zu den Männern höhere Anstieg der Beschäftigungsquote bei den Frauen spiegelt die wachsende aktive Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben wider. Auch auf europäischer Ebene zeigen sich diese Entwicklungstrends, allerdings fiel der An-

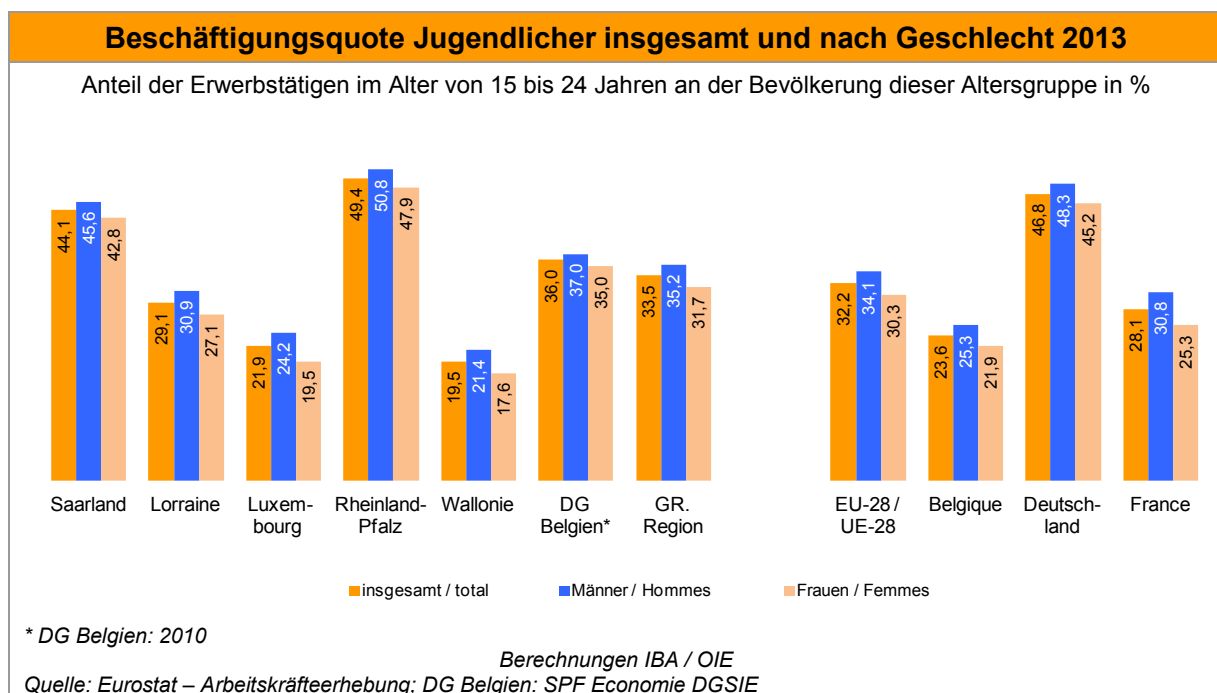
stieg bei den Frauen dort geringer (+4,4 Pp) und der Rückgang bei den Männern stärker (-1,2 Pp) aus als auf großregionaler Ebene. Zurückzuführen ist die relativ starke positive Entwicklung der Beschäftigung von Frauen in der Großregion in erster Linie auf die deutschen Teilgebiete, wo die weiblichen Beschäftigungsquoten zwischen 2002 und 2013 jeweils über 10 Prozentpunkte angestiegen sind. Auch Luxemburg verzeichnete in diesem Zeitraum einen überdurchschnittlichen Anstieg der Beschäftigungsquote von Frauen (+8,6 Pp), während die Wallonie (+6,1 Pp) und vor allem Lothringen (+0,8 Pp) hinter dem großregionalen Durchschnitt blieben. Die regional uneinheitlichen Ergebnisse weisen darauf hin, dass die Beschäftigungssituation von Frauen einerseits mit dem sozioökonomischen Umfeld und andererseits mit den jeweiligen Arbeitsbedingungen sowie den Organisationsstrukturen im Umfeld des Arbeitsplatzes der Frauen zusammenhängt (hier geht es beispielsweise um Betreuungsstrukturen für Kleinkinder).



Weite Spanne in den Beschäftigungsquote Jugendlicher innerhalb der Großregion

Obwohl – insbesondere seit der Wirtschafts- und Finanzkrise – auf europäischer Ebene immer wieder die Wichtigkeit betont wird, junge Menschen in Beschäftigung zu bekommen, wurde im Rahmen der Europa 2020-Strategie keine Zielvorgabe für die Beschäftigungsquote von jungen Menschen formuliert. Diese lag in der Großregion im Jahr 2013 bei 33,5% und damit 1,3 Prozentpunkte über dem europäischen Mittel (32,2%). Im interregionalen Vergleich sind große Unterschiede zwischen der niedrigsten und der höchsten Beschäftigungsquote festzustellen: Die Rate war in Rheinland-Pfalz (49,4%) und im Saarland (44,1%) mehr als doppelt so hoch wie in Luxemburg (21,9 %) und in der Wallonie (19,5%). Lothringen und die DG Belgien bewegten sich mit 29,1% bzw. 36,0% im Mittelfeld. Für die zwischen den Teilregionen bestehenden Unterschiede bei der Beschäftigungsquote Jugendlicher lassen sich verschiedene Gründe anführen: Die insgesamt überdurchschnittlichen Quoten der beiden deutschen Regionen dürften strukturell bedingt und vor allem mit der traditionell hohen Be-

deutung des Systems der dualen Berufsausbildung zusammenhängen.¹⁰ Auch in der DG Belgien erfreut sich die betriebliche Ausbildung einer großen Beliebtheit, was den enormen Unterschied in der Beschäftigungsquote junger Menschen zur Wallonie erklärt. Die niedrigen Werte in den französischsprachigen Teilgebieten der Großregion können auf Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen zurückzuführen oder durch die Verlängerung des Studiums bedingt sein. In der Altersgruppe 15-24 Jahre sind viele junge Leute nicht in Beschäftigung, da sie sich für einen schulischen oder hochschulischen Bildungsweg entschieden haben. Nach ihrem Abschluss werden sie dem Arbeitsmarkt dann (größtenteils) zur Verfügung stehen. Eine niedrige Beschäftigungsquote ist darum nicht unbedingt problematisch. Für eine Problemanalyse sind die Indikatoren der Jugendarbeitslosigkeit und vor allem der NEET-Rate (Jugendliche die sich nicht in Beschäftigung, Aus- oder Weiterbildung befinden) aussagekräftiger.



Junge Männer öfter in Beschäftigung als junge Frauen

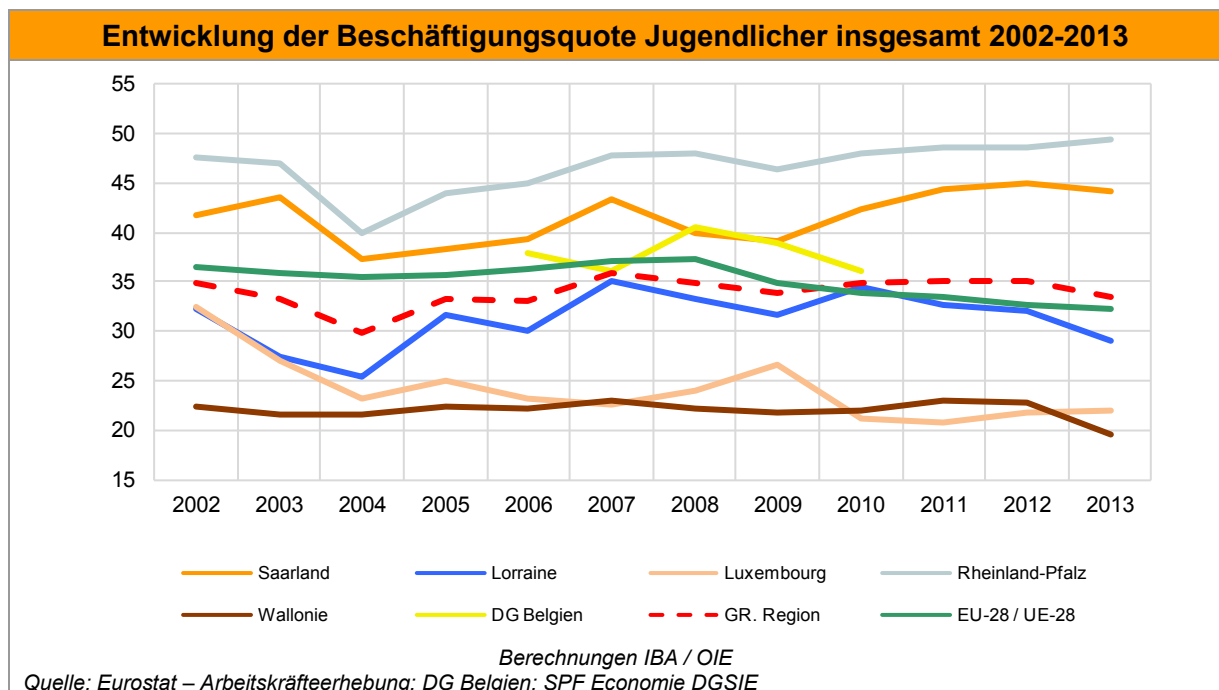
Die geschlechterspezifische Betrachtung der Beschäftigungssituation zeigt, dass junge Männer öfter einer Beschäftigung nachgehen als jungen Frauen – sowohl in der Großregion als auch in der EU. Im Jahr 2013 fiel die Differenz zugunsten der Männer mit 3,5 Prozentpunkten für die Großregion (35,2% für die Männer und 31,7% für die Frauen) etwas niedriger aus als auf europäischer Ebene (3,8 Prozentpunkte). Die Gründe liegen unter anderem auch an den verschiedenen Bildungswegen: die Quote der Studierenden im Tertiärbereich (Hochschulen und Universitäten) liegt bei den Frauen in der Großregion um fast 10 Prozentpunkte höher als bei den Männern (57,9% gegenüber 48,1%). Wenn diese Studentinnen keiner Nebentätigkeit nachgehen, fallen sie auch nicht in die Kategorie der Beschäftigten. Männer entscheiden sich dagegen häufiger für eine Berufsausbildung und stehen dem Arbeitsmarkt somit früher zur Verfügung. Der sogenannte Gender Gap für Jugendliche ist innerhalb der Großregion in Luxemburg am größten (4,7 Prozentpunkte), gefolgt von Lothringen und der Wallonie mit jeweils 3,8 Prozentpunkten. Im Saarland und in Rheinland-Pfalz, wo die Be-

¹⁰ Auszubildende in den Betrieben zählen zu den Erwerbstätigen.

schäftigungsquoten der Jugendlichen höher sind, fallen die Differenzen zwischen Männern und Frauen niedriger aus (-3,2 Pp bzw. -2,9 Pp). Den geringsten geschlechterspezifische Unterschied gab es in der DG (2,0 Pp; 2010).

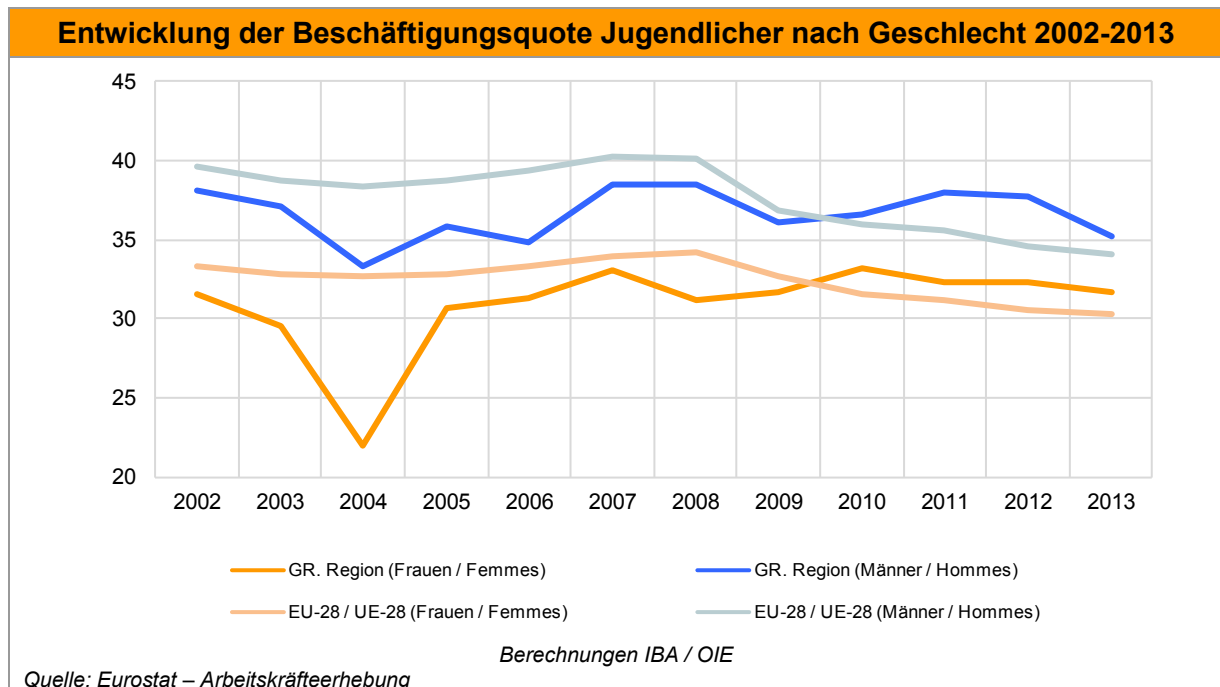
Kaum Veränderungen bei der Beschäftigung Jugendlicher in der Großregion seit 2002

Die Betrachtung der Beschäftigungsquoten Jugendlicher im Zeitverlauf seit 2002 zeigt sowohl auf großregionaler (-1,4 Prozentpunkte) als auch auf europäischer (-4,2 Pp) Ebene einen Rückgang auf. Die deutlich negativere Entwicklung in der EU lässt sich auf die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zurückführen: seit 2009 ist die EU-Rate konstant zurückgegangen, im Jahr 2010 lagen die Beschäftigungsquoten junger Menschen in der EU erstmals unter dem Niveau der Großregion. Vor allem die Krisensituationen in den südeuropäischen Ländern, welche die Jugend besonders stark treffen, sind für diese Entwicklung verantwortlich. Die großregionale Quote verläuft seit 2007 mit Werten um die 35% relativ stabil, lediglich im Hauptkrisenjahr 2009 und im Jahr 2013 fiel sie unter die Marke von 34%. Im interregionalen Vergleich stellt sich die Entwicklung sehr unterschiedlich dar. Auffällig ist insbesondere der massive Rückgang von acht Prozentpunkten in Luxemburg, der vor allem zwischen 2002 und 2004 stattfand. Die deutschen Teilgebiete hingegen konnten seit 2002 Zuwächse verzeichnen (Saarland: +2,4 Pp; Rheinland-Pfalz. +1,8 Pp).



Leicht verbesserte Beschäftigungsquote junger Frauen in der Großregion seit 2002

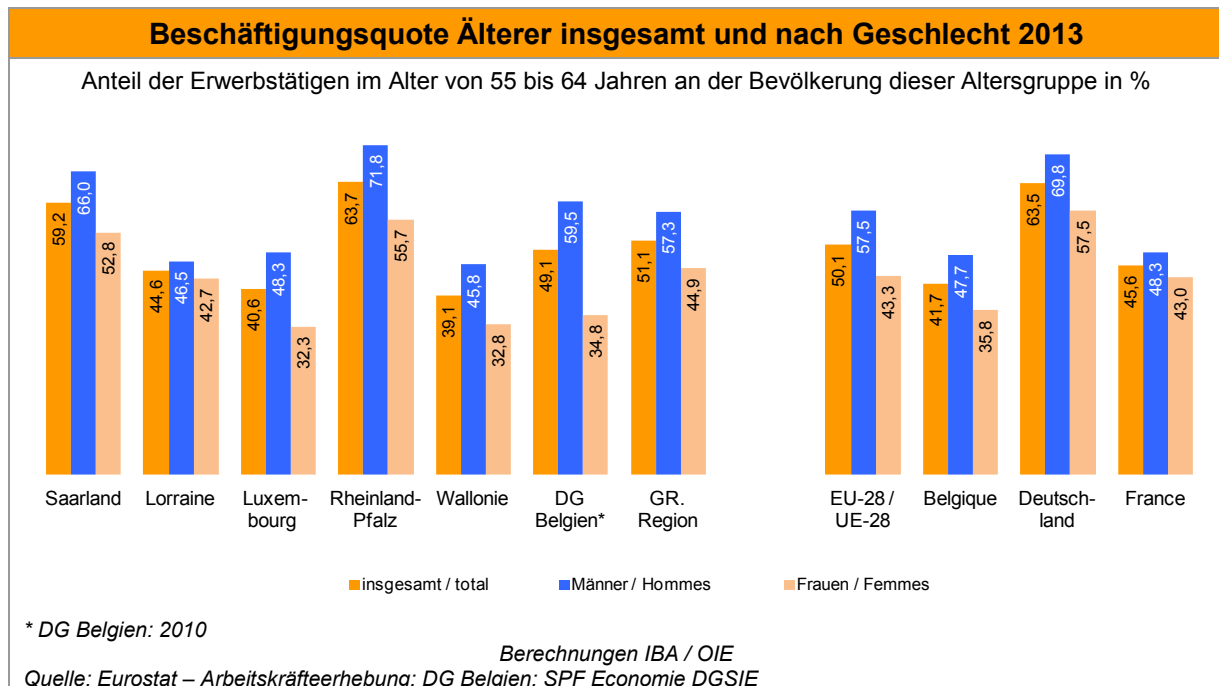
Im Vergleich zu 2002 ist die Beschäftigungsquote junger Männer in der Großregion gesunken (-2,9 Pp), allerdings nicht so stark wie in Europa (-5,5 Pp). Besonders ausgeprägt ist der Rückgang in Luxemburg (-12 Pp). Entgegen dem Trend auf europäischer Ebene hat sich die Beschäftigungssituation junger Frauen in der Großregion zwischen 2002 und 2013 leicht verbessert (+0,2 Pp gegenüber -3,0 Pp in der EU-28). Innerhalb der Großregion gab es lediglich in Luxemburg und der Wallonie Rückgänge der Beschäftigungsquote weiblicher Jugendlicher (-8,8 Pp bzw. -2,9 Pp). Die Beschäftigungsquoten der jungen Männer und der jungen Frauen auf EU-Ebene entwickelten sich relativ parallel: seit 2004 ist ein kontinuierlicher, geringfügiger Anstieg bis 2008 beobachtet, dann erfolgt der krisenbedingte Einbruch, welcher sich ab 2010 gebremst fortsetzt. Die großregionalen Kurven verlaufen weniger einheitlich. Auffallend ist vor allem ein starker Einbruch bei den jungen Frauen im Jahr 2004, auf den im Folgejahr ein noch deutlicherer Aufschwung folgt. Aus den Daten der Teilregionen wird deutlich, dass vor allem die Einbrüche im bevölkerungsreichen Rheinland-Pfalz sowie in Lothringen und dem Saarland für den Knick verantwortlich sind. Leider gibt es weder eine volkswirtschaftliche Erklärung, noch Hinweise zu statistischen Details, die diese Entwicklungen erklären könnten. In den Krisenjahren zeigt sich, dass die Beschäftigungsquote der Frauen zwischen 15 und 24 Jahren schon 2008 einbricht, und damit ein Jahr früher als die ihrer männlichen Altersgenossen. Auch der folgende Aufschwung vollzog sich bei den Frauen bereits in den Jahren 2010 und 2011, und bei den Männern erst 2011 und 2012. Die Rückgänge des Jahres 2013 waren bei beiden Geschlechtern erkennbar, bei den Männern aber deutlich stärker ausgeprägt (2,2 Pp gegenüber 0,6 Pp bei den Frauen).



Beschäftigungsquote Älterer in der Großregion oberhalb des europäischen Mittels

Die Europa-2020-Strategie hat keine neue Benchmark für die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer (55 bis 64 Jahre) festgelegt. Sie erinnert jedoch daran, dass eine Verbesserung der beruflichen Integration älterer Erwerbstätiger und die Förderung der Erwerbstätigkeit älterer Menschen als wesentlich für die Erreichung des Ziels einer Beschäftigungsquote

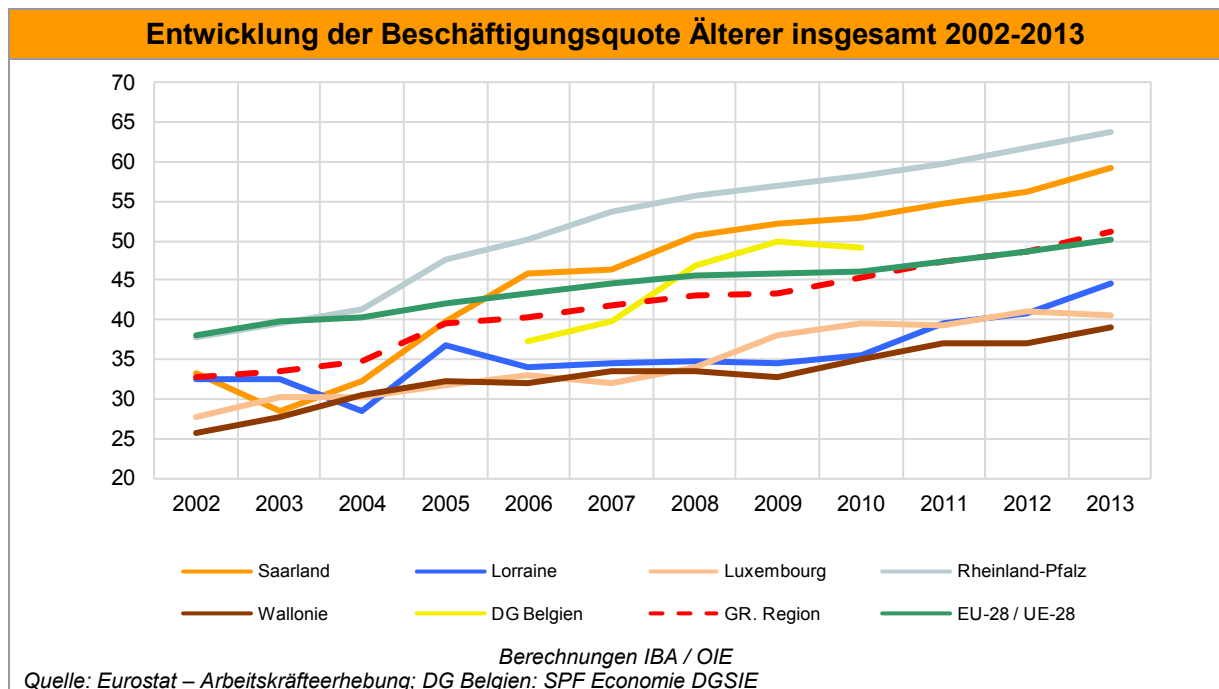
von 75% in der EU bis 2020 angesehen wird. Im Rahmen der Lissabon-Strategie wurde als Ziel für 2010 eine Beschäftigungsquote für ältere Arbeitnehmer (55 bis 64 Jahre) von 50% festgelegt. Der Arbeit der Älteren kommt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und eines möglichen Fachkräftemangels infolge eines schrumpfenden Erwerbspersonenpotentials eine höhere strategische Bedeutung zu. Die (Re-)Integration 55- bis 64-Jähriger in das Beschäftigungssystem stellt eine der wesentlichen Herausforderungen der Arbeitsmarktpolitik dar. Ältere Arbeitskräfte können zudem für die Weitergabe von Wissen, Kompetenzen und Fachkenntnissen an die jüngeren Generationen sorgen. Nach dem Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts 2009/2010 des Europäischen Rates sollte das Kompetenzniveau älterer Arbeitskräfte gestärkt werden, um ihre Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, und es sollten sinnvolle Anreize zur Fortsetzung der Erwerbstätigkeit im Rahmen der Rentensysteme und Steuer-/Leistungsstrukturen vorgesehen werden.¹¹ Mit einer Beschäftigungsquote für ältere Erwerbstätige von 51,1% lag die Großregion 2013 etwas über dem Mittel der EU-28 (50,1%) und zum ersten Mal oberhalb des Lissabon-Ziels. Das großregionale Ergebnis wurde insbesondere auch von den hohen Beschäftigungsquoten Älterer in den beiden deutschen Bundesländern getragen. In Deutschland wurde trotz einer fehlenden Europa-2020-Vorgabe für die Beschäftigungsquote Älterer, eine nationale Zielsetzung festgelegt: im Jahr 2020 sollen 60% der Erwerbspersonen in der Altersgruppe von 55 bis 64 Jahren einer Beschäftigung nachgehen. Rheinland-Pfalz hat dieses Ziel bereits erreicht (63,7%), das Saarland ist dem schon sehr nahe (59,2%). Auch Belgien setzte sich ein nationales Ziel einer Beschäftigungsquote älterer Arbeitskräfte von 50%. Die Wallonie blieb 2013 allerdings noch über zehn Prozentpunkte hinter dieser Benchmark zurück. Mit 39,1% ist die belgische Region zudem das Schlusslicht im interregionalen Vergleich. Auch Luxemburg (40,6%) und Lothringen (44,6%) blieben klar unterhalb des großregionalen Durchschnittswertes.



¹¹ Vgl. Europäischer Rat: Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsbericht 2009/2010, Brüssel 2010, S.7.

Enormer Anstieg der Beschäftigungsquote Älterer zwischen 2002 und 2013

Dass die großregionale Beschäftigungsquote insgesamt seit 2002 gestiegen ist, ist neben den Zuwächsen der Erwerbstätigkeit von Frauen auf die zunehmende Beschäftigung Älterer zurückzuführen. Im Zeitraum 2002 bis 2013 hat sich die Beschäftigungsquote in der Altersgruppe 55 bis 64 Jahre in der Großregion um 18,4 Prozentpunkte gesteigert – eine Entwicklung, die zudem deutlich stärker ausfällt als auf europäischer Ebene (EU-28: +12,0 Pp). Auch war die Personengruppe der älteren Arbeitskräfte am wenigsten durch den Abschwung auf dem Arbeitsmarkt in der Krise betroffen; so konnte die Beschäftigungsquote Älterer sowohl 2008 als auch 2009 noch leicht zulegen. Die Zuwächse seit 2002 fielen besonders in den deutschen Regionen hoch aus (+26,1 Pp für das Saarland und +25,9 Pp für Rheinland-Pfalz). Die Entwicklung von Lothringen, Luxemburg und in der Wallonie verlief weniger dynamisch. Die positiven Ergebnisse der deutschen Bundesländer dürfen allerdings nicht überinterpretiert werden, da in Deutschland die Zunahme der Beschäftigung Älterer zum Teil auch auf Entwicklungen in der Altersstruktur der Bevölkerung zurückzuführen ist – der demografische Wandel in Deutschland spült relativ wenige nachrückenden Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt, so dass die Älteren in Beschäftigung gehalten werden müssen. Aufgrund der sehr uneinheitlichen regionalen Entwicklungen hat sich die Spannweite zwischen der niedrigsten und höchsten Beschäftigungsquote im Zeitraum 2002-2013 auf über 24 Prozentpunkte mehr als verdoppelt.



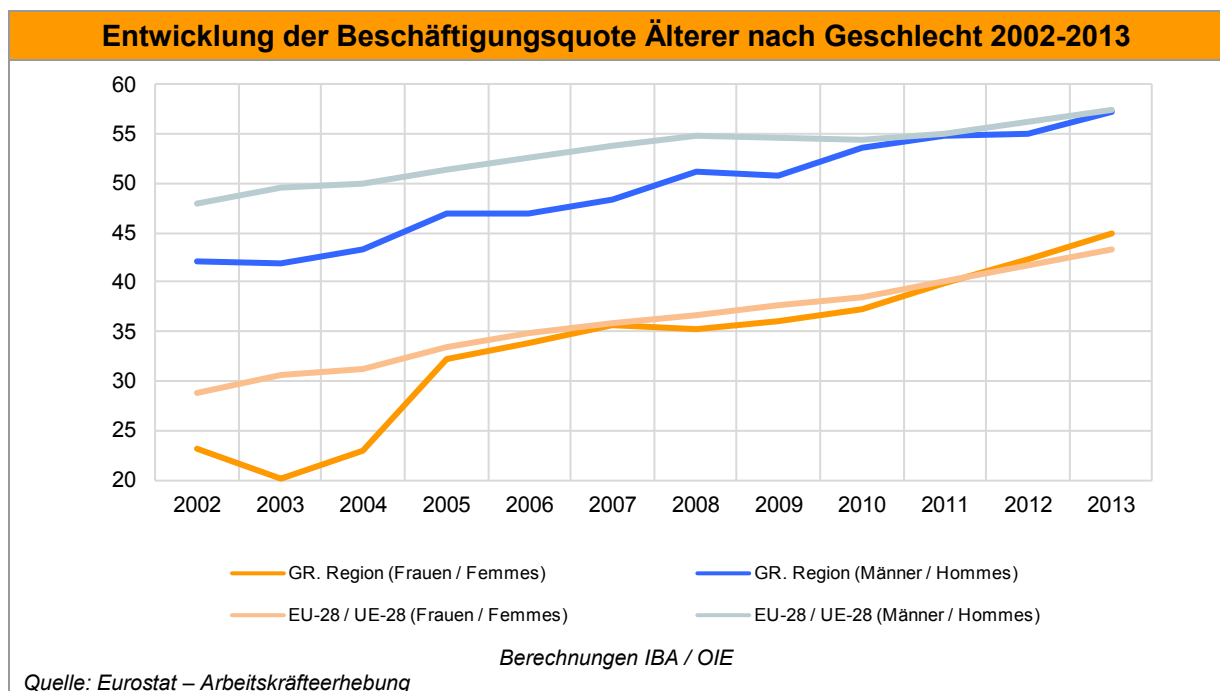
Ältere Männer arbeiten häufiger als ältere Frauen...

Unterschiede zwischen den Beschäftigungsquoten für ältere Erwerbstätige bestehen nicht nur zwischen den Regionen, sondern auch zwischen den Geschlechtern: Ältere Männer arbeiteten in der Großregion häufiger als Frauen. Die Differenz lag 2013 bei 12,4 Prozentpunkten und damit unterhalb des EU-Niveaus (14,2 Pp). Innerhalb der Großregion weist Rheinland-Pfalz, dessen Beschäftigungsquoten am höchsten sind, die größte Differenz aus (16,2 Pp), knapp gefolgt von Luxemburg (16,0 Pp). Es folgen das Saarland (13,2%) und die Wal-

lonie (13,0%). In Lothringen ist die Annäherung zwischen der Beschäftigungsquote älterer Frauen und Männer deutlich am stärksten ausgeprägt (Differenz von 3,8 Pp).

...trotz eines stärkeren Anstiegs der weiblichen Beschäftigungsquote von Älteren

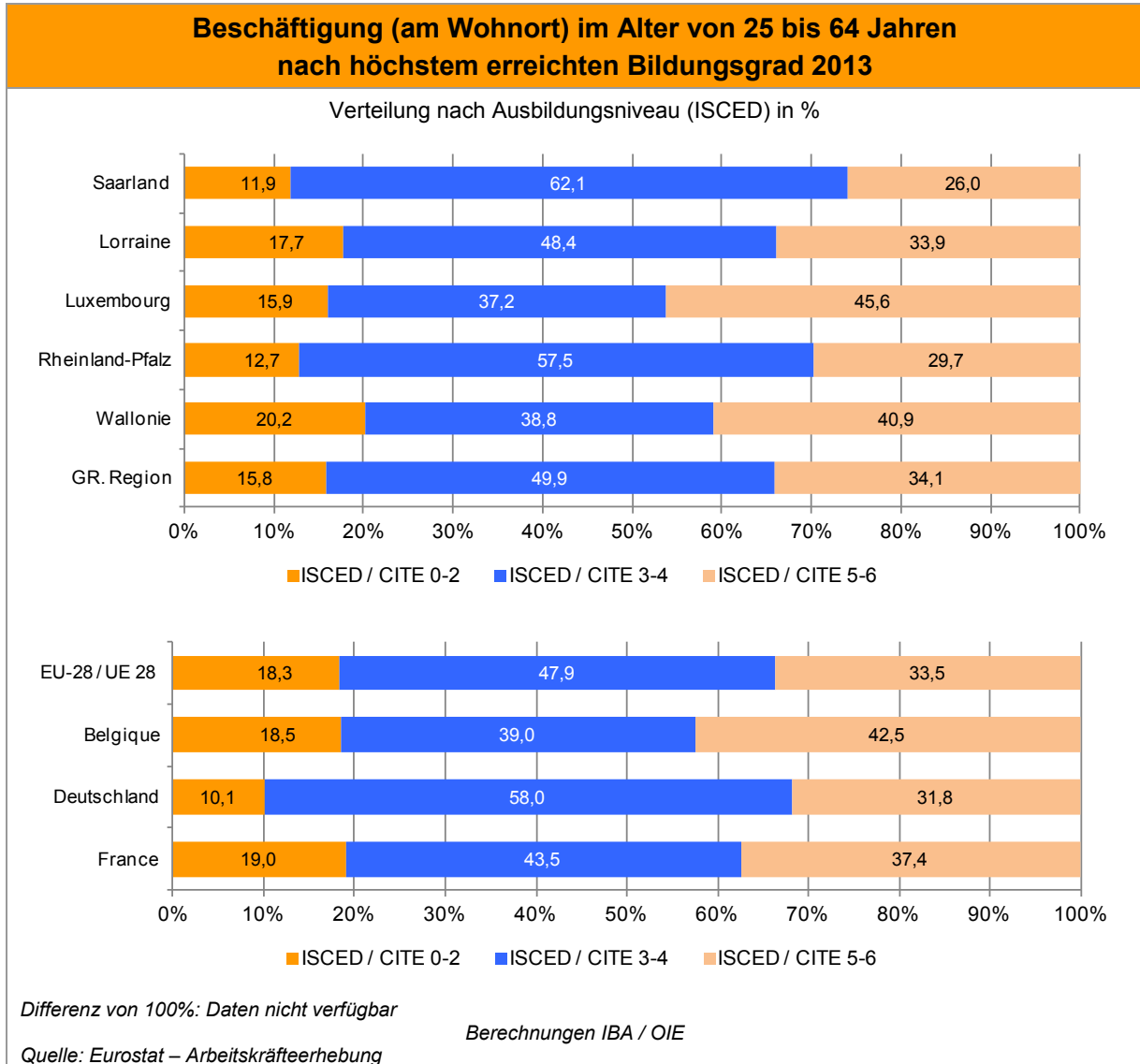
Im Jahr 2002 lag die geschlechtsspezifische Differenz in der Großregion noch bei 18,9 Prozentpunkten. Die Beschäftigungsquoten älterer Frauen und Männer haben sich im Zeitraum 2002-2013 also deutlich angenähert (um 6,6 Prozentpunkte). Zurückzuführen ist dies auf die stärkere Zunahme der Beschäftigung älterer Frauen in der Großregion (Frauen: +21,7%, Männer: +15,1%). Auf europäischer Ebene hat sich der Geschlechterunterschied weniger deutlich reduziert (-5,1 Prozentpunkte). Auch sind die Beschäftigungsquoten sowohl der älteren Frauen (+14,5 Pp) als auch der älteren Männer (+9,5 Pp) nicht so stark angestiegen als auf großregionaler Ebene.



Unterschiedliches Bildungsniveau der Beschäftigten in der Großregion

In der Großregion verfügten im Jahr 2013 beinahe 84,2% der Beschäftigten im Alter von 25 bis 64 Jahren mindestens über einen Abschluss der Sekundarstufe II (ab ISCED 3), was auf internationaler Ebene als Mindestqualifikation für die sich fortentwickelnde Wissensgesellschaft angesehen wird. In dieser Abgrenzung liegt der Bildungsgrad der Bevölkerung im Kooperationsraum über dem europäischen Durchschnitt von 81,7%, wobei besonders die deutschen Teilregionen zu diesem Ergebnis beigetragen haben. Parallel war der Anteil der Beschäftigten, der nur die Vollzeit-Schulpflicht erfüllt hat und keinen beruflichen Abschluss aufweisen kann (max. ISCED 2), in der Großregion geringer als in der EU. Im interregionalen Vergleich fallen dabei die Wallonie und Lothringen mit überdurchschnittlichen und die beiden deutschen Bundesländer mit unterdurchschnittlichen Anteilen formal Geringqualifizierter auf. Der Blick auf die jeweils nationalen Werte zeigt, dass in der Verteilung der verschiedenen ISCED-Stufen nicht zuletzt auch Unterschiede der einzelnen Bildungssysteme zum Ausdruck kommen. In den deutschen Regionen besitzt ein großer Teil der Beschäftigten ein ISCED-

Ausbildungsniveau von ISCED-Niveau 3-4 (62,1% im Saarland, 57,5% in Rheinland-Pfalz), was mit der vorherrschenden Stellung der Berufsschulen in Deutschland zu erklären ist: Das ISCED-Ausbildungsniveau 0-2 ist deshalb weniger stark als in den anderen Regionen vertreten.



1.3 Arbeitnehmerbeschäftigung (am Arbeitsort)

In der Großregion lag im Jahr 2012 – dem letzten für alle Teilgebiete gemeinsam verfügbaren Datenstand – die Gesamtzahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Arbeitsort bei knapp über 4,3 Millionen Menschen; das sind 2,3% aller Erwerbstätigen der EU-28. Innerhalb des Kooperationsraums wies Rheinland-Pfalz als bevölkerungsreichstes Teilgebiet der Großregion mit einem Anteil von 39,7% aller Arbeitnehmer auch das größte Beschäftigungsgewicht auf, gefolgt von der Wallonie (23,5%), Lothringen (17,7%), dem Saarland (10,9%) und Luxemburg (8,3%).

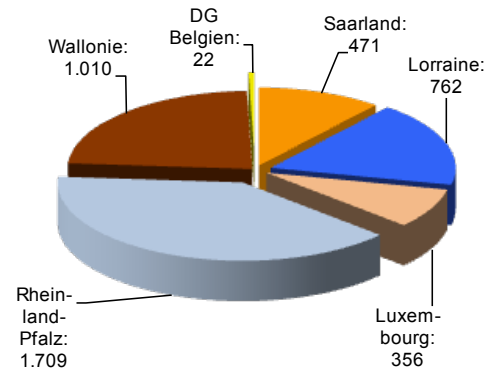
Zahl der Arbeitnehmer seit 2000 in der Großregion stärker gestiegen als in der EU

Zwischen 2000 und 2012 nahm das Beschäftigungswachstum in der Großregion bei den Arbeitnehmern (+8,1%) stärker zu als auf Ebene der EU-28 (+6,7%). Die Entwicklung verlief dabei nicht einheitlich, sondern spiegelt die jeweiligen Konjunkturzyklen wider:

Nachdem zu Beginn des Betrachtungszeitraums infolge des konjunkturellen Aufschwungs um die Jahrtausendwende noch recht hohe Zuwächse erzielt wurden, kam es mit der einsetzenden wirtschaftlichen Eintrübung im Jahr 2001 zu einer merklichen Abschwächung und im Jahr 2003 per Saldo sogar zu Arbeitsplatzverlusten. Seit 2004, das auch weltweit eine Phase der Konjunkturerholung einleitete, hat sich die Beschäftigungslage der Arbeitnehmer in der Großregion stabilisiert und es wurden wieder Zuwächse verzeichnet. Die gute Konjunktur wirkte sich insbesondere 2007 und 2008 positiv auf die Beschäftigungssituation aus und führte zu deutlichen Arbeitsplatzgewinnen. Im Jahr 2009 schlug die weltweite Rezession auch auf die großregionale Beschäftigungssituation durch. Mit einem Minus von 0,4% bei den Arbeitnehmern (-16.300 Personen) fielen die Beschäftigungsverluste jedoch deutlich geringer aus als zunächst allgemein erwartet wurde. Auf europäischer Ebene stellte sich die Situation etwas anders dar: Im Durchschnitt der EU-28 sank die Zahl der Arbeitnehmer um 1,9%. Auch im Jahr 2010 verlief die Beschäftigungsentwicklung in der EU noch negativ. Im Kooperationsraum zeigte der Trend dagegen wieder nach oben und es konnte ein Zuwachs von 0,7% erzielt werden. Ein Jahr nach dem Höhepunkt der Krise waren somit rein rechnerisch die Verluste wettgemacht und das Niveau von 2008 sogar wieder überschritten. Diese positive Entwicklung setzt sich auch im Jahr 2011 fort (+1,1%), schwächte 2012 aber wieder deutlich ab: zwar war der Beschäftigungssaldo 2012 im Jahresdurchschnitt noch im positiven Bereich (+0,2%); der Anstieg gegenüber dem Vorjahr hat sich aber merklich verlangsamt.

Anteil der Regionen an der gesamten Arbeitnehmerbeschäftigung in der Großregion 2012

Diagramm: Anteile in %
Angabe: Zahl der Arbeitnehmer (in 1.000)



Berechnungen IBA / OIE

Quellen:

Wallonie, DG Belgien: ICN, Comptes régionaux

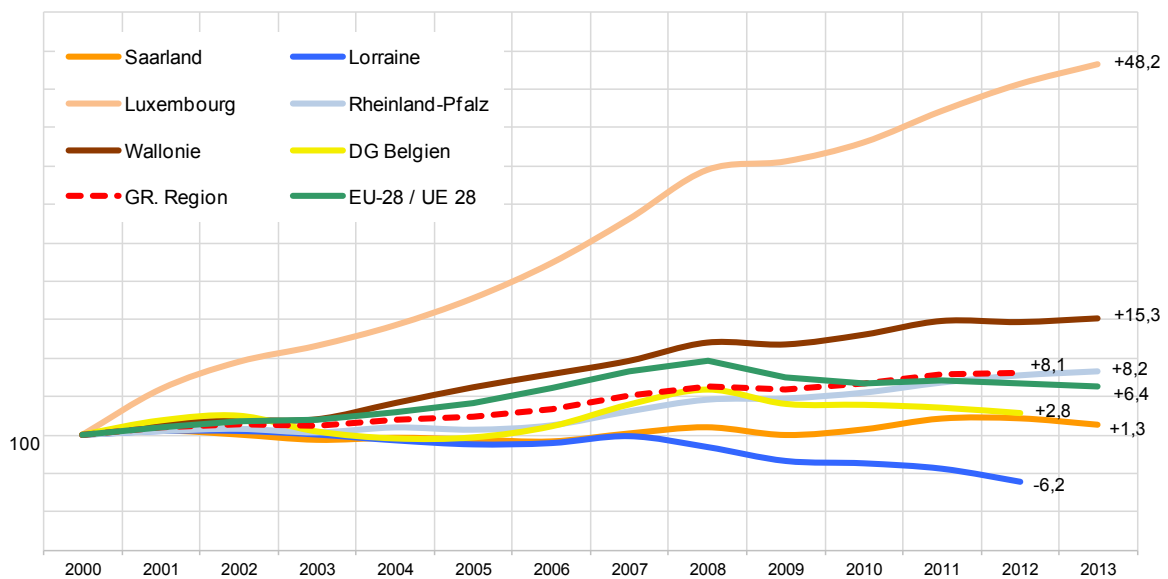
Saarland, Rheinland-Pfalz:

Erwerbstätigenrechnung der Länder

Lorraine: INSEE Estimations d'emploi; Les données 2012 sont provisoires

Luxemburg: Eurostat

Entwicklung der Arbeitnehmerbeschäftigung (am Arbeitsort) 2000-2012/2013



Berechnungen IBA / OIE

Quellen:

Wallonie, DG Belgien: ICN, Comptes régionaux; 2013: BFP, IBSA, IWEPS, SVR
 Saarland, Rheinland-Pfalz: Erwerbstätigenrechnung der Länder
 Lorraine: INSEE Estimations d'emploi; Les données 2012 sont provisoires
 Luxembourg: Eurostat

Wachstum in Luxemburg nach langer Phase mit hoher Dynamik merklich gebremst

Innerhalb der Großregion verzeichnete im Zeitraum von 2000 bis 2013 insbesondere das wirtschaftsstarke Luxemburg mit einem Plus von 48,2% bei den Arbeitnehmern Beschäftigungsgewinne, die im interregionalen Vergleich beispiellos sind und auch weit über den durchschnittlichen Zuwächsen auf europäischer Ebene lagen. Ebenso konnte sich das Großherzogtum während der Rezession mit Abstand am besten behaupten: Als einzige Region des Kooperationsraums verbuchte Luxemburg im Krisenjahr 2009 sogar noch nennenswerte Arbeitsplatzzuwächse (+0,8%). Auch 2010 und 2011 stieg das Beschäftigungswachstum weiter an. Im 2012 entwickelte sich die Arbeitnehmerbeschäftigung wieder etwas weniger dynamisch (+2,5%) als 2011 (+3,0%), was mit einer erneut schwächelnden Konjunktur in Luxemburg begründet werden kann. Obwohl die Wirtschaftsentwicklung im Großherzogtum 2013 wieder anzog, nahm die Arbeitnehmerschaft weiter weniger stark zu als im Vorjahr (+1,8%). Die Entwicklungsdynamik verläuft in Luxemburg – insbesondere seit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 – also deutlich gebremst. Dieser Trend scheint sich fortzuführen: Das Luxemburger Statistikamt STATEC rechnet mit Wachstumsraten, die weiterhin deutlich unterhalb der Vorkrisenzeit liegen: +2,1% in 2014 bzw. +2,3% in 2015 (Erwerbstätige insgesamt). Auch im Zeitraum 2016 bis 2018 soll das Plus weiter 2,3% betragen.¹² Das ist für Luxemburger Verhältnisse relativ bescheiden: Von 2000 bis 2008 wurde noch ein durchschnittliches Wachstum von rund 3,8% pro Jahr erzielt (Arbeitnehmerbeschäftigung). Lediglich zweimal (2003, 2004) fiel in dieser Zeit der Zuwachs unter 3%. Die lange Phase des überdurchschnittlichen Wachstums scheint damit zumindest vorläufig beendet.

¹² Vgl. STATEC: Notes de conjoncture 1/2014, S.100.

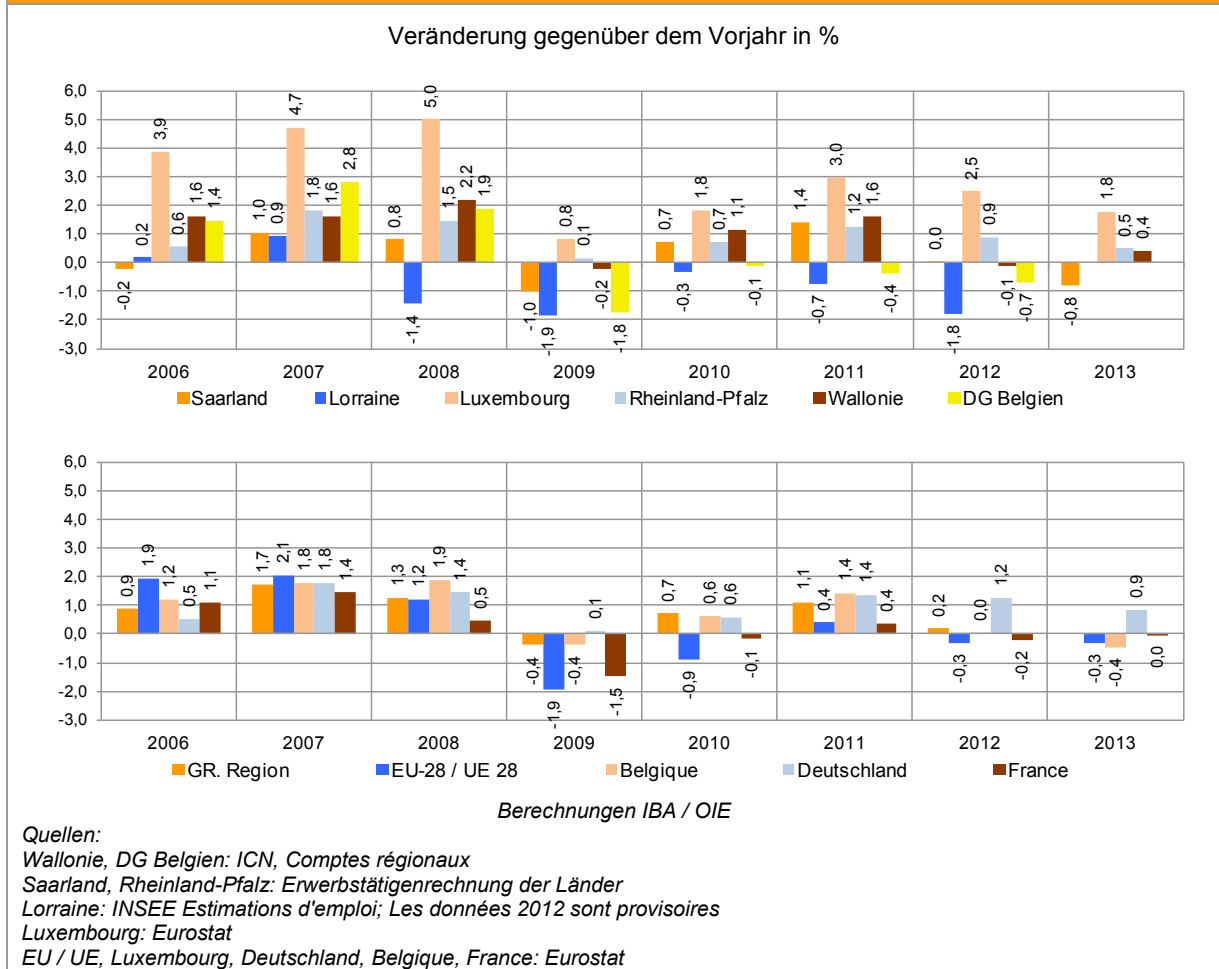
Zweistelliger Beschäftigungszuwachs auch in der Wallonie

Eine im interregionalen und europäischen Vergleich deutlich überdurchschnittliche Wachstumsrate bei der Arbeitnehmerbeschäftigung weist neben Luxemburg auch die Wallonie auf: Im Jahr 2013 waren in der belgischen Region 15,3% mehr Arbeitnehmer beschäftigt als noch im Jahr 2000. Die Wallonie hat damit nicht nur besser abgeschnitten als die meisten anderen Regionen des Kooperationsraums, sondern lag auch über der Entwicklung in Belgien insgesamt (+11,2%). Deutlich darunter blieb dagegen die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens, die zwischen 2000 und 2012 nur ein Plus von 2,8% bei den abhängig Beschäftigten erzielen konnte. In der DG Belgien führte sowohl der konjunkturelle Abschwung im Jahr 2003 als auch die Wirtschaftskrise 2009 zu höheren Beschäftigungsverlusten als in der Wallonie, die sich hier deutlich besser behaupten konnte. Ohne Arbeitsplatzeinbußen kam ebenso Rheinland-Pfalz durch die Rezession 2009: Mit einem leichten Plus von 0,1% bei den Arbeitnehmern blieb der Beschäftigungsstand in dem deutschen Bundesland weitgehend stabil. In den Jahren 2010 und 2011 zeigte die Entwicklung dann wieder nach oben, schwächte sich 2012 und 2013 allerdings wieder ab (+0,9% bzw. +0,5%). In der Gesamtbetrachtung 2000 bis 2012 stieg die Zahl der Arbeitnehmer um 7,7%. Damit lag Rheinland-Pfalz nur knapp unter dem großregionalen Durchschnitt. Auf einem deutlich niedrigeren Niveau verlief dagegen der Beschäftigungsanstieg im Saarland. Nach den kräftigen Arbeitsplatzgewinnen zur Jahrtausendwende folgte eine eher schwache Dekade, in denen Zuwächse immer wieder von Rückgängen abgelöst wurden. In der Gesamtbilanz 2000-2013 konnte die deutsche Region noch mit einem Plus abschließen (+1,3%). Insbesondere die in 2010 und 2011 wieder anziehende Konjunktur wirkte sich auch auf die Arbeitnehmerbeschäftigung positiv aus, so dass rein rechnerisch die krisenbedingten Verluste aus 2009 bereits wieder ausgeglichen werden konnten. Nachdem 2012 die Arbeitnehmerbeschäftigung an der Saar weitgehend stagnierte, kam es jedoch im Jahr 2013 wieder zu Arbeitsplatzverlusten (-0,8%).

Beschäftigungsverluste in Lothringen

Gegen den großregionalen wie auch nationalen Trend bewegte sich die Entwicklung in Lothringen, wo bei den Arbeitnehmern deutliche Verluste zwischen 2000 und 2012 zu verzeichnen waren (-6,2%). Dieser Rückgang ist nicht nur krisenbedingt, sondern machte sich schon zuvor bemerkbar: Ähnlich wie in allen anderen Regionen der Großregion schwächte sich nach der Jahrtausendwende das Beschäftigungswachstum im Zuge der allgemeinen Konjunkturertrübung ab und fiel 2003 ins Minus. In der Folgezeit hatte Lothringen jedoch deutlich größere Schwierigkeiten wieder Fuß zu fassen – in wirtschaftlicher wie beschäftigungspolitischer Hinsicht. Durch die weltweite Rezession wurden diese (wohl auch strukturell bedingten) Probleme zusätzlich verschärft. Im Krisenjahr 2009 verzeichnete Lothringen bei den Arbeitnehmern die höchsten Rückgänge aller Teilgebiete des Kooperationsraums (-1,9%). Anders wie in den anderen Teilgebieten des Kooperationsraums verlief die Entwicklung der Arbeitnehmerzahl auch in den Folgejahren 2010 und 2011 weiter negativ. Im Jahr 2012 brach die Zahl sogar wieder um 1,8% ein, so dass bis dahin per Saldo weder das Vorkrisenniveau noch der Beschäftigungsstand zur Jahrtausendwende wieder erreicht werden konnte.

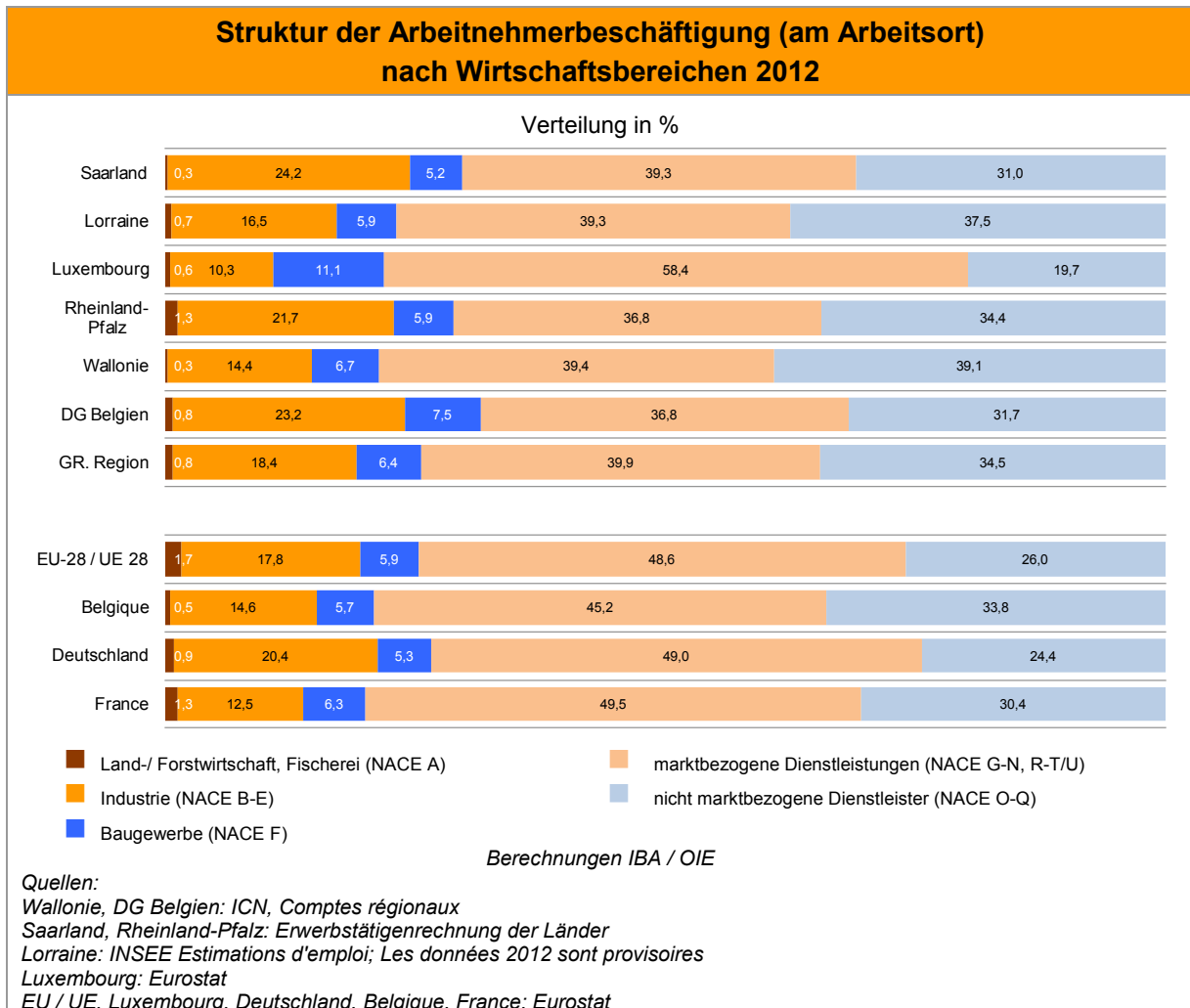
Entwicklung der Arbeitnehmerbeschäftigung (am Arbeitsort) 2006-2012/2013



Drei Viertel aller Arbeitnehmer der Großregion im Dienstleistungssektor beschäftigt

Die Betrachtung der Verteilung der Arbeitnehmerbeschäftigung in der Großregion nach Wirtschaftssektoren zeigt, dass sich die Anteile der Arbeitnehmer weiter in Richtung der Dienstleistungsbranche verschoben haben. Im Jahr 2012 waren fast drei Viertel (74,4%) der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im tertiären Sektor tätig, während auf den sekundären Sektor nur noch knapp ein Viertel (24,8%) entfielen. Der primäre Sektor stellte rund 0,8% aller abhängig Beschäftigten. Damit bewegte sich die Großregion weitgehend im europäischen Durchschnitt (tertiärer Sektor: 74,6%; sekundärer Sektor: 23,7%, primärer Sektor: 1,7%). Auf europäischer Ebene sind innerhalb des tertiären Sektors die marktbezogenen Dienstleistungen bedeutsamer als in der Großregion (EU-28: 48,6%; Großregion: 39,9%). Innerhalb des Kooperationsraums erreichten die Dienstleistungen in der Wallonie und in Luxemburg mit Anteilen von knapp 78,6% bzw. 78,1% ein überproportional hohes Gewicht für die Beschäftigung – bei einer allerdings unterschiedlichen strukturellen Ausrichtung: Während im Großherzogtum den marktbezogenen Dienstleistungen mit einem Anteil von 58,4% die größte – und im interregionalen wie europäischen Vergleich weit überdurchschnittliche – Bedeutung zukam, galt dies in der belgischen Region für den Bereich „öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit“, der mit 39,1% auch einen höheren Beschäftigtenanteil umfasste als in den anderen Regionen.

Stark vertreten ist der tertiäre Sektor auch in Lothringen, wo mehr als drei von vier Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine Dienstleistungstätigkeit ausübten (76,8%). Ähnlich wie in der Wallonie sind in der französischen Region die marktbezogenen Dienstleistungen unterdurchschnittlich und die nicht marktbezogenen (öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit) überdurchschnittlich ausgeprägt. Niedrigere Anteile erzielte demgegenüber der Dienstleistungssektor in Rheinland-Pfalz, dem Saarland sowie in der DG Belgien, wobei die beiden deutschen Teilgebiete des Kooperationsraums die 70%-Schwelle überschritten haben, während die DG Belgien knapp darunter blieb. In allen drei Regionen hat stattdessen der sekundäre Sektor, also das Produzierende Gewerbe, ein im großregionalen wie europäischen Vergleich höheres Gewicht. Im Saarland und in Rheinland-Pfalz kam dabei mit Werten von 24,2% bzw. 21,7% der Industrie eine große Bedeutung zu – bei gleichzeitig unterdurchschnittlichen Anteilen des Baugewerbes. Dieses hat insbesondere in Luxemburg ein hohes Beschäftigungsgewicht (11,1%), während die Industrie nur unterdurchschnittlich vertreten ist (10,3%).



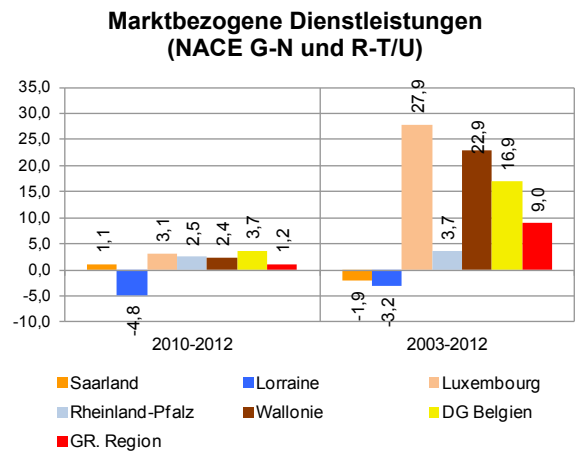
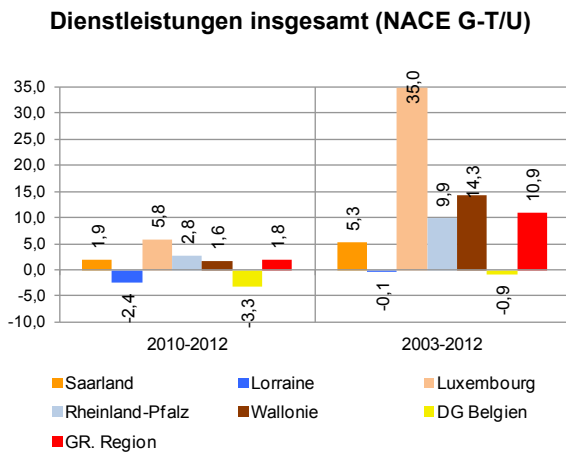
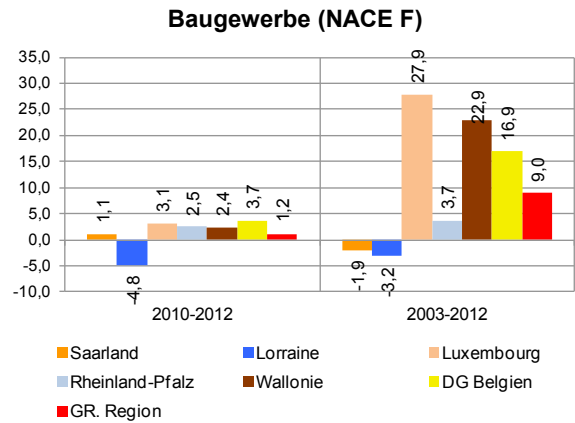
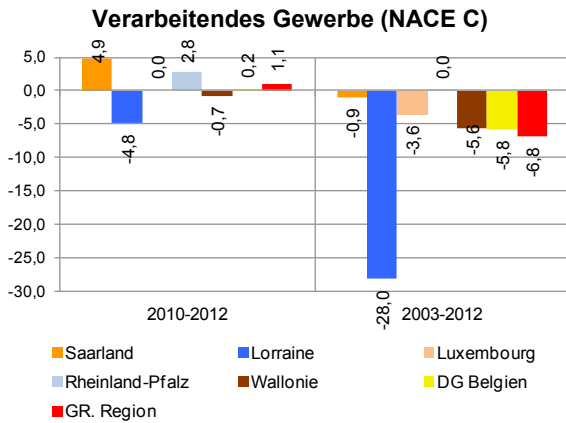
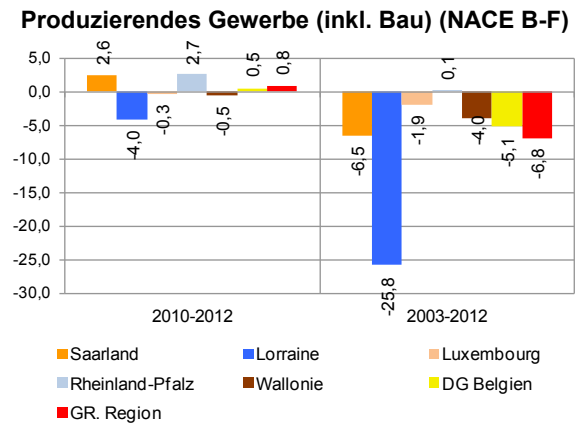
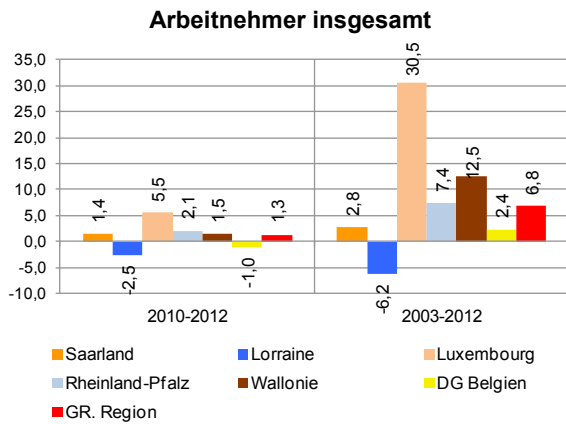
Von 2003 bis 2012 Zuwächse in den Dienstleistungssektoren bei gleichzeitigem Arbeitsplatzabbau in der Industrie

In der Differenzierung nach Wirtschaftsbereichen wird deutlich, dass in der Großregion die Beschäftigungsgewinne in der Arbeitnehmerschaft seit 2003 hauptsächlich auf das Konto des Dienstleistungssektors gingen (+10,9%). Aber auch im Baugewerbe erhöhte sich die Zahl der Arbeitsplätze (+9,0%), während die Industrie Personal abgebaut hat (-6,8%). Die Wirtschaftskrise, die besonders das exportorientierte Verarbeitende Gewerbe stark getroffen hatte, verstärkte diesen generellen Trend. In der jüngeren Vergangenheit, zwischen 2010 und 2012, hat sich das Verarbeitende Gewerbe (+1,1%) allerdings besser entwickelt als das Baugewerbe (+0,8%), und lag auch nur knapp hinter der Entwicklung der marktbezogenen Dienstleistungen (+1,2%). Die Zahl an Arbeitnehmer im tertiären Sektor insgesamt legte seit 2010 sogar um 1,8% zu. Im Zeitraum 2003 bis 2011 konnte hier – mit Ausnahme des Rückgangs in 2009 (-0,9%) – durchgängig ein Plus von über einem Prozent jährlich erzielt werden. Demgegenüber fiel der Zuwachs 2012 mit 0,1% weit unterdurchschnittlich aus. In den vergangenen zehn Jahren erzielten die Wallonie und insbesondere Luxemburg im tertiären Sektor einen überdurchschnittlichen Anstieg im Vergleich zu den anderen Regionen des Kooperationsraums, und zwar sowohl in den Dienstleistungsbereichen insgesamt (+14,3% bzw. +35,0%) als auch in den marktorientierten Dienstleistungen (+22,9% bzw. +27,9%). In Luxemburg ist die enorme Steigerung im Wesentlichen auf die dynamische Entwicklung im Bereich der Finanz- und Unternehmensdienstleistungen zurückzuführen. Hingegen entwickelte sich die Arbeitnehmerbeschäftigung im tertiären Sektor in Lothringen leicht negativ (-0,1%), insbesondere in den marktorientierten Dienstleistungen (-3,2%). Auch das Saarland weist hier Arbeitsplatzverluste von -1,9% seit 2003 aus. Begleitet wurden die Beschäftigungsabnahmen im Dienstleistungsbereich in diesen beiden Regionen von Rückgängen der Zahlen in der Arbeitnehmerschaft im Baugewerbe (Lothringen: -3,2%; Saarland: -1,9%), sowie in der französischen Region von einem massivem Personalabbau im verarbeitenden Gewerbe (-28,0%). Mit der Ausnahme der Stagnation in Rheinland-Pfalz mussten auch alle anderen Teilgebiete der Großregion im industriellen Bereich Beschäftigungsverluste seit 2003 hinnehmen. Hingegen konnte der Bausektor sowohl in Rheinland-Pfalz (+3,7%) als auch wesentlich deutlicher in den belgischen Regionen (Wallonie: +22,9%, DG Belgien: +16,9%) und vor allem in Luxemburg (+27,9%) Zuwächse in der Arbeitnehmerbeschäftigung verzeichnen.

Trotz der zunehmenden Bedeutung des Dienstleistungssektors bleibt anzumerken, dass der Beitrag der Industrie für Beschäftigung und gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung unverzichtbar bleibt. Die Industrie birgt ein hohes Innovationspotenzial, dessen Nutzung beständig für technologischen Fortschritt sorgt. So stellen gerade die technologieintensiven Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes qualifizierte Arbeitsplätze bereit und dürften auch zukünftig hohe Produktivitätszuwächse erwirtschaften. Zudem kann die Entwicklung der Dienstleistungswirtschaft nicht abgekoppelt, sondern nur in engem Bezug zu der in der Industrie betrachtet werden. Viele Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich hängen direkt mit der Fertigung zusammen. Die Spannweite reicht von Forschung und Entwicklung, Finanzierung, Beratung und Planung über Beschaffung, IT-Services und Logistik bis hin zu Inbetriebnahme und Wartung. Alle diese qualitativ hochwertigen und wissensintensiven Dienstleistungen wären ohne eine leistungsstarke Industrie nicht möglich.

Entwicklung der Arbeitnehmerbeschäftigung (am Arbeitsort) nach Wirtschaftsbereichen 2010-2012 / 2003-2012

Veränderung in %



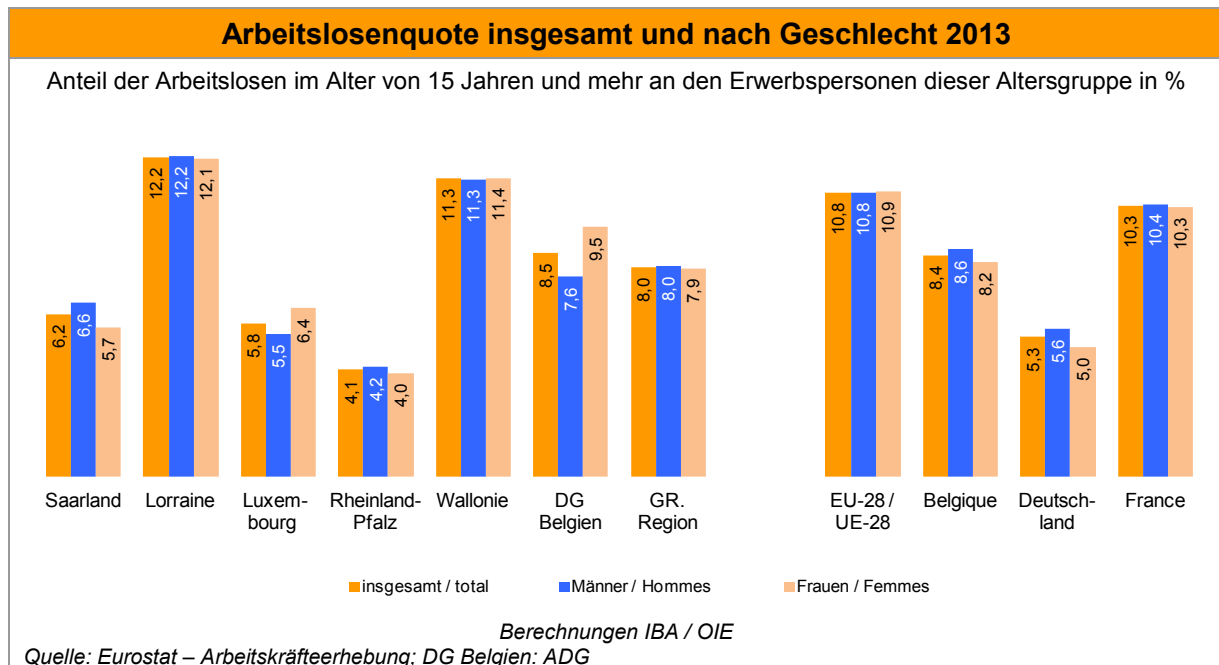
Berechnungen IBA / OIE

Quellen:
 Wallonie, DG Belgien: ICN, Comptes régionaux
 Saarland, Rheinland-Pfalz: Erwerbstätigenrechnung der Länder
 Lorraine: INSEE Estimations d'emploi; Les données 2012 sont provisoires
 Luxembourg: Eurostat

2. Arbeitslosigkeit

2.1 Arbeitslosenquote

Die im Rahmen der EU-Arbeitskräfteerhebung erfasste und nach dem ILO-Konzept harmonisierte Arbeitslosenquote betrug im Jahr 2013 in der Großregion 8,0% und lag beinahe drei Prozentpunkte unter dem europäischen Niveau (10,8%). Hinter dem großregionalen Wert verbergen sich aber große Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen: Das Saarland (6,2%), Luxemburg (5,8%) und vor allem Rheinland-Pfalz (4,1%) verzeichneten 2013 eine deutlich geringere Arbeitslosenquote als der Durchschnitt der Großregion, während der Arbeitsmarkt in der Wallonie und in Lothringen schlechter da stand (11,3% bzw. 12,2%). Die Arbeitslosenquote der DG Belgien (8,5%) konnte sich 2013 zwar positiv von der Wallonie abheben, bewegte sich aber dennoch knapp oberhalb des großregionalen Mittels.

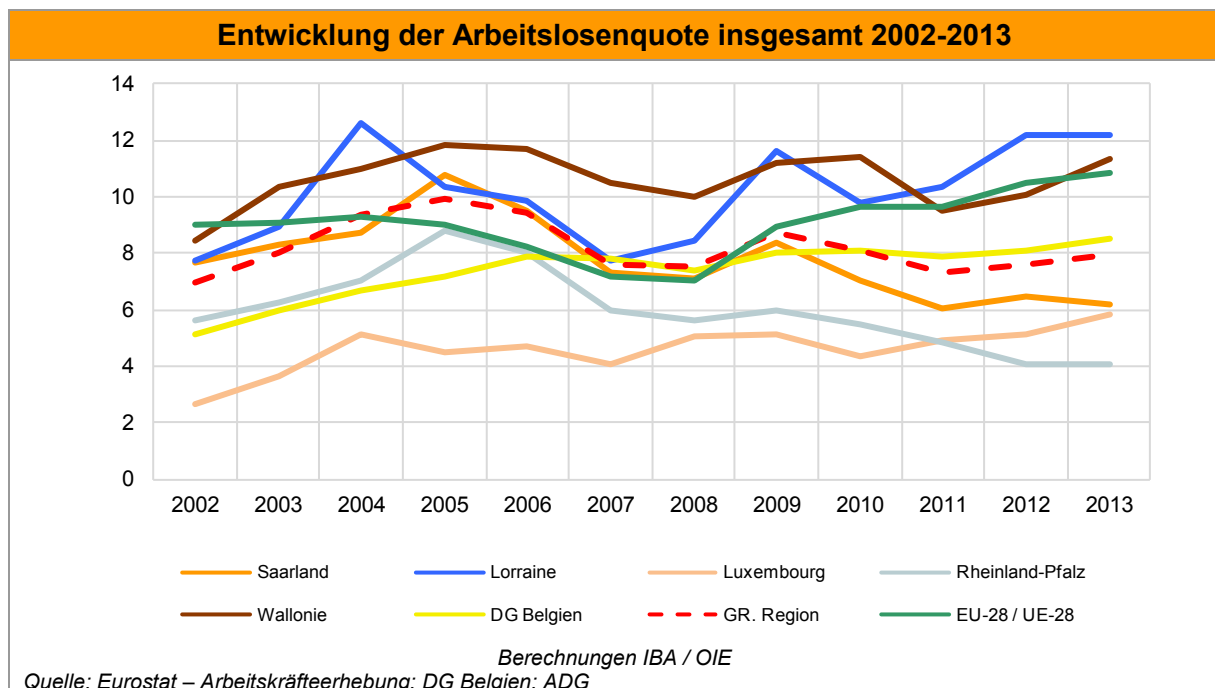


Frauenarbeitslosigkeit in der Großregion knapp niedriger als die der Männer

Im Jahr 2013 lag die Frauenarbeitslosigkeit in der Großregion mit einer Quote von 7,9% knapp unterhalb derjenigen der Männer (8,0%). Auf EU-Ebene fällt die geschlechtsspezifische Differenz von 0,1 Prozentpunkten hingegen zugunsten der Männer aus. Innerhalb der Großregion sind zum einen, wie schon bei der Gesamtarbeitslosigkeit, enorme Unterschiede in den Höhen der Arbeitslosenquoten nach Geschlecht auszumachen. Zum anderen fallen auch die geschlechtsspezifischen Gefälle in den Teilgebieten unterschiedlich aus. In Lothringen, der Wallonie und Rheinland-Pfalz sind für das Jahr 2013 kaum Unterschiede in den männlichen und weiblichen Quoten festzustellen. In Luxemburg und vor allem der DG Belgien lagen die Arbeitslosenquoten der Männer klar höher als die der Frauen (Luxemburg: +1,0 Pp; DG Belgien: +1,9 Pp), während es sich im Saarland genau umgekehrt verhielt: an der Saar war die Frauenarbeitslosigkeit niedriger als die der Männer (-0,9 Pp).

Anstieg der Arbeitslosigkeit seit 2002

Die Entwicklung der Arbeitslosenquote im Zeitraum 2002-2013 zeigt einen Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Großregion um 1,0 Prozentpunkte. Auf europäischer Ebene fiel der Zuwachs noch stärker aus (+1,8 Pp). In der Großregion war der Anstieg der Arbeitslosenquote besonders markant zwischen 2002 und 2005 (+3,1 Pp) sowie auf dem Höhepunkt der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 (+1,2 Pp). Auch in der EU wuchs die Arbeitslosenquote 2008/2009 krisenbedingt um 2,0 Prozentpunkte. Zwischen 2009 und 2011 erholte sich der großregionale Arbeitsmarkt zunächst (-1,4 Pp), verzeichnete aber bis 2013 wieder Zuwächse bei der Arbeitslosigkeit (2011-2013: +0,7 Pp), so dass die Quote im Jahr 2013 erneut oberhalb des Vorkrisenniveaus lag (+0,5 Pp). In Europa war eine zwischenzeitliche Erholung in den Arbeitslosenzahlen nicht zu beobachten: wirtschaftliche Schwierigkeiten in Folge der Krise erschwerten die Eingliederung in den Arbeitsmarkt, so dass die Arbeitslosenrate in der EU seit 2008 kontinuierlich ansteigt (+3,8 Pp).



Unterschiedliche Entwicklungen der Arbeitslosenquoten innerhalb der Großregion

Innerhalb des Kooperationsraums entwickelten sich die Arbeitslosenzahlen seit 2002 unterschiedlich: während es in den beiden deutschen Teilgebieten zu einem Rückgang der Arbeitslosenquote kam (Rheinland-Pfalz: -1,6 Pp, Saarland: -1,4 Pp), stieg sie in den übrigen Teilregionen an (Lothringen: +4,4 Pp, DG Belgien: +3,2 Pp, Luxemburg: +3,2 Pp, Wallonie: +2,9 Pp).

Auffällig ist die negative Entwicklung in **Lothringen** seit der Finanz- und Wirtschaftskrise, die sich dort – anders als im großregionalen und europäischen Durchschnitt – bereits mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit zwischen 2007/2008 auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machte. So ist die lothringische Arbeitslosenquote zwischen 2007 und 2009 um 3,8 Prozentpunkte gestiegen. Im Folgejahr 2010 kam es zu einem Rückgang um 1,8 Prozentpunkte, der sich aber nicht stabilisieren konnte – die Arbeitslosenquote in der französischen Region stieg seit 2010 erneut um 2,4 Prozentpunkte an und lag im Jahr 2012 sogar über dem Niveau zum

Höhepunkt der Krise. Bemerkenswert ist die Stagnation der Arbeitslosenquote zwischen 2012 und 2013, welche gegen den Trend steigender Quoten in den anderen Regionen (mit der Ausnahme des Saarlandes) und der EU bewegte.

Auch in **Luxemburg** setzte der krisenbedingte Anstieg der Arbeitslosenquote bereits 2007-2008 ein (+1,0%). 2009 blieb die Arbeitslosenquote auf dem Niveau von 5,1% und fiel 2010 aufgrund der Konjunkturerholung wieder um 0,7 Pp. Diese Erholung war aber ähnlich wie in Lothringen nicht von langer Dauer: seit 2010 verzeichnet die luxemburgische Arbeitslosenrate einen Zuwachs um 1,4 Prozentpunkte, so dass auch im Großherzogtum die Quote im Jahr 2013 höher lag als im Krisenjahr 2009 (+0,7 Pp).

In der **DG Belgien** lag die Arbeitslosenquote 2013 ebenfalls höher als zum Höhepunkt der Krise 2009 (+0,4 Pp). Zurückzuführen ist dies auf die Zunahme zwischen 2011 und 2013 (+0,6 Pp), der ein Rückgang von lediglich 0,2 Prozentpunkten im Zeitraum 2010-2011 gegenübersteht. In der Krise ist die Arbeitslosigkeit in der DG um 0,7 Prozentpunkte angestiegen (2008-2010).

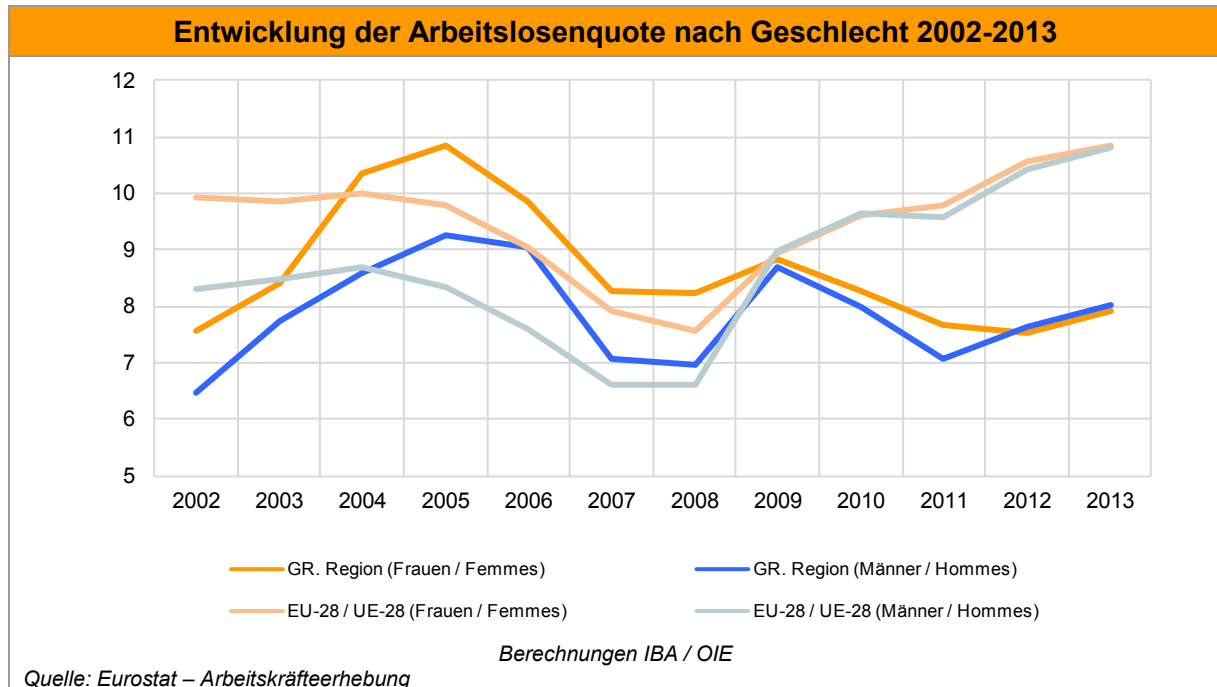
Größere Schwankungen als die DG Belgien erlebte die belgische Region **Wallonie**: Auf den krisenbedingten Anstieg zwischen 2008 und 2010 um 1,4 Prozentpunkte folgte mit -1,9 Prozentpunkten ein relativ starker Rückgang im Jahr 2011. Im Zeitraum 2011-2013 hat die wallonische Arbeitslosenquote wieder um 0,8 Prozentpunkte zugelegt.

Auch die beiden deutschen Teilgebiete mussten der Finanz- und Wirtschaftskrise zwischen 2008 und 2009 Tribut zollen: Im **Saarland** stieg die Arbeitslosenquote in diesem Zeitraum um 1,3 Prozentpunkte, in **Rheinland-Pfalz** um 0,4 Prozentpunkte. An der Saar setzte anschließend ein Rückgang der Quote ein, der bis 2011 anhielt (-2,3 Pp); im Jahr 2012 stieg die Arbeitslosenquote dann wieder an (+0,3 Pp). In Rheinland-Pfalz kam es zu keinem Anstieg in 2012, so dass dort die Arbeitslosenrate im Zeitraum 2009-2012 um 1,6 Prozentpunkte zurückgegangen ist. Dafür wuchs dort die Quote 2013 geringfügig an (+0,1 Pp). Das Saarland kann hingegen als einzige Teilregion eine leicht positive Entwicklung am Arbeitsmarkt zwischen 2012 und 2013 verzeichnen (-0,2 Pp).

Rückgang des geschlechtsspezifischen Gefälles seit 2002

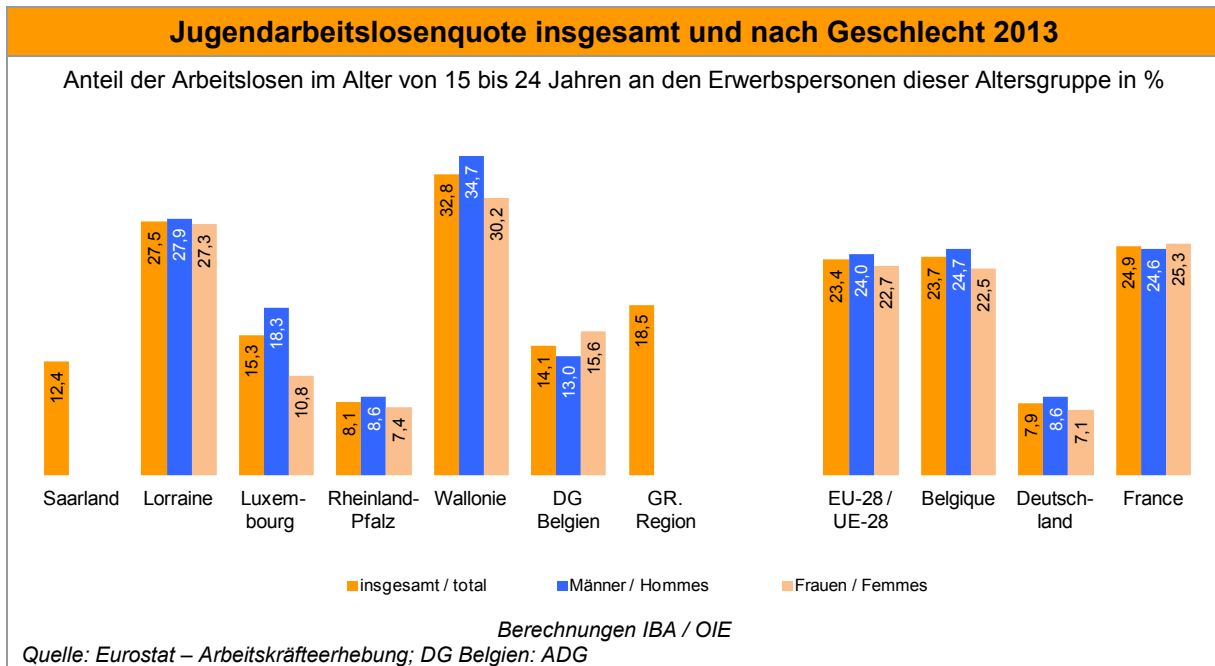
Die geringen Unterschiede in den Arbeitslosenquoten von Männern und Frauen sind sowohl in der Großregion als auch in der EU erst seit kurzem zu beobachten. In den vorangegangenen Jahren war die weibliche Erwerbsbevölkerung dem Risiko der Arbeitslosigkeit in der Regel stärker ausgesetzt als die männliche. So fiel im Jahr 2002 die Differenzen zwischen den Quoten noch deutlich zugunsten der Männer aus (Großregion: -1,1 Prozentpunkte; EU-28: -1,6 Pp). Insbesondere im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich das Bild gedreht: So stieg die Arbeitslosigkeit der Männer zwischen 2008 und 2009 in der Großregion um 1,7 Prozentpunkte auf 8,7%, während die der Frauen lediglich um 0,6 Prozentpunkte auf 8,8% zulegte. In der EU-28 verliefen diese Trends noch ausgeprägter (Männer: +2,4 Pp auf 9,0%; Frauen: +1,4 Pp auf 8,9%). Die Beschäftigung der Frauen scheint den Wechselfällen der Wirtschaftskonjunktur demnach weniger ausgesetzt zu sein als diejenige der Männer. Im Anschluss an die Krise (2009-2013) zeigten die Arbeitslosenquoten der Frauen und Männer einen relativ ähnlichen Verlauf, sowohl auf großregionaler Ebene (Männer: -0,7 Pp auf 8,0%;

Frauen: -0,9 Pp auf 7,9%) als auch auf europäischer Ebene (Männer: +1,8 Pp auf 10,8%; Frauen: +1,9 Pp auf 10,9%).



Jugendarbeitslosenquote mehr als doppelt so hoch wie die Gesamtarbeitslosenquote

Die Jugendarbeitslosenquoten sind in allen Teilgebieten der Großregion sowie in der EU höher als die Gesamtarbeitslosenquoten. Zurückzuführen ist dies insbesondere darauf, dass junge Menschen in Europa von der Finanz- und Wirtschaftskrise und ihren Auswirkungen besonders schwer betroffen sind. Im Jahr 2013 lag die Jugendarbeitslosenquote in der Großregion bei 18,5% und damit mehr als doppelt so hoch wie die Gesamtarbeitslosenquote (Differenz von über 10 Prozentpunkten). Auf Ebene der EU-28 fielen die Arbeitslosenquoten sowohl für Jugendliche (23,4%) als auch die Differenz zu der Gesamtarbeitslosigkeit weit stärker aus (12,6 Pp). Im großregionalen Vergleich lassen sich erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Teilregionen hinsichtlich der Arbeitslosigkeit Jugendlicher feststellen: In der Wallonie war 2013 beinahe jede dritte Erwerbsperson der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen arbeitslos (32,8%), in Lothringen mehr als jeder vierte dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehende Jugendliche (27,5%). Dagegen verzeichnete Rheinland-Pfalz mit 8,1% das geringste Arbeitsmarktrisiko. Die Lage im benachbarten Saarland ist nicht ganz so gut (12,4%). Ebenfalls unterhalb des großregionalen Durchschnitts bewegten sich die Quoten für die DG Belgien (14,1%) und Luxemburg (15,3%).



Unterschiedliche Bestimmungsgrößen von Jugendarbeitslosigkeit innerhalb der Großregion

Bei der Untersuchung der Jugendarbeitslosenquoten müssen jedoch die Kriterien für die Bestimmung der Jugendarbeitslosigkeit in der Großregion differenziert betrachtet werden. Bei der Berechnung der Arbeitslosenquote auf Basis internationaler Vereinbarungen wird die Zahl der Arbeitslosen in Bezug gesetzt zur Zahl der Erwerbspersonen der jeweiligen Personengruppe. Gerade bei den Jugendlichen zeigt die Erwerbsbeteiligung in den einzelnen Teilregionen jedoch sehr große Unterschiede, was sich dementsprechend auch statistisch in der Berechnung der Arbeitslosenquote niederschlägt. Zum Beispiel unterscheiden sich die als Bezugsgrundlage herangezogenen Personengruppen der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose) zwischen Deutschland und Frankreich, was zum Teil die Differenz in den Quoten erklärt. In Deutschland werden die Jugendlichen, welche sich im dualen Ausbildungssystem¹³ befinden, als erwerbstätig betrachtet und zu den Erwerbspersonen gezählt. In Frankreich dagegen werden die Auszubildenden nicht als Erwerbspersonen geführt. Dadurch ist die Erwerbsbeteiligung in Frankreich niedriger und die Arbeitslosenquote entsprechend höher. Um ein realistisches Bild zu erhalten, kann die Arbeitslosenquote mit der Erwerbsquote (siehe IBA-Teilbericht „Situation junger Menschen“) gewichtet werden, so dass die Arbeitslosen mit der Gesamtbevölkerung statt mit der sogenannten Erwerbsbevölkerung verglichen wird.

Relativierung der hohen Arbeitslosenquote Jugendlicher sowie der großregionalen Unterschiede

Auf Basis dieser Methode betrug im Jahr 2013 der Jugendarbeitslosenanteil in der Großregion 7,6% und bewegte sich damit auch hier unter dem europäischen Durchschnittswert (EU-28: 9,9%). Für beide Kooperationsräume gilt, dass die Unterschiede zu der Gesamtarbeitslosigkeit wesentlich geringer ausfallen als zuvor (Großregion: 2,0 Prozentpunkte, EU-28: 2,1

¹³ Das duale System bezeichnet die Lehre mit abwechselnder Ausbildung im Betrieb und Unterricht in der Berufsschule.

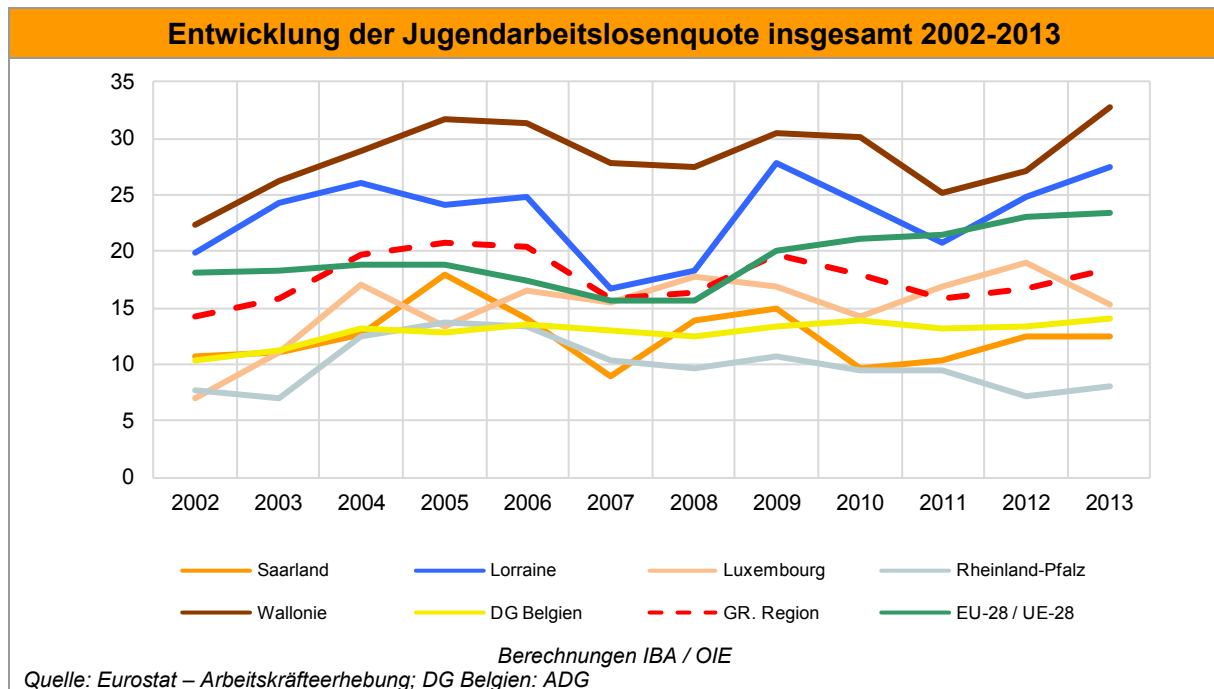
Pp). Innerhalb der Großregion verzeichnet nun Luxemburg mit einem Anteil von 4,0% den geringsten Wert, welcher sogar unterhalb der Rate für die Gesamtarbeitslosigkeit liegt. Für alle anderen Teilgebiete der Großregion gilt auch für die Arbeitslosenanteile, dass sich die Situation der Jugendlichen schlechter darstellt als für die Allgemeinheit. Mit 11,1% und 9,5% waren die Jugendlichen in Lothringen und der Wallonie im interregionalen Vergleich zwar nach wie vor am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen, allerdings sind die enormen Unterschiede sowohl zwischen den Teilräumen als auch zu der Gesamtarbeitslosigkeit deutlich relativiert.

Jugendliche stärker von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen

Von zentraler Bedeutung bei der Analyse der Jugendarbeitslosigkeit ist der Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und der Jugendarbeitslosigkeit im Besonderen, da sich diese deutlich konjunkturanfälliger zeigt als die Arbeitslosigkeit im Allgemeinen. Dies wird im Vergleich des Verlaufs der Arbeitslosenquoten von Jugendlichen und insgesamt deutlich: sowohl in der Großregion als auch in der EU-28 zeigen die Arbeitslosenquoten beider Altersgruppen die gleichen Trends, welche für die Jugend aber jeweils stärker ausgeprägt sind. So ist die Jugendarbeitslosenquote in der Großregion seit 2002 deutlich stärker angestiegen (+4,3 Prozentpunkte) als die Gesamtarbeitslosenquote (+1,0 Pp). Das gilt ebenso für die EU, wo die Zuwächse in beiden Altersgruppen höher ausfielen als auf großregionaler Ebene (Jugend: +5,3 Pp; Gesamt: +1,8 Pp). Der Unterschied zwischen der europäischen und großregionalen Entwicklung lässt sich auf die Situation junger Menschen in den südeuropäischen Länder der EU zurückführen, welche besonders hart von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen sind.

Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit insbesondere in der Wallonie, Luxemburg und Lothringen

Innerhalb der Großregion stellt sich die Situation der Jugendlichen in der Wallonie am negativsten dar: die bereits 2002 am höchsten liegende Jugendarbeitslosenquote der belgischen Region wuchs bis 2013 noch einmal um 10,4 Prozentpunkte an. Im gleichen Zeitraum stieg die Arbeitslosenquote insgesamt lediglich um 2,9 Prozentpunkte. Auch im Vergleich zum Durchschnitt der EU-28 (+5,3 Pp) schnitt die Wallonie damit schlechter ab. Dies gilt auch für die Entwicklungen in Luxemburg und Lothringen, wo die Jugendarbeitslosenquoten zwischen 2002 und 2013 um 8,4 bzw. um 7,6 Prozentpunkte zugelegt haben. Die Jugendarbeitslosigkeit in den beiden deutschen Teilgebieten entwickelte sich seit 2002 hingegen besser als im Durchschnitt der Großregion und der EU-28 (Rheinland-Pfalz: +0,3 Pp; Saarland: +1,7 Pp). In Rheinland-Pfalz ist es gelungen seit 2006 einen beinahe kontinuierlich verlaufenden Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit zu erreichen, auch die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise konnten relativ gut überstanden werden. Einen recht konstanten, wenn auch stetig leicht steigenden Verlauf seit 2002, nimmt die Kurve der Jugendarbeitslosigkeit in der DG Belgien, wo die Quote bis 2013 um 3,7 Prozentpunkte gewachsen ist.



Günstigere Entwicklung bei jungen Frauen als bei jungen Männern

Junge Männer waren im Jahr 2013 stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als jungen Frauen – eine Ausnahme bildete die DG Belgien; für das Saarland wies Eurostat keine geschlechtsspezifischen Daten in der Altersgruppe 15 bis 24 Jahre aus, so dass auch keine großregionalen Werte berechnet werden konnten. Insbesondere in Luxemburg haben es jungen Männer schwerer, einen Arbeitsplatz zu finden (+7,5 Pp gegenüber der weiblichen Arbeitslosigkeit). In Lothringen ist die Differenz relativ klein (0,6 Pp), aber dennoch bemerkenswert, da auf nationaler Ebene die weibliche Jugendarbeitslosenquote die männliche übersteigt. Die Arbeitslosenquoten junger Männer lagen nicht nur 2013 höher als die junger Frauen, sondern haben sich auch seit 2002 deutlich schlechter entwickelt. Der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit von Männern war in Luxemburg (+13,3 Pp) am stärksten, gleichzeitig fiel dort der Anstieg der Arbeitslosenquoten der jungen Frauen relativ gering aus (+1,7 Pp). Ähnlich verliefen die Entwicklung der Arbeitslosenquoten in Lothringen (junge Männer: +12,2 Pp; junge Frauen: +1,6 Pp) und der Wallonie (junge Männer: +12,1 Pp; junge Frauen: +8,1 Pp), wobei in der belgischen Region die Unterschiede zwischen den Geschlechtern weniger stark ausgeprägt sind. In der DG Belgien entwickelte sich die Arbeitslosigkeit junger Frauen (+5,2 Pp) sogar schlechter als die der jungen Männer (+2,6 Pp), so dass dort im Jahr 2013 männliche Jugendliche auch seltener von Arbeitslosigkeit betroffen waren als weibliche. In Rheinland-Pfalz stieg die Jugendarbeitslosigkeit zwischen 2002 und 2013 für beide Geschlechtern kaum an (je +0,3 Pp). Auf europäischer Ebene bestätigte sich wiederum der Trend, dass sich die Lage der jungen Männer auf dem Arbeitsmarkt (+6,1 Pp) stärker verschlechtert hat als die junger Frauen (+4,3 Pp).

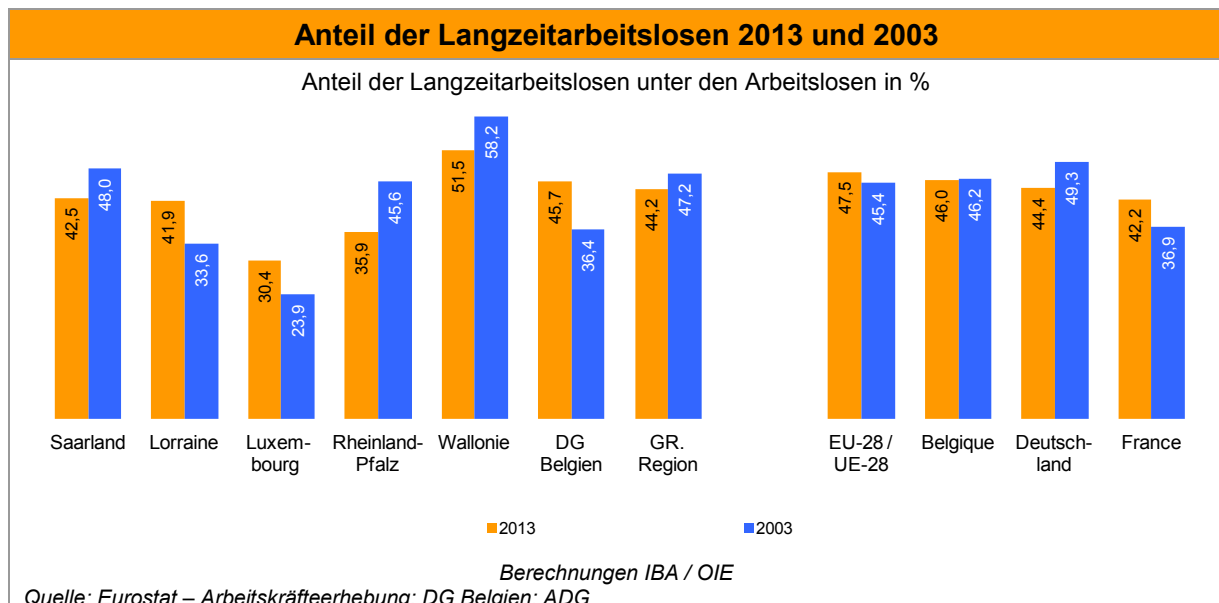
Eine ausführliche Darstellung der Jugendarbeitslosigkeit sowie weiterführende Informationen zur Lage junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt in der Großregion finden sich in dem IBA-Teilbericht „Situation junger Menschen“.

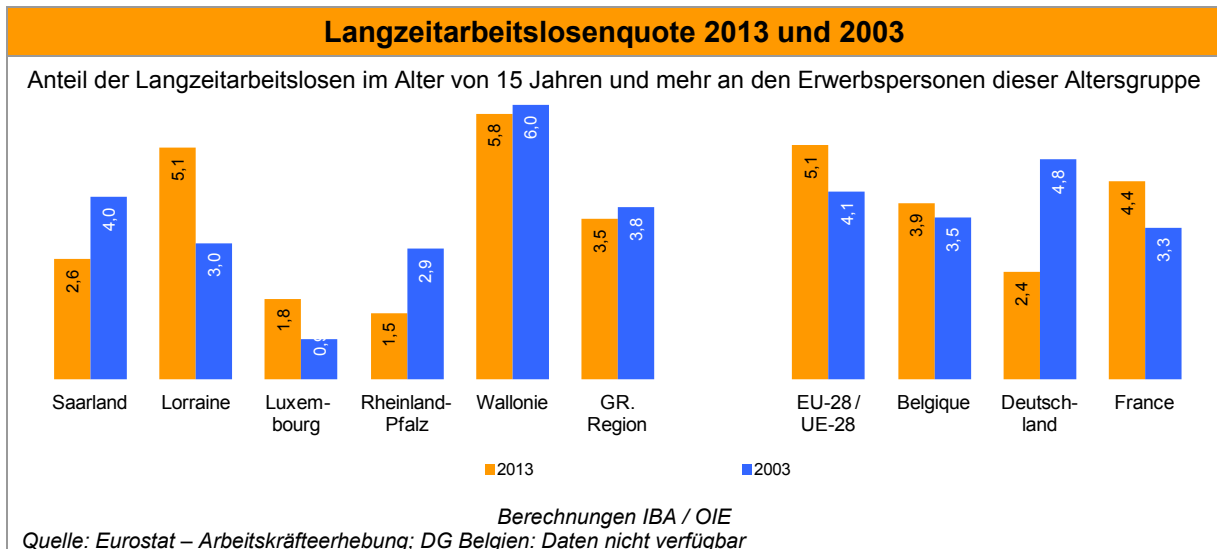
Knapp jeder zweite Arbeitslose in der Großregion ist länger als ein Jahr arbeitslos

Die Langzeitarbeitslosenquote ist ein Indikator für strukturelle Probleme des Arbeitsmarktes. Mit zunehmender Dauer von Arbeitslosigkeit gehen auch eine Vielzahl individueller Probleme einher: So haben von Langzeitarbeitslosigkeit betroffene Personen häufiger gesundheitliche und psychische Probleme, erfahren mit zunehmender Dauer ihrer Erwerbslosigkeit einen Verlust ihrer erworbenen Qualifikationen, beruflichen Kenntnisse und Erfahrungen und sind durch materielle Verarmung zunehmend auch von sozialer und kultureller Isolation betroffen. Langzeitarbeitslosigkeit führt zu einer dauerhaften Abkopplung vom Erwerbsleben und wirft die Frage auf, wie die Beschäftigungsfähigkeit der Betroffenen aufrechterhalten werden kann, um die spätere berufliche Wiedereingliederung zu fördern. Die Betreuung der Langzeitarbeitslosen und die Berufsausbildung – einschließlich Aufrechterhaltung bzw. Ausweitung der Kompetenzen oder Umschulung – spielen eine wesentliche Rolle, damit die betroffenen Personen aus ihrer Isolierung herausfinden und wieder eine Beschäftigung aufnehmen.

Die Langzeitarbeitslosenquote entspricht dem Prozentsatz der Menschen innerhalb der erwerbsfähigen Bevölkerung, die seit mehr als zwölf Monaten arbeitslos sind.
 Der Anteil der Langzeitarbeitslosen entspricht ihrem Prozentsatz an der Gesamtheit der Arbeitslosen.

Im Jahre 2013 waren in der Großregion 44,2% der Arbeitslosen seit mehr als einem Jahr ohne Beschäftigung. Ihr Anteil an den Erwerbspersonen betrug 3,5%. Im europäischen Durchschnitt war sowohl der Anteil der Langzeitarbeitslosen unter den Arbeitslosen etwas höher (47,5%), als auch der Anteil der Langzeitarbeitslosen unter den Erwerbspersonen (5,1%).





Im Kooperationsraum gab es 2013 proportional die meisten Langzeitarbeitslosen in der Wallonie: mehr als jeder zweite Arbeitslose war davon betroffen (51,5%) und 5,8% der Erwerbspersonen. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen war auch in der DG Belgien überdurchschnittlich hoch (45,7%). Es folgen das Saarland und Lothringen mit Anteilen an allen Arbeitslosen von 42,5% bzw. 41,9%. Allerdings unterscheiden sich die beiden Regionen in der Quote an allen Erwerbspersonen: an der Saar waren 2013 lediglich 2,6%, in Lothringen hingegen 5,1% von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Die niedrigste Quote weist Rheinland-Pfalz mit 1,5% aus; der Anteil an der Arbeitslosen lag dort bei 35,9%. Unterboten wird der Wert dieses Indikators von Luxemburg: Im Großherzogtum waren „nur“ 30,4% der Arbeitslosen länger als ein Jahr ohne Beschäftigung.

Kaum Veränderung des Anteils der Langzeitarbeitslosen an den Erwerbspersonen

Zwischen 2003 und 2013 war der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Erwerbspersonen in der Großregion leicht rückläufig (-0,3 Pp); im Durchschnitt der EU-28 ist die Langzeitarbeitslosenquote in diesem Zeitraum hingegen um 1,0 Prozentpunkte gestiegen. Eine negative Entwicklung mussten innerhalb der Großregion auch Lothringen und Luxemburg hinnehmen. Während der Anstieg in der französischen Region mit +2,1 Prozentpunkten zwar stärker ausfiel, bedeutet der Zuwachs um 0,9 Prozentpunkte im Großherzogtum eine Verdoppelung der Quote seit 2003. In den übrigen Teilgebieten ging die Langzeitarbeitslosenquote in den vergangenen zehn Jahren zurück. In den beiden deutschen Regionen fiel dieser Rückgang mit je 1,4 Prozentpunkten relativ stark aus, in der Wallonie konnte die recht hohe Rate von 6,0% aus dem Jahr 2003 nur wenig reduziert werden (-0,2 Pp).

Anteil der Langzeitarbeitslosen unter den Arbeitslosen ebenfalls rückläufig

Nicht nur der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Erwerbspersonen, sondern auch der Anteil an den Arbeitslosen ist im Zeitraum 2003-2013 in der Großregion rückläufig (-3,0 Prozentpunkte). Auf europäischer Ebene ist bei diesem Indikator wiederum ein Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit zu beobachten (+2,1 Pp). Innerhalb der Großregion wiesen erneut die beiden deutschen Teilgebiete sowie Wallonie Rückgänge bei der Langzeitarbeitslosigkeit aus, während in Lothringen, Luxemburg und der DG Belgien 2013 mehr Arbeitslose von dem Phänomen Langzeitarbeitslosigkeit betroffen waren als noch 2003.

2.2 Arbeitslosigkeit nach der Statistik der Arbeitsagenturen

Die Definition der Arbeitslosenkategorien sind in den einzelnen Ländern unterschiedlich: Sie sind mehr oder weniger weit gefasst, verwenden stark unterschiedliche Termini und sind abhängig vom System für die Arbeitsvermittlung und die aktuelle Arbeitslosenversicherung. Das Arbeitslosigkeitskonzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hat sich auf internationaler Ebene durchgesetzt. Dieses Konzept bemüht sich, vergleichbare Daten zu erheben und die regionalen und nationalen Unterschiede so weit wie möglich zu neutralisieren.¹⁴ Allerdings verwendet jedes Land seine eigene Kategorisierung der Personen, die in den Arbeitsagenturen bzw. Arbeitsverwaltungen gemeldet sind, welche den Begriff der Arbeitslosen auf bestimmte Arbeitnehmer erweitern bzw. einschränken. Dabei werden manchmal Unterschiede gemacht, je nachdem, ob sie einer Teilzeitarbeit nachgehen oder nicht, ob sie eine Beihilfe im Rahmen der Arbeitslosenversicherung erhalten, ob sie dazu angehalten sind, aktiv nach einer Arbeit zu suchen oder ob sie freiwillig gemeldet sind.¹⁵ Laut Definition der ILO ist ein Arbeitsloser eine Person, die nicht arbeitet, sofort zur Verfügung steht und aktiv nach einer Beschäftigung sucht. Diese restriktive Definition der Arbeitslosigkeit erklärt die zum Teil erheblichen Unterschiede zwischen der Arbeitslosenquote im Sinne der ILO und der verwaltungstechnischen Arbeitslosenquote, die von den Arbeitslosenverwaltungen auf Basis der Gesamtzahl an gemeldeten Arbeitssuchenden veröffentlicht werden. Bestimmte Arbeitssuchende werden im Sinne des BIT nicht als Arbeitslose angesehen und bestimmte Arbeitslose werden in den „verwaltungstechnischen“ Statistiken der Arbeitsverwaltungen bzw. anderer Statistikquellen nicht berücksichtigt.¹⁶

Die Verwendung dieser Kategorisierungen wirkt sich auf die Art und Weise aus, wie Arbeitslosigkeit verstanden werden kann, denn die Durchlässigkeit zwischen den Kategorien nimmt im Laufe der Jahre zu: Zwar entspricht das Bild des Arbeitslosen ohne Erwerbstätigkeit, der auf der Suche nach einer (Vollzeit)Beschäftigung und einem unbefristeten Arbeitsverhältnis und sofort verfügbar ist, immer noch der Norm (dem Volumen nach), doch ist es aufgrund der immer komplexer werdenden Situationen, die auf dem Arbeitsmarkt herrschen, Änderungen unterworfen. Angesichts der explosionsartigen Zunahme der Zeitarbeit und unsicherer Beschäftigungsarten werden immer mehr Arbeitslose speziellen Kategorien zugeordnet. Sie üben zum Beispiel über einen mehr oder weniger langen Zeitraum eine Teilzeitbeschäftigung aus oder werden als Teilnehmer arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen (Praktika, Schulungen...) nicht berücksichtigt.

¹⁴ Wie zum Beispiel für die Arbeitskräfteerhebung (AKE).

¹⁵ Sie können gegebenenfalls die Arbeitsverwaltungen in Anspruch nehmen, ohne dabei formell an besondere Verpflichtungen gebunden zu sein (zum Beispiel in der Wallonie).

¹⁶ So weicht zum Beispiel die Messung der Arbeitslosigkeit im Sinne der Volkszählung von den Zahlen der Arbeitsagentur Pôle emploi ab. Die Arbeitslosen im Sinne der Volkszählung sind Personen von 15 Jahren oder älter, die angegeben haben, arbeitslos zu sein (ganz gleich, ob sie bei der Pôle emploi gemeldet sind oder nicht), es sei denn, sie haben außerdem ausdrücklich angegeben, dass sie nicht nach einer Arbeit suchen (sie werden dann den nicht aktiven Personen zugeordnet). Andererseits handelt es sich um Personen, die 15 Jahre oder älter sind, die spontan angegeben haben, weder einer Beschäftigung nachzugehen noch arbeitslos zu sein, aber dennoch erklärt haben, auf Arbeitssuche zu sein.

Definitionen für Arbeitsuchende nach den verschiedenen nationalen Systemen

	Definition der Arbeitsuchenden
Rheinland-Pfalz und Saarland	<p>Ausgewiesen sind die registrierten Arbeitslosen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird von der Bundesagentur für Arbeit ermittelt. Arbeitslose sind Personen, die vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, eine versicherungspflichtige Beschäftigung suchen und dabei den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung stehen und sich bei der Agentur für Arbeit arbeitslos gemeldet haben. Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik gelten nicht als arbeitslos.</p> <p>Zu den Arbeitslosen im Sinne des Sozialgesetzbuches III (SGB III) zählen alle Arbeitsuchenden, die:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder nur eine weniger als 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung ausüben, ▶ eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung suchen und ▶ dabei den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit oder des Jobcenters zur Verfügung stehen, also arbeitsfähig und -bereit sind, ▶ in der Bundesrepublik Deutschland wohnen, ▶ nicht jünger als 15 Jahre sind und die Altersgrenze für den Renteneintritt noch nicht erreicht haben, ▶ sich persönlich bei einer Agentur für Arbeit oder einem Jobcenter arbeitslos gemeldet haben. <p>Für Hilfebedürftige nach dem SGB II findet nach § 53 a Abs.1 SGB II die Arbeitslosendefinition des § 16 SGB III sinngemäß Anwendung.</p> <p>Arbeitsuchend ist, wer</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung sucht, ▶ sich wegen der Vermittlung in ein entsprechendes Beschäftigungsverhältnis bei einer Agentur für Arbeit oder einem Jobcenter gemeldet hat, ▶ die angestrebte Tätigkeit ausüben kann und darf. <p>Dies gilt auch, wenn sie bereits eine Beschäftigung oder eine selbstständige Tätigkeit ausüben (§ 15 SGB III). Rechtskreis SGB III: Arbeitslose, die bei einer Agentur für Arbeit gemeldet sind. Rechtskreis SGB II: Arbeitslose, die bei einem Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende gemeldet sind.</p>
Lorraine	<p>Die Kategorien Arbeitsuchende, die in den Statistiktabelle(n) (unten) verwendet werden, sind die Kategorien A, B und C, welche die Arbeitsuchenden umfassen, die dazu angehalten sind, aktiv nach Arbeit zu suchen und die im Laufe des Monats eine „begrenzte“ Tätigkeit ausgeübt haben können:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Kategorie A: Arbeitsuchende, die dazu angehalten sind, aktiv nach Arbeit zu suchen und arbeitslos sind; ▶ Kategorie B: Arbeitsuchende, die dazu angehalten sind, aktiv nach Arbeit zu suchen und arbeitslos sind und für kurze Zeit eine begrenzte Tätigkeit ausgeübt haben (das heißt höchstens 78 Stunden in einem Monat); ▶ Kategorie C: Arbeitsuchende, die dazu angehalten sind, aktiv nach Arbeit zu suchen und arbeitslos sind und für lange Zeit eine begrenzte Tätigkeit ausgeübt haben (das heißt höchstens 78 Stunden in einem Monat); <p>Pôle emploi verwendet außerdem andere Kategorien für Arbeitsuchende, die nicht zu aktiver Arbeitssuche angehalten sind (Kategorien D und E):</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Kategorie D: Arbeitsuchende, die nicht zur aktiven Arbeitssuche angehalten sind (aufgrund eines Praktikums, einer Schulung, einer Krankheit...) und arbeitslos sind; ▶ Kategorie E: Arbeitsuchende, die nicht zur aktiven Arbeitssuche angehalten sind und einer Beschäftigung nachgehen (zum Beispiel Personen, deren Arbeitsverhältnis staatlich gefördert wird).
Luxembourg	<p>Die Arbeitslosenzahl stellt die Anzahl an nicht vermittelten Arbeitsuchenden dar, die bei der ADEM (Arbeitsverwaltung) registriert sind. Es handelt sich hierbei um Personen ohne Beschäftigung, die auf nationalem Territorium wohnhaft sind und für den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, auf der Suche nach einer geeigneten Stelle sind und nicht an einer Beschäftigungsmaßnahme teilnehmen, mit oder ohne Unterstützung, und welche die Auflagen der Arbeitsverwaltung ADEM erfüllt haben. Außerdem dürfen sie zum Zeitpunkt der statistischen Erhebung nicht seit mehr als 7 Tagen krankgeschrieben sein oder sich in Mutterschutz befinden (Definitionsänderung von Januar 2012, mit rückwirkenden Datenrevisionen bis Januar 2006).</p>
Wallonie / DG Belgien	<p>Die Kategorie der nicht beschäftigten Arbeitsuchenden (DEI) umfasst Personen ohne Beschäftigung, die auf der Suche nach einer Stelle sind und sofort für eine Beschäftigung zur Verfügung stehen.</p> <p>Sie umfasst:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Arbeitsuchenden, die Arbeitslosengeld beantragen und bei denen es sich um Arbeitslose handelt, die nicht durch einen Arbeitsvertrag gebunden sind und Arbeitslosenhilfe erhalten (in vollem Umfang oder auf Basis einer gewollten Zeitarbeit) oder Unterstützung für die berufliche Wiedereingliederung erhalten und als Arbeitsuchende gemeldet sind; 2. Junge Leute, die ein Praktikum für die berufliche Eingliederung am Ende des Studiums machen, die als Arbeitsuchende ohne Unterstützung angesehen werden. Anzumerken ist hier, dass junge Leute, die sich für einen Studentenjob anmelden, seit 2007 nicht mehr als nicht beschäftigte Arbeitsuchende angesehen werden und dass seit dem 1. Januar 2012 das Warte-Praktikum in ein Praktikum für die berufliche Eingliederung umgewandelt wurde; 3. Die anderen, die zwangsweise gemeldet und vorübergehend von der Arbeitslosenhilfe ausgeschlossen sind und Arbeitsuchende, die vom Centre Public d'Action Sociale (C.P.A.S) unterstützt werden; 4. Frei angemeldete Arbeitsuchende ohne Beschäftigung sind Personen auf der Suche nach einer Erwerbstätigkeit, die keinen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe haben, die jedoch die Dienste der öffentlichen Arbeitsagenturen in Anspruch nehmen können.

Eine Anpassung der Arbeitslosenversicherungssysteme

Die meisten Länder haben ihr Arbeitslosenversicherungssystem zur Abschwächung der Krisenauswirkungen angepasst. Die Bedingungen für die Unterstützung von Arbeitslosen bzw. von bestimmten Kategorien wurden gelockert, insbesondere in Belgien, Luxemburg und Deutschland. Der Zugang zur Arbeitslosenhilfe steht Angestellten in Frankreich offen, sobald sie ein Beschäftigungsverhältnis mit einer Dauer von mindestens 4 Monaten nachweisen können,¹⁷ und von 6 Monaten in Luxemburg und Deutschland. Auch die Unterstützungsdauer ist von Land zu Land unterschiedlich: Die meisten Länder begrenzen die Unterstützungsdauer im Hinblick auf die Einzahlungsdauer auf 24 Monate in Frankreich und auf 12 Monate in Luxemburg und Deutschland.¹⁸ Dagegen ist in Belgien diese Unterstützungsdauer nicht wirklich vorher bestimmt: Die belgische Arbeitslosenversicherung bietet bescheidene Hilfen, die vom nationalen Arbeitsamt oder von den Gewerkschaftskassen für eine theoretisch unbegrenzte Dauer gezahlt werden.¹⁹ Am 1. November 2012 ist eine Arbeitslosenversicherungsreform in Kraft getreten. Die wesentliche Maßnahme betrifft die Degression der Unterstützungen in Abhängigkeit der Arbeitslosigkeitsdauer, wobei der Betrag stärker an die Hilfen gekoppelt wird (nur bei Vollarbeitslosigkeit), die in der beruflichen Vergangenheit gezahlt wurden. Dagegen wurden die Regeln für bestimmte Kategorien gelockert: Erhöhung des Betrags für Hilfen zu Beginn der Arbeitslosigkeit oder nach einer Wiederaufnahme der Arbeit. Diese Änderungen müssen – selbst wenn sie das Prinzip einer Unterstützung für eine unbegrenzte Dauer nicht in Frage stellen – je nach Regierung die Möglichkeit bieten, eine finanzielle Tragfähigkeit zu finden und sollen mehr Flexibilität bieten, die berufliche Wiedereingliederung von Arbeitsuchenden zu fördern und die Beschäftigungsquote zu erhöhen.²⁰ Die Höhe der Unterstützung ist je nach Land sehr unterschiedlich: in den meisten Fällen berechnet sich die Höhe der Arbeitslosenunterstützung in Anlehnung an das vorherige Gehalt (mit einer Höchstgrenze).²¹ In Frankreich ist das vormalige sozialversicherungspflichtige Gehalt der einzige Anhaltspunkt für die Berechnung der Unterstützung, während in Belgien, Luxemburg und Deutschland auch die Familiensituation der Betroffenen mitberücksichtigt wird.

¹⁷ Vereinbarung vom 19. Februar 2009 über die Arbeitslosenunterstützung, die die Beschäftigungsdauer, welche den Anspruch auf Unterstützung entstehen lässt, von 6 auf 4 Monate gekürzt hat (<http://www.unedic.org/article/convention-du-19-fevrier-2009-relative-l-indemnisation-du-chomage>).

¹⁸ Diese Zeiträume werden jedoch in Abhängigkeit des Alters des Arbeitslosen verlängert (siehe Tabelle Unterstützungsdauer je Abhängigkeit der Einzahlungsdauer).

¹⁹ Seit vielen Jahren lassen mehrere internationale Institutionen Belgien regelmäßig Empfehlungen zukommen, diesem unbegrenzten Charakter ein Ende zu setzen. Dies trifft insbesondere auf die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zu, die ausdrücklich und wiederholt dazu aufgefordert hat.

²⁰ Reform der Arbeitslosenversicherung ab November 2012, nationales Arbeitsamt (Office national de l'emploi), Infoblatt - Arbeitnehmer (http://www.rva.be/D_Opdracht_W/Werknemers/T136/InfoFR.pdf).

²¹ In Frankreich liegt diese Grenze am höchsten. Die maximale Unterstützung kann 6.161,29 Euro pro Monat erreichen (berechnet anhand eines monatlichen Referenzgehaltes von maximal 12.124 Euro).

Vergleichende Tabelle zur Arbeitslosenversicherung

Regelungen zur Arbeitslosenunterstützung	France	Deutschland	Luxembourg	Belgique
Höhe des Versicherungsbeitrags	6,40% : 4% zu Lasten des Arbeitgebers und 2,40% zu Lasten des Arbeitnehmers (Änderung der Beiträge aufgrund einiger Formen für befristete Verträge seit dem 1 Juli 2013)	3% : 1,50% zu Lasten des Arbeitgebers und 1,50% zu Lasten des Arbeitnehmers	Durch Steuern finanziert	Allgemeiner Beitrag zur Sozialversicherung : 13,07% für den Arbeitnehmer (0,87% für die ALO-Versicherung) 24,77% für den Arbeitgeber (1,46% für die ALO-Versicherung)
Mindestbedingungen für die Zugehörigkeit	4 Erwerbsmonate (122 Tage oder 610 Stunden) während der letzten 28 Monate oder während der letzten 36 Monate für die 50Jährigen (und älter)	12 Monate während der letzten 2 Jahre	26 Wochen während der letzten 12 Monate (mindestens 16 Wochenarbeitsstunden)	unter 36-jährige : 312 Tage während der letzten 21 Monate 36 bis 49 Jahre : 468 Tage während der letzten 33 Monate 50+Jahre : 624 Tage während der letzten 42 Monate
Dauer der Unterstützung	Zwischen 4 und 24 Monaten (für die unter 50jährigen) Zwischen 4 und 24 Monaten (für die über 50jährigen)	Zwischen 6 und 24 Monaten	Bezugsdauer entspricht Beschäftigungsdauer während der letzten 12 Monaten vor der Meldung zur Arbeitslosigkeit mit einer Höchstgrenze von 12 Monaten (**)	Prinzipiell unbegrenzte Laufzeit (*)
Höhe der Unterstützung	57,4% des Referenz-Tageslohn (salaire journalier de référence, SJR) oder 40,4% + fester Anteil, im Rahmen von max. 75% des Referenztageslohns	60% oder 67% des Referenzgehaltes je nach Familiensituation	80% des Referenzgehaltes der letzten 3 Monate 85% für Betroffene mit Kind(ern)	65% des letzten Bruttolohns für die ersten 3 Monate. Danach verringert sich die Unterstützung in mehreren Phasen je nach Familiensituation und Dauer der Berufsvergangenheit
Maximum des Referenzgehalts	12.516 €	Westdeutschland: 5.950€ Ostdeutschland: 5.000€	Keine, aber Unterstützung begrenzt	Höchstgrenze hohes Einkommen : 2.466,59€ Höchstgrenze mittleres Einkommen : 2.298,90€ Höchstgrenze Basis-einkommen : 2.148,27€
Minimum der monatlichen Unterstützung	28,38€ / Tag	-	-	503,62€, 953,16€ oder 1.134,90€ je nach Familiensituation der Betroffenen
Maximum der monatlichen Unterstützung	236,19 € / Tag	Westdeutschland: 2.452,20€ Ostdeutschland: 2.145,90€	250% des sozialen Mindestlohns für die ersten 9 Monate 200% des sozialen Mindestlohns ab 273 Bezugsdauer 200 % im Falle einer Verlängerung	1.603,16 €
Höhe des monatlichen Mindestlohns	1.445,38€ (35 Std/Woche) 1.610,57€ (39 Std/Woche)	Kein Mindestlohn	1.921,03€ für einen unqualifizierten Arbeitnehmer 2.305,23€ für eine Fachkraft	1.501,82€ : Arbeitnehmer (ab 21 Jahre)

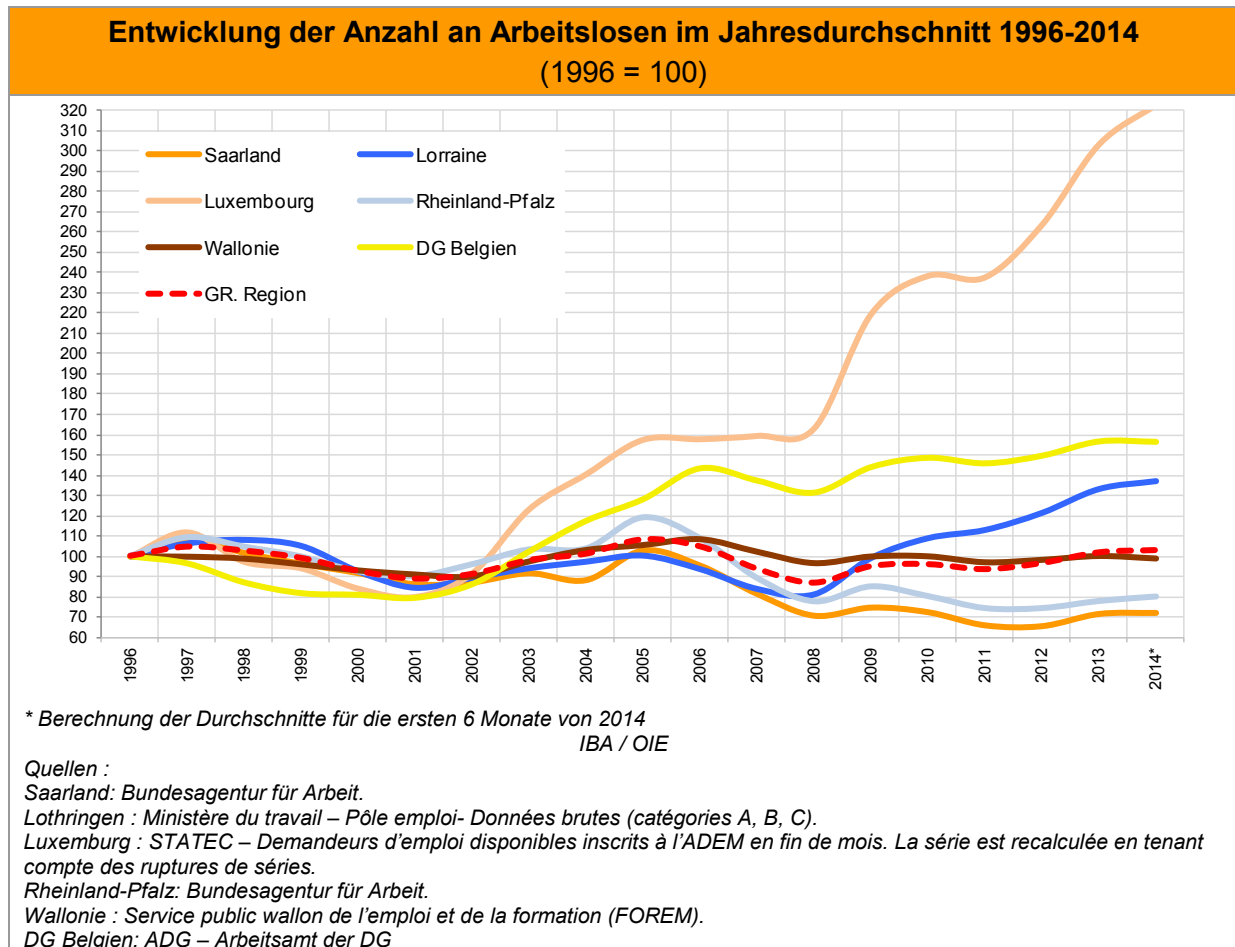
(*) Nach einem Zeitraum von 48 Monaten während der die Höhe der Unterstützung abnimmt, erhält der Arbeitssuchende eine Pauschale, deren Bezugsdauer im Prinzip unbegrenzt ist.

(**) Die Bezugsdauer kann je nach Alter des Antragstellers, der Dauer seiner vorherigen Mitgliedschaft und seiner Beschäftigungsfähigkeit noch verlängert werden

Quelle: Unedic – Tableau de données comparatives sur l'assurance chômage dans 12 pays d'Europe

Mehr als 607.000 Arbeitslose 2014, deutlicher Anstieg seit 2008

Die Großregion zählte laut Arbeitsagenturen im Durchschnitt 607.546 Arbeitslose (in den ersten 6 Monaten im Jahr 2014). Diese Zahl ist seit 2008 kontinuierlich angestiegen (+18,6%). Allerdings ist die Entwicklung in den einzelnen Regionen unterschiedlich, und in bestimmten hat sich die Situation erheblich verschlechtert. Von allen Arbeitslosen, die innerhalb eines Jahres zusätzlich in der Großregion registriert wurden, entfällt ein Großteil auf Lothringen, wo sich die Arbeitsmarktsituation stärker als anderswo verschlechtert hat. Seit 2008 steigt die Arbeitslosigkeit in Lothringen ununterbrochen, aber auch in Luxemburg und – in geringerem Umfang – in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.



Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Jahresdurchschnitt von 1996 bis 2014

	Saarland	Lorraine	Luxembourg**	Rheinland-Pfalz	Wallonie (ohne DGB)	DG Belgien	GR Region
1996	52.065	130.807	5.680	149.782	252.419	1.837	590.753
1997	56.539	138.912	6.357	163.768	252.093	1.773	617.669
1998	52.905	141.198	5.534	156.702	249.605	1.601	605.944
1999	50.142	137.289	5.351	149.412	242.313	1.504	584.507
2000	47.778	120.829	4.782	138.370	234.566	1.489	546.325
2001	44.918	110.178	4.549	134.841	229.374	1.462	523.860
2002	45.431	116.561	5.209	143.708	226.932	1.585	537.841
2003	47.728	122.860	7.003	154.674	246.076	1.881	578.341
2004	45.990	127.075	7.983	155.415	260.658	2.158	597.121
2005	53.533	131.023	8.948	178.511	266.978	2.354	638.993
2006	49.681	122.262	8.965	162.927	274.400	2.633	618.235
2007	42.480	109.446	9.057	133.400	258.391	2.522	552.774
2008	36.942	105.900	9.263	116.090	243.861	2.413	512.056
2009	38.995	129.468	12.462	127.208	252.344	2.644	560.477
2010	37.829	142.303	13.535	119.934	252.560	2.728	566.161
2011	34.487	147.624	13.494	111.054	244.959	2.678	551.618
2012	34.283	158.695	14.966	111.079	248.077	2.747	569.847
2013	37.383	174.123	17.213	116.353	252.972	2.876	600.920
2014*	37.652	179.250	18.326	119.675	249.771	2.873	607.546

* Berechnung der Durchschnitte für die ersten 6 Monate von 2014

** Definitionsänderung Arbeitssuchende im Januar 2012: Die Statistiken wurden nachträglich bis Januar 2006 aktualisiert.

IBA / OIE

Quellen:

Saarland: Bundesagentur für Arbeit.

Lothringen: Ministère du travail - Pôle emploi- Données brutes (catégories A, B, C).

Luxemburg: STATEC - Demandeurs d'emploi disponibles inscrits à l'ADEM en fin de mois. La série est recalculée en tenant compte des ruptures de séries.

Rheinland-Pfalz: Bundesagentur für Arbeit.

Wallonie: Service public wallon de l'emploi et de la formation (FOREM).

DG Belgien: ADG - Arbeitsamt der DG

Starker Anstieg der Arbeitslosigkeit in Lothringen und Luxemburg

Lothringen wurde von der Krise hart getroffen, und die Auswirkung auf die Beschäftigung wurde hier 2009 wie eine Erschütterung empfunden. Der Arbeitsmarkt hatte seit Beginn der 1990er Jahre noch nie eine so starke Verschlechterung erfahren, und der Anstieg der Arbeitslosigkeit fiel in dieser Region stärker als auf nationaler Ebene aus. Diese Situation ist größtenteils auf die Schwierigkeiten der Industrieunternehmen zurückzuführen. Die Krise hat sich auf den Industriesektor in Lothringen wie ein Verstärker ausgewirkt (da die Probleme ihren Ursprung oft vor der Krise haben), was sich im Wesentlichen durch einen Anstieg der Arbeitslosigkeit bei den Männern zeigt. Außerdem haben möglicherweise weitere Phänomene auf die „verwaltungsmäßigen“ Statistiken der Arbeitslosigkeit Einfluss genommen:

- ▶ die Anpassung des Instruments der Arbeitslosenversicherung durch die Sozialpartner im Jahre 2009 (Verkürzung der erforderlichen Arbeitsdauer von 6 auf 4 Monate);
- ▶ die Anmeldung von Empfängern des Revenu de solidarité active - RSA (ab Juli 2009) als Arbeitssuchende (die RSA-Empfänger sind größtenteils dazu angehalten, aktiv nach Arbeit zu suchen, wobei der erste Schritt hierfür darin besteht, sich bei der Arbeitsagentur Pôle emploi anzumelden).²²

²² Ziel des RSA ist es, „den Empfängern ein geeignetes Existenzminimum zu sichern, um gegen die Armut zu kämpfen und die Ausübung bzw. Rückkehr zu einer beruflichen Tätigkeit zu fördern und die soziale Integration der Empfänger zu unterstützen“ (Gesetz Nr. 2008-1249 vom 1. Dezember 2008). Es ersetzt das Mindesteinkommenseinkommen (RMI), die Beihilfe für allein Erziehende (API) sowie die Beteiligungssysteme in Verbindung mit der Wiederaufnahme einer Beschäftigung. Ein RSA-Empfänger ist dazu angehalten, eine

- die Erschwerung der Bedingungen für die Befreiung von der Arbeitssuche (DRE)²³ für bestimmte ältere Arbeitssuchende ab dem Jahr 2009. Personen, die in den Genuss solcher Befreiungen kamen, wurden von der Arbeitsagentur Pôle emploi nicht als Arbeitssuchende berücksichtigt.²⁴

Im Allgemeinen unterscheidet sich Frankreich gegenüber zahlreichen anderen Ländern in folgenden Punkten: die Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter steigt aufgrund der demographischen Entwicklung weiter an. Die Erwerbsquote der Frauen ist hoch, die Erhöhung des Renteneintrittsalters und die Ersetzung des RMI durch das RSA erhöhen den Anreiz, sich bei Pôle Emploi registrieren zu lassen. Der „Rat zur Orientierung zur Beschäftigung“ nimmt an, „dass von den 30% des Zuwachses der Arbeitslosigkeit während der Krise 8% auf die Zuwächse bei der Erwerbsquote zurück zu führen sind“.²⁵

Selbst wenn die Arbeitslosenquote in Luxemburg im Vergleich zu den meisten europäischen Ländern unter Kontrolle zu sein scheint, sorgt der starke Zuwachs der Zahl von „offen gebliebenen Arbeitsgesuchen“, die in der ADEM registriert sind, in einem Land für heftige Debatten, in dem der Mythos der Vollbeschäftigung vor noch nicht allzu langer Zeit Realität zu werden schien. Die Anzahl an Stellen steigt in Luxemburg weiter an, die Arbeitslosigkeit der im Lande wohnenden Bevölkerung jedoch auch. Vor diesem Hintergrund hat die Reform der ADEM, außer der Namensänderung in « Agence pour le développement de l'emploi » zum Ziel sein Serviceangebot für Arbeitgeber auszubauen und besser auf die immer spezifischer werdenden Bedürfnisse der Arbeitssuchenden – und vor allem der jungen Menschen – im Hinblick auf die Herausforderungen einer Beschäftigung einzugehen.²⁶

Tendenz einer leichten Verbesserung in der Wallonie seit 2006

Die Arbeitslosigkeit in der Wallonie hat seit 2006 tendenziell einen erheblichen Rückgang registriert. Diese Verbesserung wird von manchen teilweise auf die Verabschiedung prioritärer Aktionen im August 2005 für die wallonische Zukunft zurückgeführt - besser bekannt unter dem Namen Marshall-Plan.²⁷ Angesichts der Wirtschaftskrise scheinen die Arbeitslosenzahlen moderat auszufallen, doch ist die Zahl der Arbeitssuchenden noch hoch. Das Forem zählt für die ersten 6 Monate des Jahres 2014 im Durchschnitt 249.771 Arbeitssuchende, die ohne Beschäftigung sind (D.E.I). Die Jugendarbeitslosigkeit, die Langzeitarbeitslosigkeit und

Stelle zu suchen, Maßnahmen zu ergreifen, die für die Gründung seines eigenen Unternehmens notwendig sind oder Maßnahmen zu treffen, die für eine bessere soziale bzw. berufliche Eingliederung notwendig sind, wenn er die folgenden Bedingungen erfüllt (Artikel L.262-28):

²³ Die Befreiung von der Arbeitssuche 2009 und 2010: kontinuierlicher Rückgang, DARES Analysen, Nr. 37, Mai 2011.

²⁴ Zwischen 2008 und 2011 verdoppelte sich in Lothringen die Anzahl an Arbeitssuchenden im Alter von 50 Jahren und darüber (Kategorien A, B, C).

²⁵ L'emploi et les politiques de l'emploi depuis la crise : une approche internationale, Conseil d'orientation pour l'emploi, synthèse du rapport de mai 2012 (http://www.coe.gouv.fr/Detail-Publication.html?id_article=1026)

²⁶ Das Projekt « Jeunes » welches 2014 begann sieht sich als Vorläufer der Jugendgarantie welches wiederum zum Ziel hat, jedem Arbeitssuchenden unter 25 Jahren innerhalb von 4 Monaten ein qualitativ hochwertiges und persönlich zugeschnittenes Angebot zu unterbreiten.

²⁷ Dieser Maßnahmenplan zielte dank einer Investition von 1,4 Milliarden Euro darauf ab, das Wirtschaftswachstum im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung anzukurbeln und betraf insbesondere die Wettbewerbscluster, die Stimulierung der Wirtschaftsaktivität, die Unterstützung von Forschung und Innovation, die Verbesserung der Kompetenzen der Arbeitssuchenden, die Schaffung von Tätigkeiten mit hoher Mehrwertschöpfung, die räumliche Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten und die Gründung neuer Unternehmen. Der Marshall-Plan 2.0 ist ein Gesamtpaket mit großen Linien, die von der aktuellen Regierung mit dem Ziel ausgearbeitet wurden, den Marshall-Plan fortzusetzen, zu verstärken und neu auszurichten.

das niedrige Qualifikationsniveau der Arbeitssuchenden bleiben in der Wallonie fortdauernde Problematiken.

Wenig Arbeitslosigkeit, Wachstum eines Arbeitsmarktsegments im Zentrum der Arbeitslosigkeit, unsichere Verhältnisse und niedrige Gehälter im Saarland und in Rheinland-Pfalz²⁸

Nach einem Zeitraum starken Rückgangs im Saarland und in Rheinland-Pfalz bis 2008, einem krisenbedingten Anstieg in 2009 und anschließender Erholung bis 2012, steigt die Zahl gemeldeter Arbeitsloser²⁹ seit 2013 in beiden Bundesländern. Was überrascht, ist der analoge Verlauf der Arbeitslosenkurven dieser beiden Bundesländer. Die Kurven liegen ganz nah beieinander und zeigen dieselben Entwicklungstendenzen.³⁰ Dieser Rückgang der Arbeitslosigkeit ist durch die großen Umstrukturierungen des Arbeitsmarktes zu erklären, die in Deutschland seit 2001 durchgeführt wurden und sich heute auszuzahlen scheinen. Die Hartz-Reformen³¹ und insbesondere das symbolträchtigste unter ihnen, das Hartz-IV-Gesetz, zielte darauf ab, Flexibilität in den Arbeitsmarkt zu bringen und den Arbeitslosen einen Anreiz zu einer schnellen Neubeschäftigung zu bieten - selbst, wenn diese Beschäftigung nur von kurzer Dauer und schlecht bezahlt ist. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland scheint zwar allgemein gering zu sein, aber die Armut soll laut einer Veröffentlichung des *Statistischen Bundesamts* zunehmen.³² Viele Arbeitsplatzgewinne der vergangenen Jahre sind so Beschäftigungsverhältnissen geschuldet, die in der einen oder anderen Weise unsicher erscheinen.³³ Kritiker sprechen sogar vom „*falschen deutschen Wunder, das eine Umstrukturierung des Arbeitsmarkts vertuscht: Rückgang der Vollzeitarbeitsverträge und mehr Teilzeitarbeitsverträge bzw. Arbeitsverträge mit sehr geringen Arbeitszeiten. Weniger offizielle Arbeitslose, mehr arme Arbeitnehmer und solche, die in unsicheren Verhältnissen leben*“.³⁴

²⁸ Les réformes sociales Hartz IV, Brigitte Lestrade, Note du Comité d'études des relations franco-allemandes (Cerfa) n° 75, 2010.

²⁹ In Deutschland werden zwei Kategorien von Arbeitslosen unterschieden: die Empfänger des Arbeitslosengelds I (ALG I), die mindestens ein Jahr eingezahlt haben und die Empfänger des Arbeitslosengelds II (ALG II), die keinen Anspruch mehr auf den Bezug von ALG I haben oder Sozialhilfeempfänger sind.

³⁰ Diese Feststellung gilt übrigens für alle Bundesländer, da seit 2005 keines von dieser Entwicklungstendenz abweicht.

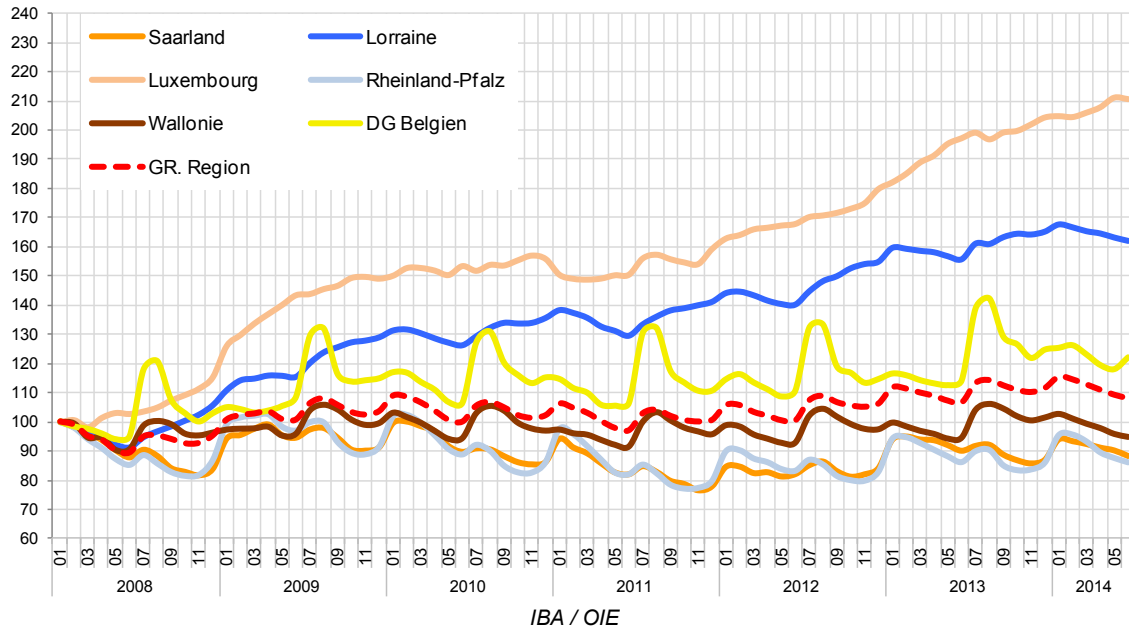
³¹ Einschränkung der Ansprüche auf Arbeitslosenhilfe im Zeitraum von 2003-2007 (Hartz I, II, III und IV). Das Hartz-IV-Gesetz, das am 1. Januar 2005 in Kraft getreten ist, ist der vierte Schritt der Arbeitsmarktreform der Regierung Schröder. Mit dieser Reform wird die Arbeitslosenhilfe von 32 Monaten auf 12 Monate gekürzt (18 Monate für Arbeitslose von über 55 Jahren): das „Arbeitslosengeld I“. Nach diesem Zeitraum wird der Arbeitslose als Langzeitarbeitsloser angesehen und erhält dann das Arbeitslosengeld II. Deutschland soll ca. sechs Millionen Empfänger von Arbeitslosenhilfen (Hartz IV) zählen, die dem RSA entsprechen.

³² Statistisches Bundesamt - Destatis: <https://www.destatis.de/DE/Startseite.html>.

³³ In Deutschland gibt es spezielle Arbeitsverträge wie die *Mini-Jobs*, für welche die Arbeitnehmer mit einer Vergütung von maximal 450 € pro Monat keine Einkommensteuer zahlen müssen und welche die Sozialbeiträge für die Unternehmen auf eine Pauschale von 25% begrenzt. Dieser Freibetrag gilt für diejenigen, die kein anderes Einkommen haben, als auch für diejenigen, die ihr Einkommen aus ihrer Haupttätigkeit aufbessern möchten. In derselben Weise gilt für die *Midi-Jobs* eine Vergütung von 450,01 bis 850 €. Diese Jobs bieten im Hinblick auf die Sozialbeiträge für die Arbeitnehmer ebenfalls Vorteile. In dem nicht marktbestimmten Sektor können die Ein-Euro-Jobs für gemeinnützige Arbeiten, die mit einem Euro pro Stunde vergütet werden, Arbeitslosengeld II-Empfängern angeboten werden, wenn ihnen keine andere Qualifikationsmaßnahme oder Maßnahme zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt angeboten werden kann. Die Empfänger tauchen dann in den Arbeitslosenstatistiken nicht mehr auf.

³⁴ Comment l'Allemagne cache son chômage, Artikel von Florian Rötzer in der Revue Marianne, April 2010.

Monatliche Entwicklung der Arbeitslosenzahlen von 2008 bis 2014
(Januar 2008 = 100)



Quellen :

Saarland: Bundesagentur für Arbeit.

Lothringen : Ministère du travail – Pôle emploi- Données brutes (catégories A, B, C).

Luxemburg : STATEC – Demandeurs d'emploi disponibles inscrits à l'ADEM en fin de mois. La série est recalculée en tenant compte des ruptures de séries.

Rheinland-Pfalz: Bundesagentur für Arbeit.

Wallonie : Service public wallon de l'emploi et de la formation (FOREM).

DG Belgien: ADG – Arbeitsamt der DG

Anhang

Hinweise zu Datenquellen

Möglichkeiten und Grenzen der Arbeitskräfteerhebung (AKE) von Eurostat

Bei Eurostat sind harmonisierte Daten verfügbar in den Bereichen Bevölkerung, Beschäftigung und Arbeitsmarkt mit den entsprechenden europaweit vergleichbaren Quoten. In der Regel sind diese Angaben in der Differenzierung nach Alter und Geschlecht erhältlich. Daten auf Basis der Arbeitskräfteerhebung (AKE) werden von Eurostat aufgrund des Stichprobencharakters aber nicht für alle Regionen in sämtlichen Differenzierungsmöglichkeiten ausgewiesen.

Die AKE-Daten sind für die einzelnen Teilräume der Großregion³⁵ in der Eurostat-Regionaldatenbank im Internet abrufbar. Wie bei jeder Stichprobenerhebung können Stichprobenfehler allerdings nicht vollständig ausgeschlossen werden.³⁶ Grundsätzlich sind auch weitere Aufschlüsselungen über Sonderauswertungen möglich, auf regionaler Ebene stoßen die Auswertungsmöglichkeiten aufgrund geringer Fallzahlen jedoch an ihre Grenzen. Daher sind bei der Interpretation der vorliegenden Daten folgende Punkte zu berücksichtigen:

Trotz gleicher Definitionen und Nomenklaturen ist die Verfügbarkeit und Vergleichbarkeit des statistischen Datenmaterials zwischen den Teilräumen der Großregion nicht ohne weiteres gegeben. Nach wie vor sind Abweichungen in Folge national nicht verbindlicher Regelungen möglich. Dies betrifft beispielsweise die Zuordnung einzelner Betriebe zu den Wirtschaftszweigen oder die Erfassung jugendlicher Arbeitsloser unter 25 Jahren in der Wallonie / Belgien.³⁷

- ▶ Aufgrund einer methodischen Umstellung weist Eurostat für die Arbeitsmarktstatistik jeweils eine historische Zeitreihe bis einschließlich 2001 aus sowie eine aktuelle Zeitreihe ab 1999.³⁸ In Folge unterschiedlicher Berechnungsmethoden sind Abweichungen zwischen beiden Reihen nicht auszuschließen, weshalb nur auf die aktuellen Daten ab 1999 zurückgegriffen wird.
- ▶ Brüche sind in Zeitreihen jedoch nicht gänzlich zu vermeiden. Durch die Anpassung an den kontinuierlichen Erhebungsrhythmus weisen etwa die Daten für Lothringen und Luxemburg im Jahr 2003 einen solchen Bruch auf.

³⁵ Luxemburg = NUTS 0; Saarland = NUTS 1; Rheinland-Pfalz = NUTS 1; Wallonie = NUTS 1; Lothringen = NUTS 2.

³⁶ Bei gewichteten und hochgerechneten Stichproben wie der Arbeitskräfteerhebung muss bei den errechneten Werten und Quoten eine gewisse Fehlertoleranz (Standardfehler) berücksichtigt werden, um die errechneten Werte von den tatsächlichen Werten abweichen dürfen (vgl. hierzu die Regelungen der EU No. 577/98, Artikel 3, vom 9. März 1998 zur Organisation der Stichprobe der Arbeitskräfteerhebung).

³⁷ In Belgien haben Jugendliche unter 18 Jahren, die ihre Vollzeitschulpflicht erfüllt oder eine Berufsausbildung abgeschlossen haben und keine Beschäftigung finden, die Möglichkeit nach einer Wartezeit von 155 Tagen finanzielle Unterstützungsleistungen zu erhalten. Die Wartezeit bis zum Beginn der ersten Auszahlung beginnt mit dem Tag der Anzeige der Arbeitslosigkeit beim Arbeitsamt, unabhängig davon, ob zwischenzeitlich eine Beschäftigung aufgenommen wurde. Aus diesem Grund dürften sich belgische Jugendliche häufiger arbeitslos melden als dies in den anderen Regionen der Fall ist. Am 01. November 2012 ist eine Arbeitslosenversicherungsreform in Belgien in Kraft getreten. Diese wird sich voraussichtlich in den nächsten Jahren auch auf den oben beschriebenen Sachverhalt auswirken.

³⁸ Die historische Zeitreihe beruht auf der vor 2003 genutzten Berechnungsgrundlage, bei der auf Basis der Ergebnisse des zweiten Quartals Länderergebnisse hochgerechnet wurden. Die aktuelle Zeitreihe wird auf Grundlage von Jahresdurchschnittswerten berechnet – sofern Quartalsdaten vorliegen.

- ▶ Da das Erhebungskonzept der AKE auf die Bevölkerung und damit auch die Beschäftigten am Wohnort ausgerichtet ist, sind in den Beschäftigtenzahlen von Eurostat Grenzgänger nicht enthalten, die gerade in Luxemburg einen erheblichen Teil der Erwerbstätigen stellen.
- ▶ Mittlerweile nimmt auch die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens (DG Belgien) an der AKE teil (NUTS 3-Ebene), so dass zumindest in Teilbereichen arbeitsmarktrelevante Zahlen in vergleichbarer Form auch für diesen Teilraum zur Verfügung stehen. Da aufgrund geringer Fallzahlen die Repräsentativität der AKE für die DG (v.a. für die Untergruppen) eingeschränkt ist, beruht der vorliegende Bericht auf amtlichen Daten, die auf Gemeindeebene (unterhalb NUTS 3) errechnet wurden.³⁹

Arbeitskräfteerhebung und ILO-Arbeitsmarktstatistik

Die Arbeitskräfteerhebung auf Basis von EU-weit harmonisierten Normen zur Erwerbslosigkeit nach den Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)⁴⁰ ist auf europäischer Ebene die wesentliche Quelle für Informationen über die regionalen Arbeitsmärkte. Sie ist somit die einzige derzeit verfügbare Quelle für grenzüberschreitende Vergleiche der Arbeitsmärkte in der Großregion. Die für internationale Vergleiche maßgebliche Abgrenzung der Erwerbslosigkeit nach ILO-Kriterien unterscheidet sich jedoch von der Definition der Zahl der registrierten Arbeitslosen nach den jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen in den einzelnen Ländern, die in einer grenzüberschreitenden Perspektive nicht direkt vergleichbar sind. In der ILO-Arbeitsmarktstatistik können so Erwerbslose enthalten sein, die seitens der jeweiligen nationalen bzw. regionalen Arbeitsverwaltung nicht als solche gezählt werden. Möglich ist ebenso der umgekehrte Fall, dass in der jeweiligen nationalen bzw. regionalen Arbeitslosenstatistik auch Personen als arbeitslos gelten, die nach ILO-Kriterien nicht erwerbslos sind. Dementsprechend kommt es zu Abweichungen der Arbeitslosenquoten auf Basis der AKE und den Quoten, die in den einzelnen Ländern und Regionen im Rahmen der jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen ausgewiesen werden.

Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass die Daten der AKE nicht wie bei den jeweils national oder regional registrierten Arbeitslosenzahlen aus einer Vollauszählung eines amtlichen Registers stammen. Stattdessen wird die AKE als vierteljährliche Haushaltsstichprobe in allen Mitgliedstaaten der EU, der EFTA (ausgenommen Liechtenstein) und den Kandidatenländern durchgeführt. Zur Grundgesamtheit gehören alle Mitglieder privater Haushalte im Alter ab 15 Jahren, die über ihre Arbeitsmarkteteiligung und ihren Erwerbsstatus befragt werden.

³⁹ Bei den ausgewiesenen Zahlen ist allerdings Folgendes zu berücksichtigen: Die Daten zur Aktivitätsstruktur der DG wurden für die Jahre 2000 bis 2002 durch das IWEPS und ab 2003 durch den Steunpunt Werk en Sociale Economie (WSE) nach einer mit dem IWEPS abgestimmten Methode berechnet und geliefert. Unabhängig von der AKE muss mit Blick auf die Grenzgängerzahlen der DG Belgien angemerkt werden, dass anders als in den vorangehenden Jahren, in denen auch noch alternative Quellen ausgewertet wurden, seit dem Jahr 2007 das INAMI-RIZIV der einzige Lieferant für Grenzgängerstatistiken des Steunpunt WSE ist (detaillierte Angaben zur Methodologie des WSE und den im März 2009 vorgenommenen Korrekturen unter <http://www.steunpuntwse.be> → Cijfers → Vlaamse Arbeidsrekening → Definities & logboek).

⁴⁰ Die Definitionen und Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) stehen auch im Einklang mit der Verordnung (EG) Nr. 1897/2000 der Kommission. Kennzahlen zu Erwerbslosen, Erwerbstätigen und Erwerbspersonen werden in einem in sich abgestimmten und harmonisierten System dargestellt, das – im Unterschied zu den länderspezifischen Definitionen und Konzepten auf Basis gesetzlicher Bestimmungen – internationale bzw. grenzüberschreitende Vergleiche von Arbeitsmärkten ermöglicht. Mit dem Labour-Force-Konzept kann jeder Person ein eindeutiger Erwerbsstatus zugeschrieben werden. Dabei wird nach der ILO-Definition unterschieden zwischen Erwerbstätigen, Erwerbslosen und Nichterwerbspersonen.

Für die Durchführung der Befragung sind die jeweiligen nationalen statistischen Institute und Ämter der teilnehmenden Länder zuständig, die ihre Ergebnisse an Eurostat nach einem festen Codierplan melden. Die Koordination und Verarbeitung der Daten erfolgt zentral durch Eurostat. So wird sichergestellt, dass einheitliche Konzepte und Definitionen in Übereinstimmung mit den Prinzipien des Internationalen Arbeitsamtes zum Einsatz gelangen und eine gemeinsame Klassifikations- und Nomenklatursystematik angewendet wird, sodass in jedem Land ein Set von Informationen in standardisierter Weise erhoben wird.

Die AKE liefert dadurch wichtige Daten zu Beschäftigung, Erwerbslosigkeit und Nichterwerbstätigkeit und ihren soziodemographischen Merkmalen. Der Europäischen Kommission dient die AKE als wichtiges Instrument für die Bereitstellung von vergleichbaren statistischen Informationen über Niveau, Struktur und Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. EU-weite beschäftigungspolitische Ziele werden mit der AKE gemessen.

Definitionen:

Erwerbstätige im Sinne der ILO-Definition sind alle Personen im Alter von mindestens 15 Jahren,⁴¹ die in der Berichtswoche mindestens eine Stunde lang gegen Entgelt oder im Rahmen einer selbständigen oder mithelfenden Tätigkeit gearbeitet haben.⁴² Auch wer sich in einem formalen Arbeitsverhältnis befindet, im Berichtszeitraum aber vorübergehend aufgrund von z.B. Krankheit, Urlaub, Arbeitskonflikten oder Fortbildung vom Arbeitsplatz abwesend war, gilt als erwerbstätig.

Erwerbslose sind alle Personen im Alter zwischen 15 und 74 Jahren,⁴³ die in der Berichtswoche ohne Arbeit waren, zu dem Zeitpunkt für eine Arbeit verfügbar und innerhalb der letzten vier Wochen aktiv auf Arbeitssuche waren oder bereits eine Arbeit gefunden hatten, die sie innerhalb der nächsten drei Monate aufnehmen würden. Auf den zeitlichen Umfang der gesuchten Tätigkeit kommt es nicht an. Auch die Einschaltung einer Behörde oder Institution der offiziellen Arbeitsverwaltung in die Suchbemühungen ist nicht erforderlich. Die für internationale Vergleiche maßgebliche Abgrenzung der Erwerbslosigkeit nach ILO-Kriterien unterscheidet sich daher von der Definition der Zahl der registrierten Arbeitslosen nach den jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen in den einzelnen Ländern.⁴⁴ Kennzeichnend für die

⁴¹ Von mindestens 16 Jahren in Spanien, dem Vereinigten Königreich und Schweden (1995 bis 2001); von 15 bis 74 Jahren in Dänemark, Estland, Ungarn, Lettland, Finnland, Schweden und Norwegen (ab 2001) und von 16 bis 74 Jahren in Island.

⁴² Dieses Konzept zur Erwerbstätigkeit weicht deutlich vom Alltagsverständnis ab. Die Erfassung ist daher in Haushaltbefragungen problematisch, wenn die Befragten sich bspw. hauptsächlich als Rentner, Arbeitslose, Hausfrauen oder Studierende verstehen und kleinere Nebentätigkeiten im Interview deswegen nicht angeben.

⁴³ Zwischen 16 und 74 Jahren in Spanien, Schweden und Norwegen (1995 bis 2000), dem Vereinigten Königreich und Island.

⁴⁴ Zum einen können in der ILO-Arbeitsmarktstatistik Erwerbslose enthalten sein, die seitens der jeweiligen nationalen bzw. regionalen Arbeitsverwaltung nicht als arbeitslos gezählt werden. Um etwa in Deutschland als arbeitslos erfasst zu werden, fordert das Sozialgesetzbuch (SGB) eine Meldung bei einer Agentur für Arbeit oder einem kommunalen Träger sowie die Suche nach einer Beschäftigung von mindestens 15 Wochenstunden. Andererseits kann nach dem SGB trotz registrierter Arbeitslosigkeit eine Erwerbstätigkeit mit einem Umfang von unter 15 Stunden als Hinzuverdienstmöglichkeit ausgeübt werden. In der ILO-Arbeitsmarktstatistik sind somit Erwerbslose enthalten, die die Bundesagentur für Arbeit nicht als arbeitslos zählt. Zum anderen gelten in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit auch Personen als arbeitslos, die nach Definition der ILO-Arbeitsmarktstatistik nicht erwerbslos sind (Vgl. Statistisches Bundesamt Deutschland: ILO-Arbeitsmarktstatistik. Online im Internet: URL:

Arbeitskräfteerhebung ist darüber hinaus, dass ausgehend von einem Stichprobenergebnis auf das Ergebnis in der Bevölkerung geschlossen wird. Dieser Schluss ist eine auf einer Hochrechnung basierende Schätzung, die eine gewisse Unschärfe ausweist. Deren Umfang ist von vielerlei Faktoren abhängig, insbesondere jedoch vom Stichprobenumfang,⁴⁵ so dass gerade bei kleineren geographischen Einheiten die Fallzahlen oftmals zu gering für einen Ergebnisausweis sind.

Insgesamt kann es daher zu Abweichungen kommen zwischen der Bemessung der Arbeitslosenquote auf Basis der AKE und den Quoten, die in den einzelnen Ländern und Regionen im Rahmen der jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen berechnet und publiziert werden. So berücksichtigen letztere zum Beispiel diejenigen Personen nicht, die arbeitsuchend sind, aber nicht als arbeitslos registriert sind, weil sie die Bedingungen für den Bezug von Arbeitslosengeld nicht erfüllen. Vorteilhaft ist demgegenüber, dass sie gerade für kleinere geographische Einheiten sehr viel schneller verfügbar sind und daher dem Bedürfnis nach möglichst aktuellen Informationen entgegen kommen. In einer grenzüberschreitenden Perspektive sind sie jedoch nicht direkt vergleichbar. Hier liefert nur die AKE international vergleichbare Informationen. Deren Methodik hat zudem den Vorteil, dass Auswirkungen von Veränderungen in den Bestimmungen zur Arbeitslosigkeit im Zuge von Reformen zum größten Teil ausgeschaltet werden.

Die **Beschäftigungsquote** misst den prozentualen Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung.

Die **Erwerbslosenquote** misst den prozentualen Anteil der Erwerbslosen an der Erwerbsbevölkerung. Die Erwerbslosenquote kann nach Alter und Geschlecht aufgeschlüsselt werden.

Die **Jugenderwerbslosenquote** bezieht sich auf Personen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren.

Die **Langzeitarbeitslosenquote** gibt den Anteil derjenigen Personen an der Erwerbsbevölkerung an, die länger als zwölf Monate arbeitslos sind. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen misst den prozentualen Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Summe aller Arbeitslosen.

Die **Erwerbspersonen** (auch als Erwerbsbevölkerung oder Arbeitskräfte bezeichnet) umfassen die Erwerbstätigen und die Erwerbslosen.

Die **Erwerbsquote** gibt den Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter an.

Der sogenannte **Gender Gap** bezeichnet ein geschlechtsspezifisches Gefälle (Statistischen Unterschiede zwischen Männern und Frauen).

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/abisz/ILO-Arbeitsmarktstatistik,templateld=renderPrint.phtml>

⁴⁵ Mit Hilfe mathematischer Methoden lässt sich die Höhe des so genannten Standardfehlers berechnen. Er gibt an, in welcher Größenordnung mit einer angebbaren Wahrscheinlichkeit das „tatsächliche“ Ergebnis vom Ergebnis der Stichprobe abweichen kann. Ergebnisse, bei denen aufgrund zu geringer Besetzungszahlen der einfache relative Standardfehler über 15% hinaus geht, werden im Allgemeinen nicht ausgewiesen (unzuverlässiger Wert).

Im Allgemeinen ist der Begriff **Arbeitnehmer** definiert als Personen, die für einen öffentlichen oder privaten Arbeitgeber arbeiten und ein Entgelt in Form von Lohn, Gehalt, Stücklohn oder Sachbezügen erhalten. Hierunter fallen auch Berufssoldaten.

NACE „Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft“:

Die NACE ist die Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Union. Sie ist eine vierstellige Systematik und bildet den Rahmen für die Sammlung und Darstellung statistischer, nach Wirtschaftszweigen untergliederter Daten aus dem Bereich Wirtschaft (z. B. Produktion, Beschäftigung, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung) und aus anderen Bereichen innerhalb des Europäischen Statistischen Systems (ESS). Die Klassifikation NACE Rev. 2 hat 21 Abschnitte (sowie 88 Abteilungen und insgesamt 615 Klassen):

- ▶ A - Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
- ▶ B - Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
- ▶ C - Verarbeitendes Gewerbe/Herstellung von Waren
- ▶ D - Energieversorgung
- ▶ E - Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen
- ▶ F - Baugewerbe/Bau
- ▶ G - Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen
- ▶ H - Verkehr und Lagerei
- ▶ I - Gastgewerbe/Beherbergung und Gastronomie
- ▶ J - Information und Kommunikation
- ▶ K - Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen
- ▶ L - Grundstücks- und Wohnungswesen
- ▶ M - Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen
- ▶ N - Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen
- ▶ O - Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung
- ▶ P - Erziehung und Unterricht
- ▶ Q - Gesundheits- und Sozialwesen
- ▶ R - Kunst, Unterhaltung und Erholung
- ▶ S - Erbringung von sonstigen Dienstleistungen
- ▶ T - Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch Private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt
- ▶ U - Exterritoriale Organisationen und Körperschaften

ISCED-Klassifikation:

Die Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen (ISCED) ist ein Instrument zur Erstellung international vergleichbarer Bildungsstatistiken. Die verwendete Version (ISCED 97) unterscheidet sieben Bereiche:

- ▶ **ISCED 0: Elementarbereich** – Eingangsstufe des organisierten Unterrichts. Die Betreuung der Kinder, die mindestens drei Jahre alt sein müssen, findet in Vorschulen oder entsprechenden Zentren statt.
- ▶ **ISCED 1: Primarbereich** – beginnt zwischen dem 5. und 7. Lebensjahr mit der Schulpflicht (wo diese besteht) und umfasst im Allgemeinen sechs Jahre Vollzeitunterricht.
- ▶ **ISCED 2: Sekundarbereich I** – setzt die im Primarbereich begonnene Grundbildung fort und ist in der Regel stärker fachorientiert. Mit Abschluss dieses Bereiches endet gewöhnlich auch die Schulpflicht.
- ▶ **ISCED 3: Sekundarbereich II** – beginnt in der Regel am Ende des Pflichtunterrichts. Das Eintrittsalter liegt üblicherweise bei 15 bis 16 Jahren. Für den Zugang sind in der Regel bestimmte Voraussetzungen (Abschluss der Pflichtschulzeit) und Mindestanforderungen zu erfüllen. Der Unterricht ist häufig stärker fachorientiert als im ISCED-2. Der ISCED-3 hat gewöhnlich eine Dauer von zwei bis fünf Jahren.
- ▶ **ISCED 4: nichttertiäre Bildung nach dem Sekundarbereich** – dient der Erweiterung des bis zum Abschluss des ISCED-3 erworbenen Wissens. Typische Beispiele sind Bildungsgänge zur Vorbereitung der Schüler auf ISCED-5 oder Bildungsgänge, die direkt auf den Eintritt in den Arbeitsmarkt vorbereiten.
- ▶ **ISCED 5: Tertiärbereich (erste Stufe)** – Zugangsvoraussetzung für diese Bildungsgänge ist i.d.R. der erfolgreiche Abschluss von ISCED-3 oder 4. Der Bereich umfasst tertiäre Bildungsgänge mit akademischer Ausrichtung (Typ A), in denen theoretisches Wissen vermittelt wird, und tertiäre Bildungsgänge mit berufsspezifischer Ausrichtung (Typ B).
- ▶ **ISCED 6: Tertiärbereich (zweite Stufe)** – darunter fallen ausschließlich Studiengänge auf tertiärer Ebene, die zu einer höheren Forschungsqualifikation (Promotion) führen.

Porträt der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle



Die **Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA)** sammelt im Auftrag des Gipfels der Großregion Informationen über die Arbeitsmärkte der Teilregionen und fertigt Analysen zum grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt an. Auf dieser Grundlage entwickelt sie Prognosen und Handlungsempfehlungen für zukünftige Arbeitsmarktentwicklungen im Kooperationsraum.

Die IBA untersteht einem Lenkungsausschuss aus Vertretern der beteiligten Regionen, der in Absprache mit den politisch Verantwortlichen der Großregion die Arbeitsschwerpunkte festlegt. Die Umsetzung des Arbeitsprogramms übernimmt das Netzwerk von sechs Fachinstituten aus der Großregion. Sein ständiges Sekretariat und die Koordination sind im INFO-Institut angesiedelt.

Weitere Informationen

Hilke van den Elsen (Kordinatorin)

Jonas Boos

c/o INFO-Institut

Pestelstraße 6

D- 66119 Saarbrücken

+49 (0) 681 / 9 54 13-12

www.iba-oie.eu

Das Netzwerk der Fachinstitute

INFO-Institut (Saarland und Rheinland-Pfalz)

www.info-institut.de

Centre de Ressources et de Documentation des EURES Transfrontaliers de Lorraine (Lorraine)

www.frontalierslorraine.eu

Lorraine Parcours Métiers (Lorraine)

www.lorpm.eu

Institut Wallon de l'Évaluation, de la Prospective et de la Statistique (Wallonie)

www.iweeps.be

DGStat (DG Belgien)

www.dgstat.be

ADEM EURES – CEPS/INSTEAD

Agence pour le développement de l'emploi (Luxembourg)

www.eureslux.org

Kurzporträt der kooperierenden Fachinstitute



INFO-Institut

Saarland und Rheinland-Pfalz



Das INFO-Institut ist ein Beratungs- und Forschungsinstitut. Es befasst sich neben Fragen zur Unternehmenspolitik und Organisationsentwicklung mit Arbeitsmarkt- und Regionalforschung. Aktivitäten der Regionalentwicklung bleiben dabei nicht national begrenzt, sie zielen auf die Großregion und damit auf eine europäische Dimension ab.

ADEM EURES – CEPS / INSTEAD

Luxemburg



EURES Luxemburg entstand aus einer Partnerschaft zwischen ADEM (der luxemburgischen Arbeitsverwaltung) und dem öffentlichen luxemburgischen Forschungszentrum CEPS/INSTEAD. Seine wesentlichen Aufgaben bestehen in der Information über die Lebens- und Arbeitsbedingungen im Großherzogtum Luxemburg sowie, in Zusammenarbeit mit der IBA, der Analyse des Arbeitsmarktes der Großregion

GIP Lorraine Parcours Métiers

Lothringen



Seit dem 1. Januar 2014 ist der ehemalige IBA-Partner OREFQ Teil von Lorraine Parcours Métiers. Ziel ist die Bündelung der Kompetenzen von OREFQ im Bereich Beschäftigungs- und Ausbildungsstrukturen mit denen von INFFOLOR (CARIF), deren Expertise im Gebiet der Aus- und Weiterbildung sowie des lebenslangen Lernens liegt. Lorraine Parcours Métiers wird vom französischen Staat sowie vom Regionalrat Lothringens finanziert und ist Teil der öffentlichen Dienstleistung in den Bereichen Aus- und Weiterbildung, berufliche Eingliederung, Beschäftigung und Arbeitsmarktbeobachtung.

CRD des EURES Transfrontaliers de Lorraine Lothringen



Das Quellen- und Dokumentationszentrum der EURES Grenzregionen in Lothringen, das vom Regionalrat Lothringen und der Europäischen Kommission unterstützt wird, hat die Aufgabe, Beschäftigte und Unternehmen über die grenzüberschreitende Mobilität in der Großregion zu informieren, sich an der Entwicklung von Beschäftigungsperspektiven zu beteiligen sowie die Förderung von grenzüberschreitender Aus- und Weiterbildung zu unterstützen. Das CRD EURES Lothringen bildet, zusammen mit seinem Netzwerk an Experten, einen Quellen- und Dokumentenpool, der der Öffentlichkeit zur Verfügung steht und über die Webseite Zugang zu den Informationen ermöglicht.

DGStat Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens



Die Arbeitsgemeinschaft DGStat tritt die Nachfolge der Arbeitsmarktbeobachtungsstelle Ostbelgien (ABEO) an. Im Rahmen des durch den Europäischen Sozialfonds geförderten Projekts „DGStat“ wurden bis Ende 2010 die Grundlagen für die Arbeitsgemeinschaft DGStat geschaffen, die in der Folge über ein Abkommen zwischen verschiedenen Organisationen der DG, u.a. dem Ministerium, dem Wirtschafts- und Sozialrat und dem Arbeitsamt, institutionalisiert wurde. Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft sind die Zentralisierung und Systematisierung der Datensammlung und -erhebung, die Interpretation der Daten, die Veröffentlichung von Statistiken und Studien und die Förderung des Austauschs zwischen Datenproduzenten und -nutzern in und außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.

Institut Wallon de l'Évaluation, de la Prospective et de la Statistique Wallonie



Das IWEPS ist ein öffentliches Wissenschaftsinstitut, welches mit seiner Arbeit staatliche Institutionen bei der Entscheidungsfindung unterstützt. Durch seinen themenübergreifenden Auftrag stellt es den Entscheidungsträgern der Wallonie, den wallonischen Partnern sowie den Bürgern umfangreiche Informationen zur Verfügung. Diese reichen von der Aufbereitung von Statistiken und Indikatoren bis zu detaillierten Studien und Analysen aus den Wirtschafts-, Politik- und Sozialwissenschaften sowie Umweltstudien. Als strategischer Rat trägt das Institut aktiv zur Förderung und Umsetzung von Evaluation und Zukunftsforschung in der Wallonie bei.

Literaturverzeichnis

- ADEM (Administration de l'Emploi du Grand Duché de Luxembourg) : Bulletin luxembourgeois de l'emploi, n° 09 - septembre 2012.
- Barbier, Jean-Claude: Allemagne : Hartz, un changement de paradigme dans l'assistance chômage, Alternatives économiques, 19/11/2008.
- CIDAL (Centre d'information sur l'Allemagne) : Le marché du travail allemand.
- DIRECCTE Lorraine, Pôle emploi : Demandeurs d'emploi inscrits et offres collectées par Pôle emploi en Lorraine en septembre 2012, communiqué de presse du 24/10/2012.
- Europäischer Rat: Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsbericht 2009/2010, Brüssel 2010.
- Faniel, Jean: Belgique : Le système d'assurance-chômage : un particularisme en sursis ?, Chronique internationale de l'IRES, n°108, septembre 2007.
- Godin, Romaric : Allemagne : les réformes Hartz ont dix ans, La Tribune, 16/08/2012.
- Guézennec, Camille : L'accompagnement des demandeurs d'emploi : bilan d'une politique active du marché du travail en Europe et enseignements pour la France, Centre d'analyse stratégique, La note d'analyse, n°228, Juin 2011.
- IBA / OIE : Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Großregion 2013/2014 / Rapport sur la situation économique et social de la Grande Région 2013/2014.
- IBA / OIE : 8. Bericht der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle / 8ieme rapport de l'Observatoire Interrégional de l'Emploi, 2012.
- INSEE (Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques – France): Le chômage en lorraine au 2ème trimestre 2012, Economie Lorraine, octobre 2012.
- Lemaître, Frédéric : L'Allemagne minée par les inégalités, Le Monde, 03/10/2012.
- Lemaître, Frédéric : Si le chômage reste faible en Allemagne, la précarité y augmente fortement, Le Monde, 11/09/2012.
- Le Monde : 7^e mois consécutif de hausse du chômage, 30/10/2012.
- Lestrade, Brigitte : Les réformes sociales Hartz IV, Note du Comité d'études des relations franco-allemandes (Cerfa) No. 75, 2010.
- Meillassoux, Marc : Le chômage en Allemagne et en France : une question de calcul, Paris-Berlin.
- Meillassoux, Marc : Le miracle allemand, à quel prix ?.
- n.n. : Allemagne : l'envers du décor, Alternatives économiques, n°317, octobre 2012.
- n.n. : L'Allemagne est-elle vraiment un modèle ? L'état de l'économie 2011, Alternatives économiques, n° 88, Hors-série, p. 46-47.
- ONEM (Office national de l'emploi) : Feuille info – travailleurs, Réforme de l'assurance chômage à partir de novembre 2012.

- Orianne, Jean-François / Conter, Bernard: « Les politiques d'employabilité en Belgique : traitement clinique des chômeurs et traitement statistique du chômage », Recherches sociologiques et anthropologiques, 2007.
- Rötzer, Florian : Comment l'Allemagne cache son chômage, Revue Marianne, April 2010.
- STATEC : Conjoncture Flash, Publication mensuelle sur l'état de la conjoncture luxembourgeoise, octobre 2012.
- STATEC: Notes de conjoncture 1/2014.
- Wanger, Susanne: Ungenutzte Potenziale in der Teilzeit - Viele Frauen würden gerne länger arbeiten. IAB- Kurzbericht 9/2011.
- Toussaint, Anne-Marie : Plan Marshall pour la Wallonie: un jugement indépendant, 29 mai 2009, La revue Toudi.
- Zanardelli, Mireille / Brosius, Jacques : Le chômage au Luxembourg : les pratiques de recrutement des entreprises comme facteur d'explication, CEPS/INSTEAD, Population & Emploi, n°40, Juin 2009.

